



Landtag von Baden-Württemberg

5. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 27. Juni 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Schluss: 15:28 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	61
Aussprache über die Regierungserklärung	61
Abg. Oettinger CDU	61, 122
Abg. Drexler SPD	72, 116
Abg. Pfister FDP/DVP	83
Abg. Dr. Salomon GRÜNE	92, 119
Ministerpräsident Teufel	103
Nächste Sitzung	124

Protokoll

über die 5. Sitzung vom 27. Juni 2001

Beginn:10:04 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 5. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet ist Herr Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller.

Meine Damen und Herren, im **E i n g a n g** befindet sich ein Antrag der Landesregierung vom 26. Juni 2001 betreffend Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen. Der Antrag geht Ihnen als Drucksache 13/29 zu.

In Absprache mit dem Ausschussältesten sind wir so verblieben, dass dieser Antrag an den Ständigen Ausschuss überwiesen werden soll. Die konstituierende Sitzung des Ständigen Ausschusses soll im Anschluss an die heutige Plenarsitzung stattfinden, wobei ein weiterer Tagesordnungspunkt die Behandlung dieses Antrags der Landesregierung sein soll. – Sie sind damit einverstanden.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigsten Punkt** der Tagesordnung auf:

Aussprache über die Regierungserklärung

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von 45 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Bevölkerung unseres Landes hat am 25. März klare Entscheidungen für die Zukunft gefällt. Diese Entscheidungen heißen:

Erstens: Regierungsverantwortung für CDU und FDP/DVP.

Zweitens: Kontrolle durch eine demokratische Opposition.

Drittens: Radikale und verfassungsfeindliche Kräfte haben im Landtag von Baden-Württemberg kein Mandat mehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir meinen: Alle drei Entscheidungen sind gut für Baden-Württemberg.

Die Christlich-Demokratische Union dankt den Wählerinnen und Wählern in Baden-Württemberg für eine Weichenstellung, die klar und eindeutig ist. Die stabile parlamenta-

rische Mehrheit schafft Handlungsfähigkeit; sie ist ein Auftrag, eine Verpflichtung für die Regierungskoalition. CDU und FDP/DVP gehen gut vorbereitet mit politischen Zielen und festem Kompass, mit Ernsthaftigkeit und Zuversicht die neue Arbeitsperiode an.

Wir, die CDU-Fraktion, sagen dem Koalitionspartner eine faire Zusammenarbeit für volle fünf Jahre zu. Unser Vorrat an Gemeinsamkeiten ist groß; die Vertrauensbasis ist gut.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das hat man gesehen!)

Auch die Regeln der Opposition gegenüber sind für mich klar: knallhart, aber fair, offen, Streitbar und konstruktiv. Wir bieten SPD und Grünen einen sachbezogenen Parlamentsstil ohne jeden Vorbehalt an.

Baden-Württemberg: Unsere Ausgangslage ist gut; aber auf dem Weg in die Zukunft kommen viele Herausforderungen auf uns zu. Dabei bauen wir auf eine nahtlose Zusammenarbeit mit der Landesregierung unter Führung von Erwin Teufel. Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihrem gesamten Kabinett bieten wir eine enge und erfolgsorientierte Partnerschaft für die neue Wahlperiode an. CDU und FDP/DVP in Regierung und Parlament arbeiten gemeinsam für unser Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Neue Herausforderungen erfordern ständig auch die Suche nach neuen Ideen, neuen Lösungen, einem neuen Weg. Neue Ideen entwickeln sich am besten im fairen Wettbewerb. Die CDU im Landtag von Baden-Württemberg ist für den konstruktiven Wettbewerb mit der Opposition, mit dem Koalitionspartner und auch mit unserer Regierung gut gerüstet und dazu bereit.

10,9 %, 9,1 % und jetzt mit 4,4 % abgewählt: Neben allen Sachentscheidungen, die durch die Koalitionsmehrheit für die nächsten Jahre vorgezeichnet sind, sehen wir eine grundlegende und historische Entscheidung schon darin, dass es nach neun Jahren gelungen ist, zu erreichen, dass keine radikalen Kräfte mehr in Baden-Württemberg ein Mandat haben. Wir danken dem Wähler ausdrücklich dafür, dass er den Republikanern keinen erneuten Mandatsauftrag für die nächsten fünf Jahre gegeben hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

In den vergangenen neun Jahren hatten wir dadurch, dass die Republikaner im Parlament vertreten waren, teilweise eine Belastung gehabt. Manches Thema wurde nicht so of-

(Oettinger)

fen angesprochen, wie es demokratisch möglich gewesen wäre. Manches war im Grunde genommen eher in Zurückhaltung geschehen. Oftmals waren wir auch unsicher, was die richtige Taktik gegenüber den Republikanern ist. Deren Wiederwahl und deren stabiles Gewicht bei Europawahl und Kommunalwahlen hat uns weiterhin unsicher gemacht. Umso mehr bin ich dankbar, dass der Spuk zu Ende ist. Alle demokratischen Parteien haben in den letzten neun Jahren weitgehend erreicht, dass den Republikanern keinerlei Funktion, keine Schlüsselrolle, keine Funktion als Zünglein an der Waage, keinerlei Abstimmungsmehrheit und im Grunde genommen keine entscheidende Bedeutung zugekommen ist. Dafür gilt allen demokratischen Parteien unser Dank. Ich glaube, dass auch die Christlich-Demokratische Union hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber die Herausforderung bleibt: 4,4 % sind nicht 2,5 %.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

In den 4,4 % stecken noch immer Wählerinnen und Wähler, die Protestwähler sind, die verdrossen sind. Die Rechtsradikalen, die Altnazis und die Neonazis können und wollen wir nicht gewinnen, wollen wir nicht überzeugen. Die sollen tun, was ihre Sache ist. Aber diejenigen, die verdrossen sind, wollen wir motivieren. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren einen Beitrag dazu leisten, dass 4,4 % nicht die endgültige „Hausnummer“ bleiben, sondern dass den Republikanern kein Comeback möglich wird und darüber hinaus in den nächsten Jahren eine weitere Auszehrung erfolgt.

Dies gilt auch und gerade für den kommunalen Bereich. Noch immer haben wir 59 Mandatsträger auf regionaler Ebene, die der Partei der Republikaner zugehörig sind: in den Kreistagen von Baden-Württemberg, in den großen Städten und Gemeinderäten. Deswegen ist mein Angebot: Sorgen wir durch überzeugende parlamentarische Arbeit in den nächsten Jahren dafür, dass in drei Jahren bei den Republikanern auch die kommunale Perspektive zu Ende geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stuttgart ist nicht Berlin; aber ein besorgter Blick in die Hauptstadt ist erlaubt, ist notwendig, wenn man am Beginn einer Arbeitsperiode steht und sich in der Grundsatzberatung über Parlaments- und Verfassungsverständnis befindet.

Die Sozialdemokraten in Berlin sagen, dass eine Koalition mit jeder demokratisch gewählten Partei möglich sein sollte. Waren die Republikaner denn nicht demokratisch gewählt? Sie waren keine demokratische Partei und sind es bis heute nicht; sie sind verfassungsfeindlich, abstoßend und im Grunde genommen auf plumpe Ausländerfeindlichkeit angelegt. Aber demokratisch gewählt waren sie allemal. Deswegen muss derjenige, der eine Zusammenarbeit mit jeder demokratisch gewählten Partei in engere Erwägung zieht, der sich dulden lässt oder gar koalieren will, wissen: Wir in Baden-Württemberg haben der Versuchung

widerstanden, wir sind in die große Koalition gegangen und haben sie akzeptiert. Wir haben mit den Republikanern keinerlei gemeinsame Sache gemacht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Was in Baden-Württemberg recht und billig war, mute ich allen Demokraten in allen Länderparlamenten – in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern und gerade auch in der Bundeshauptstadt Berlin – zu. Ich finde es nicht in Ordnung, dass sich die Sozialdemokraten im Grunde genommen kaum die Mühe machen, ihre Absicht zu begründen. Eine Begründung haben sie nicht. Sie schaden unserer gesamten rechtsstaatlichen Demokratie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dabei müsste der Auftrag doch eigentlich lauten – in Baden-Württemberg waren es 10,9 %, 9,1 %, 4,4 % –, dafür zu sorgen, dass die Kurve der PDS nach unten und das parlamentarische Lebenslicht dieser verfassungsfeindlichen Partei zu Ende geht. Bei 5,1 % für die PDS in der letzten Bundestagswahl gibt es doch wohl die Chance für alle Demokraten, dass im nächsten Jahr bei guter Wahlbeteiligung und klaren Alternativen durch CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP die große Mehrzahl der Bürger für uns stimmt und der Anteil der PDS an den Wählerstimmen unter 5 % liegt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Direktmandate!)

Wenn dies im nächsten Jahr erreicht würde, hätten wir eine vergleichbare Entwicklung wie in Baden-Württemberg am rechten Rand auch im linken Lager erfahren. Wer aber jetzt, ein Jahr vor der Bundestagswahl, die PDS hofiert, mit ihr koalitiert und sie aktiviert, der sorgt dafür, dass diese Chance im nächsten Jahr vermutlich nicht realisierbar wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Gaßmann SPD: Sprechen Sie mal über Landowsky! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung zu Recht einen Schwerpunkt auf das Thema Föderalismus gelegt. Ich glaube schon, dass das Angebot von Clement und die Vereinbarungen des vergangenen Samstags im nichttarifären Bereich eine Chance zur Änderung der Kompetenzen bedeuten mögen.

Wir wollen eine Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, eine Entflechtung der Gemeinschaftsaufgaben, eine Entflechtung der Mischfinanzierung. Wir wollen, dass manches an Kompetenz aus Bundesrat und Bundespolitik in die Landtage zurückverlagert wird, und wir bitten alle demokratischen Parteien: Geben Sie sich alle, geben wir uns alle Mühe auf Bundesebene gegenüber unserer Bundespartei. Wir bieten die Zusammenarbeit an, damit es in den nächsten Jahren gelingen kann, dass im europäischen Erweiterungsprozess eine Stärkung der Regionen und Länder, eine Stärkung auch des Landes Baden-Württemberg finanziell und in Sachkompetenzen möglich wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

(Oettinger)

Aktuell zum Länderfinanzausgleich: Im Jahr 2000 hat Baden-Württemberg 3,9 Milliarden DM gezahlt. Die Landesregierung von Baden-Württemberg – Erwin Teufel, Gerd Mayer-Vorfelder, Gerhard Stratthaus – aus CDU und FDP/DVP hat in den letzten vier Jahren gründliche Vorbereitungen für eine finanzielle Änderung und Besserung getroffen und dabei unsere Unterstützung im Landtag von Baden-Württemberg gehabt. Natürlich ist manches auch negativ. Dass die kommunale Steuerkraft statt zu 50 % zu 64 % einbezogen wird, dass die Einwohnerveredelung der Stadtstaaten bleibt, dass die Berücksichtigung der Hafencosten, obwohl Hafen Chance und nicht mehr Lasten heißt, bleiben soll – all dies ist negativ. Aber die positive Bewertung überwiegt. Weil die Bewertung für Baden-Württemberg positiv ist, war es richtig, zu klagen, war es richtig, sich fachlich beraten zu lassen, war es richtig, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, war es richtig, in den Parteien zu kämpfen, und haben Erwin Teufel und unsere Regierung am letzten Samstag einiges Richtige und Wegweisende erreicht. Wir zollen dafür ausdrücklich Respekt und sagen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein Kompromiss ist immer ein Kompromiss.

(Lachen bei der SPD – Zuruf der Abg. Birgit Kipper SPD)

Die Zielvorstellung wurde nicht ganz erreicht. Aber in diesem Kompromiss sind Bausteine, die es zu nennen gilt. Diese Bausteine sind gut. Die Leistung von Ländern, die Wirtschaftskraft, die Leistung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Steuerkraft lohnen sich wieder stärker als zuvor. Die Anreize werden gestärkt, der Selbstbehalt wird größer, und die Abschöpfung wird gedeckelt – alles im System, alles strukturell der richtige Weg. Dass dann noch eine Prämie für überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum den wirtschaftspolitischen Anreiz für die Landtage und die Landesregierungen verstärkt und daraus mehr an Steuereinnahmen entstehen kann, ist gut und, ich glaube, auch gut für unser Land Baden-Württemberg.

Nun hat ein Mitglied dieses hohen Hauses in erster Kommentierung wörtlich gesagt: Teufel hat sich über den Tisch ziehen lassen, unzureichende Verhandlungsführung.

(Abg. Capezzuto SPD: Genau!)

Als Hauptgrund wurde die Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft, nämlich dass Erwin Teufel von 50 % Einbeziehung der kommunalen Steuerkraft, die im Land stark ist, im Kompromissweg, im Vertragsweg auf 64 % gegangen ist, angeführt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist dreist!)

Da kann ich nur sagen, lieber Kollege Drexler: Für einen Generalsekretär mag eine derartige Dreistigkeit noch erlaubt oder gar im Gehalt notwendigerweise inbegriffen gewesen sein.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Der kriegt gar kein Gehalt!)

Von einem Fraktionsvorsitzenden erwarten wir mehr. Sie haben dazu nachher jede Chance.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Mai dieses Jahres – es ist erst vier Wochen her – lag das Maßstäbengesetz der rot-grünen Bundesregierung dem Deutschen Bundestag vor. Das Maßstäbengesetz – Handschrift Eichel, Schröder, Bury, Däubler-Gmelin, Mosdorf und Co. KG –

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wer ist „Co. KG“?)

hat die kommunale Finanzkraft zu 100 % einbezogen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Hört, hört!)

Das heißt, wenn sich jemand nicht nur über den Tisch hat ziehen lassen, sondern im Grunde genommen nachteilig zulasten des Landes Baden-Württemberg gearbeitet hat, dann ist es die Regierung, die von Ihnen als SPD Baden-Württembergs mitgetragen wird.

(Beifall der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Entweder hat Ihre Truppe in Berlin keinen Wert,

(Abg. Drexler SPD: Oder andere Ansichten!)

oder Sie sind ein General, dessen Truppen ihren eigenen Weg gehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das ist oft so! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Deswegen wäre meine Bitte: Sagen Sie Ihrer Vorgesetzten, Frau Vogt,

(Minister Dr. Döring: Wer ist das?)

einen lieben Gruß:

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Wir haben die 100 %, den Schaden von Berlin, gemindert, haben mit 64 % einen Kompromiss erreicht und mehr Bargeld für die nächsten Jahre und Jahrzehnte zugunsten der Bürger Baden-Württembergs aus dem schlechten Gesetz der rot-grünen Bundesregierung herausgeholt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber auch die Grünen waren dabei. Oswald Metzger sagte am 10. Mai:

Der Grundgedanke,

– so er wörtlich –

der . . . im Maßstäbengesetz enthalten ist, zum Beispiel die kommunale Finanzkraft zu 100 % einzubeziehen, war absolut richtig.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Seimetz CDU: Aha! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da hat er Recht!)

(Oettinger)

Wir hatten eine Entwicklung, bei der Baden-Württemberg mit zwei, drei anderen Bundesländern gegen die große Mehrzahl der Nehmerländer und gegen die Bundesregierung stand. Obwohl Eichel einer der Klageführer war, hat er sich in der Bundesregierung als Wendehals gegen die finanzstarken Länder gewendet und sich für eine 100-prozentige Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft eingesetzt.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Deswegen sage ich: In diesem Umfeld ist der Kompromiss von Samstag okay. Er weist den richtigen Weg und sorgt dafür, dass das Ziel Nullverschuldung und Erweiterung des Gestaltungsspielraums in Baden-Württemberg damit gestärkt wird. Das Leistungsprinzip hat in den nächsten Jahren wieder verstärkt eine Chance.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Richtig!)

Jetzt werden wir in Bezug auf das, was mit den Kommunen zu besprechen ist, ergebnisoffen, aber fair, in die Beratungen gehen. Es stehen einige größere Investitions- und Ausgabenfragen im Land-Kommunen-Finanzverhältnis an. Es geht um die Aufgabenträgerschaft bei Betreuung und Multimedia. Es geht um die Kostenträgerschaft dafür und darum, was das Land Baden-Württemberg an finanzieller Unterstützung gibt. Ich bin davon überzeugt – dies sagen wir, nachdem sich der Städtetag sehr rasch zu Wort gemeldet hat –: Es gibt in den nächsten Wochen genügend Gesprächsgelegenheit mit der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen für eine faire Entwicklung der finanziellen Lasten und Spielräume. Wir haben jedenfalls nicht vor, das, was formal an Verschlechterung für die Kommunen herausgekommen ist, einfach an sie durchzureichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Ein Schwerpunkt für die Arbeit der nächsten Jahre bleibt die Haushaltspolitik. Dabei haben wir ein ehrgeiziges Ziel und eine feste Absicht, nämlich die Nullverschuldung im Jahre 2006. Dieses Jahr ist kein Selbstzweck an sich, aber es entspricht dem, was in Maastricht an Kriterien vorgegeben ist: In den Euroländern muss das gesamtstaatliche Defizit, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, mittelfristig gegen null gehen. Unser Ehrgeiz ist weniger der Jahreszahl 2006 gewidmet – an ihr halten wir fest –, sondern geht eher dahin, dass Baden-Württemberg in seiner mittelfristigen Finanzplanung in den nächsten Jahren im Verbund mit den besten anderen Ländern – mit Bayern, Hessen und Sachsen – und gegebenenfalls mit dem Bund eine Linie hält und dass Baden-Württemberg bei den ersten Körperschaften, bei den ersten Ländern dabei ist, die erreichen, dass Steuereinnahmen, Gebühren und Abgaben ausreichen, um das zu finanzieren, was an Ausgaben in den Haushalten entsteht. Ich bin sicher, Baden-Württemberg wird hier nicht von den anderen überholt. Wir sind im Verbund mit den besten Ländern auf dem Weg zur Nullverschuldung auf dem richtigen Kurs.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn dieser Kurs zur Mitte der Wahlperiode absehbar ist und wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und die

Grundlage dafür weiter stabil bleiben, dann schlagen wir für den Landtag von Baden-Württemberg ausdrücklich eine Fortschreibung der Landeshaushaltsordnung und einen Paragraphen vor, der in etwa wie folgt lauten kann:

Der Haushaltsplan soll regelmäßig ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichen werden.

Rechtskraft 2006.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit das 2006 gelingen kann, wird im September und Oktober eine Fülle von Aufgaben auf uns zukommen, wenn es um die Eckdaten des Doppelhaushalts 2002/2003 geht.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Wir setzen erstens darauf, dass der Rechnungsabschluss 2000, der positiv war, und der Rechnungsabschluss 2001, der positiv werden wird, durch eine Erhöhung der globalen Minderausgaben nach dem Motto der „Aktion Eichhörnchen“ eine erste Grundlage zur Verminderung des Defizits in den beiden nächsten Jahren bedeuten können.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Und dann bauen wir, lieber Kollege Salomon, den Stufenplan. Wir legen uns im Augenblick noch nicht auf Mark und Pfennig fest. Die Mifriwi weist für das nächste Jahr einen Korridor: 1,53 Milliarden DM mindestens, 2,33 Milliarden DM maximal. Wir streben den oberen Wert garantiert nicht an. Wir glauben, dass im nächsten Jahr eine Neuverschuldung von unter 2 Milliarden DM die richtige erste Stufe werden kann mit weiterer Absenkung auf null im Jahr 2006: unter 2 Milliarden DM im nächsten Jahr, Zielmarke 2003 1,5 Milliarden DM, 2004 1,0 Milliarden DM und 2005 nur noch eine halbe Milliarde Mark. Dann hätten wir in logischen und gleichförmigen Stufen 2006 die Nettonullverschuldung erreicht. Dies ist unsere Absicht. Wir arbeiten ehrgeizig an diesem Ziel. Wir laden Sie herzlich ein mitzumachen. Konstruktive Sparvorschläge sind auch der Opposition erlaubt. Nur: Es ist zu wenig, Ihre Anträge aus der 12. Wahlperiode auf die 13. umzuschreiben und erneut einzubringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer 2006 die Nullverschuldung erreichen will, der braucht eine Beschränkung des Ausgabenzuwachses in den nächsten Jahren auf 2 %. Das ist der entscheidende Wert. Wenn die Ausgabenentwicklung bei 2 % gedeckelt werden kann

(Abg. Drexler SPD: Das kommt auf die Steuereinnahmen an!)

und die Konjunktur nicht völlig wegbricht, dann wird die Steuerentwicklung so sein, dass in den nächsten Jahren in Stufen eine sinkende Neuverschuldung möglich wird.

Ergänzend: Wir benötigen weiter ein Stelleneinsparprogramm 2003/2004. Die dezentrale Budgetierung wird dadurch finanziert. Das ist auch für die Struktur des Haushalts der notwendige, richtige Weg. Wir bieten der Regierung ausdrücklich für die mittelfristige Planung die Beratung über ein fachgerechtes, zielgerichtetes, nicht mit dem

(Oettinger)

Rasenmäher durchzuführendes Stelleneinsparprogramm in den Jahren 2003 und 2004 ff. mit dem Ziel, bis zu 3 500 weitere Stellen einzusparen, an.

Wir glauben, dass die sächlichen Titelgruppen linear fortzuschreiben sind und hier kaum Steigerungsraten möglich werden, und wir glauben, dass auch zum Beispiel im staatlichen Hochbau Sparsamkeit und sparsame Bewirtschaftung notwendig werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden uns in den nächsten Wochen auch der kommunalen Finanzmasse zuwenden. Im KIF und im KUF ist Bewegung, weil die Prioritäten und die Veränderung der Reihenfolge in den nächsten Jahren Bewegung notwendig machen. Im nächsten und im übernächsten Jahr wird der Schulraumbau Vorrang vor allem anderen haben. Die Schule, die in den nächsten drei Jahren gebaut wird, kommt rechtzeitig. Deswegen ist hier zur Vermeidung eines Antragstaus ein Schwerpunkt innerhalb der Finanzmasse, der dann in vier oder in fünf Jahren verringert werden kann.

Sanierung wird zu Recht als eine mittelfristige Verstärkungsaufgabe genannt, und die Krankenhausinvestitionen – Erneuerung, Sanierung und Neubau – werden in der Mitte und in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts notwendigerweise ein Schwerpunkt sein. Ich setze darauf, dass eine klare Rangfolge und eine zeitliche Prioritätenfolge innerhalb des KUF und des KIF im Einvernehmen mit den Kommunen die Realisierung dieser Schwerpunkte zeitgerecht entlang dem Bedarf der Bürger ermöglichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In diesem Zusammenhang ein einziger weiterer Punkt: Vieles aus dem Jahr 1992, eine Pauschalierung weg von der Fachförderung und allgemein in die Finanzmasse der Kommunen hinein hat sich bewährt. Im Sportstättenbau prüfen wir derzeit, ob die jetzige Regelung noch sachgerecht ist.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Wir vermuten, dass mancher Antrag eines Sportvereins in Wahrheit der Infrastruktur der Gemeinde zugute kommen soll.

(Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Wir glauben, dass manches von dem, was mit 30 Millionen DM in der Finanzmasse enthalten ist, versickern kann. Deswegen soll nach meiner Auffassung auch entlang regional bedeutsamen Sportarten die Beratung und Reaktivierung der Fachförderung für die Kommunen zumindest in den beiden nächsten Jahren gründlich und konstruktiv mit den kommunalen Landesverbänden, den Sportbünden und hier im Landtag von Baden-Württemberg diskutiert werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der zweite Schwerpunkt ist die Beteiligungspolitik. Die Gasrichtlinie der Europäischen Kommission – Liberalisierung, Deregulierung, Marktöffnung, Durchleitung – ist auf

dem Weg. Wenn Gas ein Markt wird und die Stellung der Verbraucher, der Haushalte und der Wirtschaft gestärkt wird, bedarf es einer Veränderung, damit eine werthaltige Leitungsfunktion und eine Mitverantwortung der Gasversorgung Süddeutschland im europäischen Konzert für Baden-Württemberg möglich bleiben. Deswegen und nicht weil wir dringend verkaufen wollen, sondern weil mit dem Verkauf von Aktien möglicherweise eine strategische Entwicklung eingeleitet werden kann, haben wir im Koalitionsvertrag ausdrücklich die Neuordnung der Gasversorgung Süddeutschland, der GVS, vereinbart.

Dabei setzen wir darauf, dass ein Konsens mit den anderen Gesellschaftern, namentlich mit der Energie Baden-Württemberg, den NWS, der Stadt Mannheim und der MVV, aber auch mit den sieben kleinen kommunalen Partnern vorrangig angestrebt wird. Wir bauen darauf, dass mit dem Zeithorizont 2002 im Bereich der Gasversorgung für den Standort Baden-Württemberg eine sinnvolle Strukturstärkung möglich wird.

Ein anderer großer Bereich ist der der Banken. Wir sagen der Regierung und der Landesbank ausdrücklich Dank und Respekt. Es war richtig, dass, als Aktienpakete der BW-Bank zum Verkauf anstanden und die große Privatbank im Land einen wichtigen Gesellschafter zu verlieren drohte, die 25 plus x Prozent nicht nach Bayern gingen, sondern in Baden-Württemberg blieben und daraus ein Konzept für eine starke Privatbank in enger Kooperation mit der Landesbank und mit abgestimmter Geschäftsstrategie in den nächsten Jahren entwickelt werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich lege mich auf eine getrennte Strategie von Landesbank Baden-Württemberg und BW-Bank öffentlich noch nicht fest; dafür haben wir auch noch etwas Zeit. Wir haben die Aktienpakete gesichert und sollten jetzt in Ruhe darüber beraten, wie die Kooperation gestärkt werden kann, wie Synergieeffekte aktiviert, wie Kosten gesenkt werden können und trotzdem ein eigenständiger Weg in Partnerschaft für beide Banken in Zukunft möglich bleibt, um anzubieten, dass die Wirtschaft unseres Landes möglichst viel von ihrem Finanzbedarf im Land decken und eine möglichst starke Finanzdienstleistung im Land kaufen kann und nicht von München, Frankfurt oder Zürich abrufen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Was sagt der Wirtschaftsminister dazu?)

Meine Damen und Herren, das öffentlich-rechtliche Bankenwesen, namentlich die Landesbanken, steht im Juli oder September auf dem Prüfstand der Europäischen Union. Wir halten es für richtig, dass sich die Landesregierung gemeinsam mit den Sparkassenverbänden, anderen Ländern und dem Bund um möglichst viel Erhalt der öffentlich-rechtlichen Bankenstruktur und starke Landesbanken bemüht.

Klar ist aber auch: Die Gegenseite ist stark. Bevor es zu einem langwierigen Klageweg kommt und das Damoklesschwert die Landesbank Baden-Württemberg und andere Banken über Jahre hinweg lähmen kann, schlagen wir vor, einen Kompromiss einzugehen, wenn er fair und sachbezo-

(Oettinger)

gen ist, auch wenn – Stichworte „Anstaltslast“ und „Gewährträgerhaftung“ – eine Veränderung und in fünf bis acht Jahren eine andere Struktur der Kapitalsicherung und der Garantenstellung notwendig werden.

Wir begleiten diesen Prozess und sehen in der Landesbank Baden-Württemberg die Geschäftsbank schlechthin, den Partner für die Sparkassen und einen entscheidenden Dienstleister für den Finanzstandort Baden-Württemberg. Aber auch hier kommen Veränderungen auf uns zu. Ich glaube nicht, dass der Schnellschuss „Raus aus der Anstalt, rein in die Aktiengesellschaft“ notwendig und richtig ist. Aber wir schließen nicht aus, dass im Lauf des Jahrzehnts bei der Globalisierung der Bankenwelt die Aktiengesellschaft schlechthin die richtige Rechtsform sein wird, um in der Welt erkennbar zu bleiben. Dann aber soll die Landesbank Baden-Württemberg nicht die letzte Landesbank sein,

(Abg. Birzele SPD: Hört, hört!)

die Anstalt bleibt, wenn der Weg hin zur Aktiengesellschaft begonnen wird.

Aber, Kollege Pfister, Aktiengesellschaft bedeutet nicht zwingend Veräußerung. Im Gegenteil! Die Landesbank braucht ihre drei Partner Stadt, Sparkassenverband und Land. Gerade wer die Veränderung sieht, braucht die Partnerschaft mit den öffentlichen Trägern. Deswegen glauben wir, dass die Landesbank Veränderung und Strukturentwicklung benötigt, aber mit dem Land Baden-Württemberg und nicht im Zuge einer Verkaufsaktion.

Insofern ist Gas- völlig anders als Bankenwirtschaft in Baden-Württemberg zu sehen.

(Beifall bei der CDU)

Der dritte Schwerpunkt: die innere Sicherheit. Baden-Württemberg ist auf dem richtigen Kurs. Das Technikzukunftsprogramm wirkt. Wir haben die Polizei Baden-Württembergs zur modernsten Polizei aller Länder ausgebaut, und wir werden in den nächsten Jahren diesen Weg fortsetzen. Wir sorgen dafür – vom Fuhrpark über Digitalfunk, von der Waffentechnik bis zu den Behörden –, dass die Polizei in Baden-Württemberg eine technische Grundlage hat, auf der sie die Sicherheit des Standorts, geringe Verbrechenzahlen und hohe Aufklärungsquoten auch in Zukunft als Faktor für Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger halten kann. Wir sagen den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Baden-Württemberg aus diesem Anlass heraus unseren vollen Respekt und Dank. Ihre Arbeit ist erfolgreich und gut.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Gute und erfolgreiche Arbeit gehört auch gestärkt. Deswegen setzen wir unser Besoldungsstrukturprogramm fort. Wir bauen den Obermeisterbauch weiter ab. Die Verweilzeit, die Wartezeit in Besoldungsgruppe A 8 hat sich im Durchschnitt von 5,6 Jahren auf 5,0 Jahre verringert. Wir werden das Ziel „50 % der Beamten im gehobenen Dienst“ noch in dieser Wahlperiode erreichen, 2004, 2005, und die volle Schlüsselung im gehobenen Dienst ist eine gewaltige Aktion, aus der Motivation für die Aufsteiger aus dem

mittleren Dienst und für die Fachhochschulabsolventen im gehobenen Dienst entstehen kann. Wir setzen darauf, dass der Investitionsschwerpunkt Polizei den Standort Baden-Württemberg auch in Zukunft sicher und lebenswert hält.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der vierte Schwerpunkt, d e r Schwerpunkt überhaupt, ist die Bildungspolitik. Schule und Hochschule, Erziehung, Bildung und Weiterbildung bleiben der Aufgabenschwerpunkt und der Ausgabenschwerpunkt sowie der Reformschwerpunkt unserer Arbeit im Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die 5 500 Lehrerstellen, die in den nächsten Jahren neu zugehen – nach Bedarf und entlang dem Arbeitsmarkt –, sind ein Kraftakt, wie er in keinem anderen Bundesland stattfindet. Damit bleibt die Unterrichtsversorgung allen Unkenrufen von links zum Trotz in Baden-Württemberg auf einem guten und zukunftsfähigen Niveau.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie wird noch schlechter!)

Wir kümmern uns darum, dass der Lehrerberuf und die Besetzung der Stellen auch gelingt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie machen Sie das? Lehrerberuf „gelingt“! – Abg. Birzele SPD: „Lehrerberuf gelingt“!)

Frau Kultusministerin, ich glaube, dass deswegen von Ihnen zu Recht in kleinem Umfang die vorgezogene Stellenbesetzung beantragt wurde. Wir sind entlang dem Arbeitsmarkt, entlang den Absolventen unserer Hochschulen in den nächsten Jahren weiter zu einer flexiblen Anwendung dieser Stellen bereit. Es muss in Baden-Württemberg möglich sein, dass jede Lehrerstelle, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat, für die Besetzung durch gute Kräfte zur Verfügung steht. Daraus entsteht eine gute Schule mit hervorragendem Angebot.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Bei diesem Angebot bauen wir nach Bedarf die Betreuung weiter aus. Da gestatte ich durchaus auch Kritik.

(Lachen und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Birzele SPD: Das ist ja prima! – Zurufe von der SPD)

– Ich weiß doch, was bei Drexler im Manuskript stehen wird. – Dabei akzeptieren wir durchaus auch Kritik.

(Abg. Drexler SPD: Kommt! – Zurufe von der SPD)

Wir haben in der Ganztagsbetreuung bei einer steigenden Zahl von Alleinerziehenden,

(Abg. Birzele SPD: Da hat einer gedacht, er sei in der Fraktionssitzung!)

(Oettinger)

bei einer steigenden Zahl von Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind, in diesem Bereich Nachholbedarf –

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

aber ohne jede Ideologie,

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

entlang dem, was vor Ort nachgefragt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Mit den Kommunen als den Trägern des Betreuungsangebots sind wir in den nächsten Jahren zu einem Ausbau mit Landesförderung bereit. Ich bin davon überzeugt, dass Baden-Württemberg auch in diesem Bereich den Vergleich mit anderen Ländern aushalten und sich dabei behaupten kann.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Drexler SPD und Dr. Salomon GRÜNE)

Aber wer Ganztagsbetreuung will, der braucht nicht den Begriff der Ganztagsschule. Wir glauben nicht, dass Unterricht den ganzen Tag über im Mittelpunkt stehen muss.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das glaubt niemand!)

Wir glauben, dass die Betreuung aus Schule, aus Freizeitgestaltung, aus Hausaufgabenbetreuung mit hauptamtlichen Kräften und unter Einbeziehung des Ehrenamts bestehen muss.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ist ja gut, wenn Sie das auch verstehen!)

Da wir mit der Ganztagsbetreuung die Vereinsarbeit, die Kirchenarbeit, das, was in Sportvereinen, in Kultur treibenden Vereinen, bei Blasmusikvereinen, im ökologischen und sozialen Bereich und bei den Kirchen geschieht, nicht verdrängen wollen, laden wir die Ehrenamtsträger und die großen Verbände im Land ausdrücklich ein: Machen Sie mit. Sie haben Kompetenz. Damit sind Sie für uns bei der Betreuung in der Schule und um die Schule herum ein Partner, den man braucht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da fordern Sie uns zum Mitmachen auf, nachdem wir das seit Jahren fordern?)

Ich nenne ausdrücklich das private Schulwesen und sage eine faire Partnerschaft auch für die Zukunft zu.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Die Privatschulen in Baden-Württemberg haben sich bewährt. Meinetwegen kann entlang der steigenden Kinderzahl auch die Zahl der Kinder an Privatschulen steigen. Deswegen bieten wir für diesen wichtigen Beitrag in der Bildungslandschaft Baden-Württembergs eine Novellierung des Privatschulgesetzes und die notwendige Weiterentwicklung der Bezuschussung entlang den errechneten Kostenfaktoren im nächsten Jahr an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Eine Gesellschaft, die älter wird und die jede Arbeitskraft braucht, tut gut daran, die Weiterbildung zu stärken. Die Erwachsenenbildung, die Qualifizierung von Erwerbstätigen, namentlich die Weiterbildung für den beruflichen Bereich und nicht nur für den Freizeitbereich, ist in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt, der mit Kammern, Verbänden und Volkshochschulen, Berufsschulen und anderen Bildungsträgern in Baden-Württemberg in ein Gesamtkonzept gegossen werden kann als gutes Angebot für alle, damit jeder für den Arbeitsmarkt für morgen fit bleibt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der Herr Ministerpräsident hat das Familiengeld angesprochen und die Bereitschaft zur verstärkten Förderung von Familien mit kleinen Kindern in der Regierungserklärung dargelegt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber nicht, wie er das finanzieren will!)

Er will die familienpolitischen Leistungen zusammenfassen, in ein Familiengeld umwandeln und stufenweise eine Anhebung auf 1 200 DM erreichen. In Kenntnis des Gesamtbetrags, eine gewaltige Dimension, sagen wir trotzdem oder gerade deswegen unsere Unterstützung für ein Stufenkonzept, finanziert von Bund und Ländern, in den nächsten Jahren zu und fordern die Bundesregierung auf, sich daran zu beteiligen. Ich glaube, dass diese verstärkte Familienförderung aus einem Guss der richtige Weg für die Entlastung junger Familien in den nächsten Jahren sein wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zwei Faktoren stellen wir ergänzend in den Raum.

Erstens: Wir müssen sauber definieren, was bei der Bündelung von familienpolitischen Leistungen die „alten“ Leistungen sind. Gehört das Wohngeld dazu, gehören die Brennstoffbeihilfe oder das Kleidergeld dazu? Wir müssen wissen, dass manches, was man als Familienleistung verstehen kann, letztendlich einen sozialen Charakter hat und deswegen nicht zwingend für alle gleich gebündelt werden muss. Das heißt, wer sozialpolitische Leistungen, die von Vermögen und Einkommen abhängig sind, einbringt, braucht vielleicht auch beim Familiengeld eine Staffelung, damit daraus in den nächsten Jahren nicht eine Bevorzugung von einkommensstarken Familien mit Kindern wird.

Der zweite Faktor: 1 200 DM in bar sind recht viel. Ich traue der großen Mehrzahl der Eltern eine sachgerechte Investition für ihre Kinder zu, bin aber nicht sicher, ob das überall so geschieht. Deswegen bitten wir zu prüfen, ob nicht neben Bargeld – statt 300 DM Kindergeld vielleicht 600 DM Familiengeld in bar – ein Gutscheinsystem, das es erlaubt, sich kostenfrei oder kostengünstig in die Betreuungsangebote der Kommunen und freien Träger einzukaufen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

der richtige Weg im Bereich der Familienleistung wäre, damit niemand auf Abwege kommt.

Aus der Mitte dieses Hauses wird vorgeschlagen, eine Expertenkommission Verwaltungsreform einzusetzen. Das

(Oettinger)

klingt nie schlecht. Die einen sagen Sachverständige, die anderen Expertenkommission Verwaltungsreform.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist das Gleiche!)

Der Städtetag hat es vorgeschlagen, Salomon war der Erste, Birzele ist auf den Zug aufgesprungen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Ich beschäftige mich heute wohlwollend mit der Koalition und konstruktiv-kritisch mit Ihnen. Deswegen seien Salomon und Birzele erwähnt. – Ich schätze am Beispiel des Kollegen Birzele den Sachverstand von Regierung, von Ministern und Parlamentariern so hoch ein, dass ich davon überzeugt bin, dass ein Expertenrat nicht nötig, die Einsetzung einer Kommission nicht sinnvoll ist, wie ich generell glaube, dass die Verwaltungsstruktur in Baden-Württemberg so schlecht nicht ist, sondern zeitgemäß ist.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das glauben Sie?)

Ich lege – Herr Kollege Salomon, dies sage ich dem Freiburger – ausdrücklich ein Bekenntnis zu den Regierungspräsidien ab. Wenn es ein Regierungspräsidium Freiburg nicht gäbe, wäre Freiburg in der Nachbarschaft zu Basel und Mulhouse nicht so stark, wie es ist. Ich rate Ihnen allzumal: Halten Sie an den Regierungspräsidien als starken Eckposten im Land Baden-Württemberg fest.

(Beifall bei der CDU)

Ich als Stuttgarter sage: In Stuttgart hat das Regierungspräsidium kein gesellschaftliches Gewicht.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Statthalter!)

Aber in Freiburg, Karlsruhe und Tübingen sieht dies für die dezentralen Bezirke ganz anders aus.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Deswegen: Die Regierungspräsidien und -bezirke haben in den nächsten Jahren Rückhalt und Vertrauen verdient, was die Umsetzung der Landesgesetze und der Verordnungen angeht. Wir halten die Regierungspräsidien und die Regierungsbezirke weiter für sehr zeitgemäß.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ein Statthalter-Argument!)

Die Landkreise, die Stadtkreise und die Großen Kreisstädte sind hinsichtlich der Aufgabenentwicklung zwar auch nicht statisch zu sehen, aber sie aufzulösen wäre der völlig falsche Weg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das sagt ja keiner!)

Zu den Landkreisen in der Fläche, zu der Identität eines Kreises und der Aufgabenerfüllung in der Kreisstadt selbst gibt es in Baden-Württemberg keine sinnvolle Alternative. Deswegen ist die Forderung „Eine Ebene weg“ populär und populistisch zugleich.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wir glauben, dass das Flächenland Baden-Württemberg, das 10,4 Millionen Einwohner hat, mit einer guten Verwaltungsstruktur in die Zukunft geht. Diese Struktur ist weiter zeitgemäß.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist keine Absage an eine regionale Zusammenarbeit. Wir glauben, dass die regionale Zusammenarbeit für Wirtschaftsförderung, für Siedlungsplanung, für ÖNV, für viele kreisüberschreitende Aufgaben richtig ist. Deswegen haben wir mit dem Verband Region Stuttgart, der Weiterentwicklung der Regionen im Land und der Bereitschaft, bis hin zur Gründung eines Zweckverbands in einem regionalen Gebiet zu gehen, eine flexible Grundlage für regionale Zusammenarbeit geschaffen. Sie sollte sich jetzt bewähren. Wer hier schon wieder novellieren will, hat, glaube ich, nicht erkannt, welche Chancen das geltende Recht für die regionalen Ebenen beinhaltet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich mit den Themen „Innere Sicherheit“, „Polizei“, „Fachbehörden“, „Lehrer und Fachlehrer“ befasst, stößt sehr rasch auf die „Baustelle“: Was muss die öffentliche Hand als Arbeitgeber tun? Ist das Besoldungs- und Beamtenrecht in seiner derzeitigen Fassung noch sachgerecht?

Das Land Baden-Württemberg hat 280 000 Beschäftigte; davon sind allein 160 000 Beamte. Damit klar ist: Das Prinzip des Berufsbeamtentums ist für einen verlässlichen Staat richtig und sachlich gut. Aber dass es in vielen Bereichen zu wenig Leistungsprinzipien gibt, dass das Gerechtigkeitsprinzip zu wenig gewahrt wird und dass wir auf dem Arbeitsmarkt, wenn die Konjunktur zu Vollbeschäftigung führt, mit der freien Wirtschaft immer weniger konkurrenzfähig sind, wenn es um die besten Köpfe eines Jahrgangs geht, stimmt mich besorgt.

Wenn ein Ingenieur, ein Techniker oder ein Handwerksmeister benötigt wird, stellt sich die Frage: Kriegen wir mit dem, was ihm geboten werden kann, noch den Berufsschullehrer im technischen Bereich? Ist es richtig, dass beim Realschullehrer, beim Hauptschullehrer Eingangsbesoldung und Endstufe immer gleich sind und keine Beförderung möglich ist?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE und Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist nicht richtig!)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn wir auf dem Arbeitsmarkt um die besten Köpfe wettbewerbsfähig sein wollen, dann sind wir gerade in Baden-Württemberg aufgrund der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes darauf angewiesen und daran interessiert, dass die Zuständigkeit für das Beamtenrecht, das Besoldungsrecht, das Dienstrecht an die Länder zurückgegeben, der Spielraum der Länder verstärkt und eine flexiblere, leistungsgerechte Bezahlung möglich wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt schlägt Schily nach der Rentenreform eine Kürzung der Pensionen bis zum Jahr 2010 von bisher 75 % auf nur noch 70 % vor. Ich halte dies für nicht gerecht, weil ich

(Oettinger)

glaube, dass das Lebenseinkommen – das, was ein Beamter als Anwärter, im Studium, in der Eingangsstufe, beim Aufstieg, beim Endgehalt als Pension erhält, die Witwenpension dazu addiert, bekommt – der Arbeitsleistung eines Beamten entspricht und im Vergleich mit der Wirtschaft nicht zu viel an Bezahlung bedeutet.

Deswegen: Wir setzen nicht auf Abbau. Eine Kürzung ist nicht gerecht. Aber wir glauben, dass in den nächsten Jahren der Umbau der Besoldung und der Besoldungskurve notwendig wird: mehr Gehalt am Anfang, mehr leistungsbezogenes Gehalt und letztendlich dann eine Abschmelzung der Pension, weil 75 % in der Neiddebatte nach der Rentenreform auf Dauer nicht mehr haltbar sind. Wer die Neiddebatte vermeiden will, baut um und nicht ab. Wir setzen auf Umbau, damit daraus eine konkurrenzfähige Stellung des Dienstherrn Land gegenüber der freien Wirtschaft in Baden-Württemberg werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Die nächsten Monate werden geprägt sein von Entscheidungen in der Medienpolitik. Der private Hörfunk wird weiterentwickelt. Wir zollen der Landesanstalt für Kommunikation, wir zollen allen dort im Vorstand und im Medienrat Tätigen unseren Respekt. Ich glaube, dass die Weiterentwicklung und die Struktur mit zwei oder drei starken Bereichssendern, mit einem privaten Jugendsender, mit starken lokalen und regionalen Sendern, mit kompetenten Bewerbern, mit Programmen, die sich unterscheiden, in den nächsten Jahren die Arbeitsplätze im Medienbereich der privaten Hörfunklandschaft sichern und dass daraus ein gutes Angebot in Nachbarschaft und Konkurrenz zum Südwestrundfunk werden kann.

Der Südwestrundfunk hat ebenfalls eine Entwicklung, die sich sehen lassen kann. Wir haben die Rundfunkförderung, den Finanzausgleich halbiert. Daraus entsteht Spielraum, und wir raten dem SWR ausdrücklich: Wenn es möglich wird, Produktionsanteile in der ARD verstärkt von den großen Anstalten abzunehmen, wenn daraus Wertschöpfung, Produktion und Arbeitsplätze für Baden-Baden und Stuttgart möglich werden, dann sollten wir als starker Sender dabei sein. Ich setze darauf, dass in Zukunft im ersten Programm mehr SWR für alle sichtbar und hörbar werden kann.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann
FDP/DVP)

Der fünfte Schwerpunkt ist die Verkehrsinfrastruktur. Der Ministerpräsident hat darauf einen starken Schwerpunkt seiner Rede gelegt. Schiene, Ferntrasse, regionale Trasse und Nahverkehr, Straßenbau, Bundesfernstraßenbau, Bundesstraßenbau, Landesstraßenbau und kommunaler Straßenbau im GVFG – wir glauben, dass eine Mobilitätsoffensive in Baden-Württemberg notwendig ist, und wir nehmen von Berlin dafür jedes Geld, das angeboten wird, fordern eine kompetente Planung und Gesamtschau ein und haben mit der Koalitionsvereinbarung in dem Bereich, in dem wir verantwortlich sind – im Landesstraßenbau –, die Mittel so verstärkt, dass hier dem Nachholbedarf in den nächsten fünf Jahren ausreichend Rechnung getragen werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Tiefstand entlang den Spartenentscheidungen 1997/98, mittlerer Wert 2000/2001, und auf diesen Investitionsgrad des Jahres 2001 setzen wir 100 Millionen DM obendrauf. Dann arbeiten wir in den nächsten fünf Jahren nicht nur kleinere Maßnahmen ab, sondern auch die Mehrzahl der größeren Maßnahmen für die Infrastruktur, für die Lebensqualität in den Dorfmitten und für die Erschließung von strategischen Gewerbegebieten.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Ich glaube, dass der Landesstraßenbau vorbildhaft in Berlin ankommen kann, und ich fordere Rot und Grün auf, Vergleichbares im Bundesverkehrshaushalt zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Neben Schiene, Straße und Wasserstraße hat der Flugverkehr – Personenflug und Cargofracht – weiter enorm steigendes Gewicht. Wer die Exportorientierung Baden-Württembergs kennt, der weiß, dass Maschinenbau, Chemie, Fahrzeugbau und Zulieferung, Ersatzteile, Waren, Menschen und Güter just in time jeden Tag in die Welt kommen müssen, der wird aus dem Flugverkehrskonzept in Baden-Württemberg mit Stuttgart, mit Söllingen, mit Friedrichshafen und mit Lahr, der wird aus diesen vier Standorten das Beste machen, was möglich ist.

Ich glaube, dass die Beteiligung des Flughafens Stuttgart in Söllingen richtig war. Ich glaube, dass in Söllingen außerordentliches Wachstum möglich ist. 200 000 Passagiere im letzten Jahr sprechen eine deutliche Sprache. Friedrichshafen hat eine Entwicklung, die nicht ausgereizt ist. Deswegen wollen wir mit dem, was an Infrastruktur vorhanden ist, indem wir erneuern, was in Söllingen nachgeholt werden muss, dafür Sorge tragen, dass mit den vier Standorten in Baden-Württemberg – wir haben nicht einen Standort, der mit München oder Frankfurt mithalten kann – der Wirtschaft unseres Landes eine ausreichende Infrastruktur im fliegerischen Bereich geboten und diese weiterentwickelt werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wenn es um Infrastruktur geht, hat auch das Thema Messe Bedeutung und Gewicht. Wir sind davon überzeugt, dass das Vorgehen der Landesregierung mit den Partnern Messe Stuttgart, Stadt Stuttgart und Region in den letzten Jahren konsequent, rechtsstaatlich, dialogbereit mit den Fildern und trotzdem zielorientiert war. Wir sagen Ihnen, der gesamten Landesregierung, auch im Streit vor Gericht und vor Ort in den nächsten fünf Jahren bis Baubeginn und Bauende, bis Einweihung und Betriebsaufnahme möglich werden, die volle Unterstützung jedes Kollegen und jeder Kollegin, auch derer aus dem Kreis Esslingen, zu. Ich glaube, dass dadurch Baden-Württemberg seiner Wirtschaft einen wichtigen Dienst, eine wichtige Stärkung, ein Fenster in die Welt bieten kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Fischer SPD: Regionalmessen?)

– Regionalmessen und Messen mit überregionalem Gewicht wie in Karlsruhe und Freiburg haben unsere Partner-

(Oettinger)

schaft, nicht Trägerschaft, aber Partnerschaft, auch Finanzpartnerschaft, verdient. Ich bin sicher, dass Baden-Württemberg keine Verzögerung betreibt, wenn die Karlsruher ihre Hausaufgaben gemacht haben. Sie sind im zweiten Anlauf auf gutem Weg. Dann wird Baden-Württemberg mit Sicherheit in ausreichendem Umfang als Partner bereitstehen.

Der Landesentwicklungsplan steht zur Fortschreibung an. Herr Wirtschaftsminister, der Entwurf ist im Großen und Ganzen okay.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Aber ich glaube, dass er etwas Stuttgart-lastig ist. Ich glaube, dass Ihre Beamten aus dem Wirtschaftsministerium etwas zu viel in die Region hineingeschrieben haben und dass eine ergänzende Aussage in anderen Regionen mit ihnen gemeinsam vorgeschlagen werden muss.

Dann geht es um wenige Abgrenzungs- und Streitfragen: Unterzentrum, Mittelzentrum, Oberzentrum, wenige Aufstufungen ja, aber keine Inflation. Wir sollten in diesem Jahr erreichen, dass nach langen Jahren der Debatte unter Dieter Spöri und Ihnen – das ist nicht Ihre Schuld – in diesem Jahr ein Knopf daran gemacht wird und dann die planungsrechtliche Grundlage für die nächsten Jahre und das nächste Jahrzehnt stehen kann.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, halte ich auch eine grundlegende Entscheidung im Bereich von FOCs und DOCs für notwendig. Da laufen derzeit Verfahren eher unabgestimmt auf der Grundlage geltenden Rechts. Wenn aber der Baden-Airpark dem Flughafen Stuttgart gehört und der Baden-Airpark ein FOC in Söllingen beantragt, ist es doch eine doppelte Aufgabe des Landes und der Landespolitik, einmal in der Frage des Landesentwicklungsplans und des Planungsrechts und zum Zweiten als 50-prozentiger Miteigentümer des Flughafens Stuttgart an diesem Beispiel zu entscheiden, ob wir wollen oder nicht wollen. Ich lege mich heute bewusst noch nicht fest. Aber ich glaube, dass eine grundlegende Entscheidung für den Einzelhandel, für die Städte und Gemeinden, für die Regionen und entlang der daraus erwachsenden Wertschöpfung zum Thema Designer-Outlet-Centers und Factory-Outlet-Centers in Baden-Württemberg mit der Fortschreibung des LEP verbunden werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Kollege Pfister, etwas Wasser in Ihren guten Wein: Bei der Drogenpolitik werden wir nicht mürbe.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wasser in den Wein in der Drogenpolitik, das ist gut!)

Sie können Ihre Vorschläge wiederholen, durch wen Sie wollen und so oft Sie wollen: Noll, Glück, Pfister, Goll und Co.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Wir sind davon überzeugt, dass das drogenfreie Gesellschaftsbild, dass die Ächtung aller Drogen auch in Zukunft überzeugend und richtig ist.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da seid ihr Spezialisten!)

Deswegen: Machen Sie Öffentlichkeitsarbeit. Bei dem Thema ist die Linie der Landesregierung und die Linie Baden-Württembergs für die ganzen nächsten fünf Jahre klar. Stürzen Sie sich und stützen Sie sich auf andere Themen, wo wir im Einvernehmen für Baden-Württemberg tätig sind.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das ist eine Drogenpolitik hier! Um Gottes willen! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ein drogenfreies Kabinett wäre einmal ein Anfang!)

Die „Stuttgarter Zeitung“ schreibt heute: „AOK erhöht ihren Beitrag auf 14,2 %.“ Roland Sing, nicht gerade verdächtig, im Freundeskreis der CDU im engsten Bereich zu sein, obwohl sein Sachverstand herausragend ist oder gerade deswegen

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Gerade deswegen!)

– hören Sie doch zu! – ist seine Aussage wichtig, nämlich wörtlich: „Politik für Finanznot verantwortlich.“ Was Sing gestern in seinem Verwaltungsrat gesagt hat, muss Ihnen in den Ohren klingen.

(Abg. Drexler SPD: Klingt auch!)

Denn im Bereich der Gesundheitsreform sind Sie untätig, haben, wenn, dann Falsches gemacht und bekommen jetzt Lohnnebenkosten, die den Wirtschaftsstandort Deutschland schädigen, obwohl von Ihrer Regierung in Berlin das Gegenteil zugesagt worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die AOK richtet einen dringenden Appell an die Bundesregierung, für Sofortmaßnahmen zur Beitragsstabilisierung zu sorgen. Wer weiß, wer in der AOK mitarbeitet – Gewerkschaften in besonderem Maße, Mitarbeitervertreter –, der kann nur sagen: Diese Kritik kommt längst nicht alleine von der CDU. Sie kommt auch nicht alleine von der IHK. Sie kommt aus einem Bereich, der Ihnen wehtun muss. Umso mehr fordern wir Sie auf: Sorgen Sie dafür, dass noch in dieser Legislaturperiode, die längst noch eine Arbeitsperiode und noch keine Wahlkampf-Endperiode ist, im Deutschen Bundestag ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, dass Kostendämpfung und Kostendeckelung im Gesundheitswesen sozial gerecht und zukunftsorientiert gelingen können. Was Sie bisher gemacht haben, ist im Grunde genommen Flickwerk und wird dieser Herausforderung nie und nimmer gerecht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Dabei ist der Krankenkassenbeitrag nur ein Baustein im gesamten Gebäude. Es gibt immer mehr Bausteine im Gebäude „Standort Deutschland“, die brüchig geworden sind – Arbeitsmarkt und Wirtschaftskraft – oder die allenfalls Potemkin'sche Dörfer sind. Die Bundesregierung – ich sage das mit allem Nachdruck – tut gut daran, ernst zu neh-

(Oettinger)

men, wenn die Wirtschaftsinstitute einen freien Fall prognostizieren. Vor zwei Tagen sprach das Ifo-Institut in München davon, 2001 werde das Wirtschaftswachstum noch 1,2 % betragen. Ich male nicht schwarz,

(Abg. Schmiedel SPD: Na?)

und mir ist auch klar, dass Konjunktur und Entwicklung der Wirtschaft auch aus Philosophie bestehen. Aber die Gefahr der Stagnation besteht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn man weiß, dass die Ökosteuer im nächsten Jahr erneut ansteigen soll, wenn man sieht, dass die Inflation 3,1 und mehr Prozent betragen wird, wenn man das schmale, magere Wirtschaftswachstum kennt und weiß, dass die Arbeitslosenversicherung genauso viel und nicht weniger Geld brauchen wird, dass bei Pflege und Rente vermutlich keine Kürzungen machbar sein werden und dass die Lohnnebenkosten damit auf dem Weg zu 42 % sind und nicht unter 40 % sinken werden, dann gehört nicht viel Hellschere dazu, um zu sagen: Deutschland als Schlusslicht der Europäischen Union geht in den nächsten 18 Monaten wirtschaftlich und sozial einen denkbar schweren Weg.

(Abg. Zeller SPD: Pessimist!)

Dieser Verantwortung wird die Bundesregierung nicht genügend gerecht. Ich mache keinen Generalverriss, aber im Grunde genommen ist hier Stillstand an der Baustelle angesagt. Ihr habt gehofft, geräuschlos in den Hafen der Bundestagswahl hineinzukommen. Ich fordere euch auf: Fahrt noch einmal hinaus auf die raue See, macht klar Schiff und sorgt dafür, dass der Standort Deutschland wirklich Reformen bekommt, die diesen Begriff auch verdienen. Der „Spiegel“ schrieb am Montag: „glatter Reformbluff“ und meint die Schröder-Regierung. Ich glaube, wo der „Spiegel“ Recht hat, hat er Recht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Das Ganze hat auch sehr viel mit Haushaltsberatungen in Baden-Württemberg zu tun. Sie werden fragen, warum. Weil die Gewerkschaften ankündigen – dafür habe ich Verständnis –, dass es zu harten Tarifaueinandersetzungen kommen wird. Wer die Inflation nicht im Griff hat, wer sie von 0,8 % auf 3,5 % entgleiten lässt und mit der Ökosteuer selbst noch anheizt, der darf sich nicht wundern, dass die Gewerkschaften, die zu einem maßvollen zweijährigen Abschluss um die 2,0 % bereit gewesen sind, sagen: Ihr habt uns hereingelegt!

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Heuchler!)

Denn 2,0 % Gehaltssteigerung sind nicht einmal ein Inflationsausgleich, wenn die Inflation auf 3,5 % steigt. Deswegen werdet ihr im nächsten Frühjahr Streik und harte Verhandlungen bekommen. Das heißt aber auch, dass die Personalkosten bei uns im Steigen begriffen sind.

Ich meine, es müsste in diesem Jahr gelingen, durch eine Kurskorrektur die Inflation unter 2 % zu bringen, die Lohnnebenkosten zu deckeln und das Wirtschaftswachstum wieder auf einen Wert von deutlich über 2 % zu bringen. Dazu sind Hausaufgaben zu erfüllen, an denen Baden-

Württemberg im deutschen Bundesrat mitwirkt, an denen wir in der Landespolitik im Rahmen unserer beschränkten Kompetenz mitwirken, bei denen aber die Federführung der rot-grünen Bundesregierung vermisst wird und notwendig wäre.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Landtag von Baden-Württemberg hat weniger Mitglieder, was kein Nachteil ist.

(Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

Die Zahl von 128 entspricht nahezu der Regelgröße. Der Landtag hat in allen Fraktionen, auch in der CDU-Fraktion, eine große Zahl von neuen Frauen und Männern, wie es in diesem Umfang bisher noch nie der Fall gewesen war, eine große Zahl von neuen Köpfen, was der Arbeit hier gut tun kann. Deswegen biete ich, der ich auch schon ergraut an Dienstjahren bin,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das fällt uns langsam
auf! – Abg. Drexler SPD: Aber nur an Sitzjahren!)

den neuen Kollegen ausdrücklich das Recht an: Sagen Sie uns kritisch, wo die Arbeitskultur, der Arbeitsstil, die Debatte, wo das, was hier an Prozess abläuft, aus Ihrer Sicht, aus Ihrer Kenntnis von Parteilinie, von Wirtschaft und Gesellschaft verbesserungswürdig und verbesserungsfähig ist.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ihr Wort in Gottes
Ohr!)

Wir glauben, dass die neuen Köpfe, nicht die, die schon einige Jahre mit Zwischenrufen wenig erfolgreich sind wie Sie, Kollege Salomon – –

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ihr Wort in
Gottes Ohr! Sie rennen da offene Türen ein!)

Bei Ihnen haben Zwischenrufe, so sehr ich Sie fachlich und sachlich schätze, meistens einen so genannten Bumerangeffekt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Siehe Regierungserklärung!
– Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie kommen
auch noch dran! Zu Ihnen komme ich noch!)

Sie treffen nicht das Ziel und kommen zurück, siehe Regierungserklärung letzte Woche.

Ich glaube, dass die neuen Kollegen das Recht haben müssen, uns zu sagen, wo eine Optimierung und Weiterentwicklung des Teilzeitparlamentarismus in Baden-Württemberg möglich ist. Da sage ich eine offene und interessierte Zusammenarbeit und Mitarbeit unserer Fraktion zu.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ja, wünschenswert
wäre es!)

Leitlinie für Baden-Württemberg bleibt die Champions League. Baden-Württemberg hat in den letzten Jahren den Strukturwandel hervorragend gemeistert. Baden-Württem-

(Oettinger)

berg hat auf dem Arbeitsmarkt, in der Bildung und Weiterbildung, in der Infrastruktur vieles erreicht und hat manches vor.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Stimmt!)

CDU und FDP/DVP sind bereit, in einem fairen Wettstreit mit der SPD und den Grünen dafür zu sorgen, dass Baden-Württemberg weiter einen Spitzenplatz im Vergleich der Regionen Europas behalten und dass daraus Lebensqualität und Zukunft für uns und unsere Kinder entstehen kann.

(Beifall des Abg. Seimetz CDU)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, mein Rat an Sie: Rechnen Sie auch in der neuen Wahlperiode des Landtags mit einer starken und kreativen Fraktion der CDU. Liebe Bürgerinnen und Bürger im Land, meine Bitte an Sie: Setzen Sie auch in Zukunft auf die Christlich-Demokratische Union.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD zu Abg. Pfister FDP/DVP: Da kannst du doch nicht klatschen! Der hat dich doch abgewatscht! Zuerst haut er dich, und jetzt klatscht du! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Auch Pfister setzt auf die CDU!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Abg. Wieser CDU: Jungferrede! Jetzt wollen wir sehen, wie die Jungferrede gelingt!)

Abg. Drexler SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender der größten Oppositionsfraktion im baden-württembergischen Landtag danke ich dem Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung vom Mittwoch vergangener Woche. Wir Sozialdemokraten werden uns, wie es der Ministerpräsident formuliert hat, in der neuen Legislaturperiode am sachlichen und fairen Wettstreit um die besten Lösungen für unser Land beteiligen.

(Abg. Kurz CDU: Da bin ich einmal gespannt!)

„Für unser Land“ – wie ein roter Faden zog sich durch diese Regierungserklärung der Stolz auf unser Land, auf das Geschaffene, auf den Fleiß, auf die Kreativität seiner Menschen, auf das Gemeinwesen, auf seine Leistungen, auf seine Weltoffenheit und auf all das, was Baden-Württemberg zur geliebten Heimat macht.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall der Abg. Christine Rudolf SPD – Abg. Pfister FDP/DVP und andere: Zugabe!)

– Sehen Sie, ich wollte gleich am Anfang so viel Beifall von den Regierungsfractionen bekommen. Sie haben dazu nur einmal die Chance bei dieser Rede.

(Beifall bei der SPD)

Am Anfang wollte ich Sie einmal aufmuntern, denn so viel Beifall haben Sie Herrn Oettinger nicht gespendet, kein einziges Mal.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: War das der Computervirus?)

Ich denke, wir alle sollten der Versuchung widerstehen, in einen Wettbewerb um die höhere Identifikation mit unserem Land einzutreten.

(Beifall des Abg. Teßmer SPD)

Es geht um die gemeinsamen Bemühungen um sein Wohl und seine Menschen und nicht darum, die einen zu besseren Baden-Württembergern zu erhöhen und den anderen den Stempel der Schlechteren aufzudrücken. Vor allem, liebe Kolleginnen und Kollegen: Parteizugehörigkeit hat mit dieser Frage überhaupt nichts, aber auch gar nichts zu tun; denn der Rote liebt sein Baden-Württemberg so sehr wie der Schwarze und der Grüne.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Ich denke, wenn wir uns gleich am Beginn der Legislaturperiode darauf verständigen, dann nimmt dieses Parlament seinen Auftrag wirklich ernst, für das Wohl des Landes und seine Menschen zu arbeiten. In diesem Sinne greife ich gern, Herr Ministerpräsident, Ihren ausdrücklichen Wunsch auf: Wir nehmen die Hand, die Sie zu einem offenen Dialog über die vor uns liegenden Herausforderungen gereicht haben. Unsere Verantwortung für Baden-Württemberg ist in der größer gewordenen SPD-Fraktion im Parlament gewachsen. Wir werden beweisen, dass die Sozialdemokratie auch für Baden-Württemberg die richtigen Konzepte hat.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wir betreiben keine Opposition um der Opposition willen. Deshalb werden Sie mitunter erleben, dass wir auch Vorschläge der Regierung Teufel zustimmen.

(Abg. Oettinger CDU: Sehr gut!)

Wenn es die Sache und das Wohl unseres Landes und seiner Menschen verlangen, dann werden wir – anders als Herr Teufel zu Kohls Zeiten – auch der Bundesregierung widersprechen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Seimetz CDU: Die Botschaft hör' ich wohl!)

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung gesagt, er brauche die Opposition um der offenen Gesellschaft und der lebendigen Demokratie willen. Wer seine Ausführungen und Absichtserklärungen in der vergangenen Woche genau verfolgt hat, der weiß, dass er die Opposition vor allem zu einem braucht: zum Regieren. Herr Teufel ist erkennbar auf uns angewiesen:

(Abg. Oettinger CDU: Wie?)

auf unsere Alternativen, auf unser Drängen, auf unsere Interventionen in Berlin, auf unsere Kooperation, auf unsere Kritik.

(Abg. Oettinger CDU: Dann legt mal los!)

(Drexler)

Denn Regieren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, reicht über bloßes Verwalten weit hinaus. Was wir in der Regierungserklärung gehört haben, lässt Verwalten, aber kein Regieren erwarten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Oettinger CDU: Na, na, na!)

– Natürlich. – Diese Kritik will ich jetzt an einigen zentralen Bereichen deutlich machen.

Es gibt Themenfelder, in denen die Regierungserklärung einfach falsch liegt.

Als Erstes sind hier die Beurteilung der Steuerreform der Bundesregierung zu nennen und die Folgen, wie sie sich für das Land auswirkt. Der Herr Ministerpräsident behauptet noch immer, die Steuerreform sei gegen die mittelständische Industrie gerichtet.

(Abg. Seimetz CDU: Recht hat er! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Wieser)

Diese Aussage ist erkennbar falsch.

(Abg. Seimetz CDU: Die Mittelständler sagen etwas anderes!)

Die steuerliche Belastung der Kapitalgesellschaften liegt nach der Steuerreform im Jahr 2005 einschließlich der Gewerbesteuer bei ca. 39 %. Um diesen Steuersatz zu erreichen, müsste ein lediger Personenunternehmer einen Jahresgewinn von 250 000 DM erreichen und ein verheirateter Personenunternehmer einen Jahresgewinn von 500 000 DM. Rund 95 % aller Personengesellschaften haben aber Jahreseinkünfte unter 250 000 DM. Bei Jahreseinkünften von bis zu 100 000 DM, wie sie bei drei Vierteln aller Personengesellschaften der Fall sind, liegt der durchschnittliche Steuersatz nach der Steuerreform gerade einmal bei 19 %, rund der Hälfte des Steuersatzes für Kapitalgesellschaften. Der Mittelstand profitiert also eindeutig wie die Privatleute am stärksten von der Steuergesetzgebung der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn wir die Steuerreform 1999 hinzurechnen – sie hat ja die Großunternehmen belastet und Privathaushalte sowie den Mittelstand entlastet –, dann kommen wir bis zum Jahr 2005 zu einer Entlastung von insgesamt 95 Milliarden DM.

(Abg. Alfred Haas CDU: Oje, oje!)

Davon entfallen auf die Privathaushalte 65 Milliarden DM und auf den Mittelstand 30 Milliarden DM.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU – Unruhe bei der CDU)

Wenn Sie uns nicht abnehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und Herr Ministerpräsident, dass diese Steuerreform ein gelungener Wurf ist, dann glauben Sie wenigstens dem Porsche-Chef, Herrn Wiedeking. Er sagt zur Steuerreform der Bundesregierung Folgendes.

(Minister Dr. Döring: Typischer Mittelständler! Typischer Handwerker! – Ministerpräsident Teufel: Mittelständisches Unternehmen! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Zurufe von der SPD: Ruhe auf der Regierungsbank! – Unruhe)

– Wenn Sie jetzt auch noch Porsche aus dem Land treiben wollen, dann sagen Sie das doch!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch und Lachen bei der CDU)

Wiedeking sagt: Wenn es Kohl schon nicht geschafft hat, seine Steuerreform durchzusetzen, dann stünde es der CDU-Führung sehr gut zu Gesicht, die Steuerreform der Bundesregierung nicht scheitern zu lassen.

(Beifall des Abg. Stickelberger SPD)

Die Wirtschaft braucht diese Steuerreform dringend und hat sich trotz des einen oder anderen Mangels auch schon mental darauf eingestellt. Das sollten Sie sich immer wieder zu Gemüte führen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Dann gehen Sie, Herr Teufel, auf Ihr Lieblingsthema Ökosteuer ein. Da stellen Sie sich hin und rechnen dem Bund die Einnahmen aus der Ökosteuer gegen die Steuerausfälle aufgrund der Steuerreform auf. Dann wird behauptet, die Steuerreform werde von den Ländern und den Kommunen bezahlt.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wahr ist, dass das Aufkommen aus der Ökosteuer zu 100 % zur Stützung der Rentenkasse verwendet wird und eben nicht für den Bundeshaushalt.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne die Ökosteuer müssten Sie entweder die Beiträge für die Rentenversicherung erhöhen oder die Renten kürzen. Beides sagen Sie nicht, wenn Sie immer davon reden, dass Sie die Ökosteuer abschaffen wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Sie haben ja im vergangenen Jahr Ihr Rentenkonzept im Landtag vorgestellt. Was haben Sie da gesagt? Sie haben gesagt, immer dann, wenn der Beitragssatz für die Rentenversicherung die Marke von 20 % überschreite, sollten zur Hälfte die Renten gekürzt werden und sollte zur Hälfte der Beitragssatz für die Beitragszahler erhöht werden. Das war Ihr Modell, Herr Ministerpräsident.

Ich zitiere den Sozialminister, der den so genannten Solidaritätsfaktor angesprochen und wörtlich gesagt hat:

Das heißt, der Rentner trägt dann die eine Hälfte

– des über 20 % hinausgehenden Beitragssatzes –

und der Beitragszahler die andere.

(Drexler)

Das sagen Sie aber nicht, Herr Teufel. Sie fordern unverdrossen höhere Renten, niedrige Beitragssätze und die Abschaffung der rentenstützenden Ökosteuer, immer nach dem Motto: Steuereinnahmen runter, Ausgaben unverdrossen rauf und das Desaster der Bundesregierung anhängen. Eine solche Politik ist verantwortungslos. Wir werden sie nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Im Übrigen sind Sie der Letzte, der noch die Abschaffung der Ökosteuer fordert. Gestern hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion festgestellt, dass die Abschaffung der Ökosteuer nicht mehr zu ihren Forderungen gehöre, sondern nur noch die Nichterhöhung,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

während Sie hier im Landtag immer noch die Abschaffung der Ökosteuer fordern.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Pfister FDP/DVP: Die Bundestagsfraktion ist auch nicht im Besitz der Weisheit! – Gegenruf von der SPD)

Anders – nachvollziehbar – handelt die Bundesregierung beim Ausstieg aus der Atomenergie, der im Wesentlichen in den nächsten 20 Jahren schrittweise vollzogen werden wird. Auch hier tut die Landesregierung nichts, um an den vorhandenen Kraftwerksstandorten neue und zukunftssichere Technologien und Produktionen anzusiedeln. Sowohl die betroffenen Arbeitnehmer als auch die Standorte selbst und ihre Kommunen dürfen dabei nicht im Stich gelassen werden. Das Know-how des vorhandenen Personals und die hohe Qualifikation dürfen wir nicht brach liegen lassen. Deswegen muss ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, sagen: Wir warten darauf, dass Sie in den nächsten fünf Jahren Vorschläge machen, was aus diesen Standorten werden soll, wenn Atomkraftwerke abgeschaltet werden.

Jetzt komme ich zum Thema Zuwanderung, zu einem Thema, das seit der Unterschriftskampagne von Herrn Koch zu einem Lieblingsthema der CDU geworden ist, weil manche in ihrer Not glauben, wenigstens damit noch ein Gewinnerthema für die Bundestagswahl im Ärmel zu haben.

(Abg. Wieser CDU: Sie kommen sicherlich noch zur Landespolitik! – Abg. Teßmer SPD: Oh, Herr Wieser!)

– Ja, ja, ich komme schon noch zur Landespolitik. Im Übrigen ist die Zuwanderung auch eine Frage der Landespolitik.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Sehr erfreulich ist, Herr Wieser, dass sich die CDU bei diesem Thema deutlich bewegt hat

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ihr müsst einmal Entscheidungen treffen!)

und endlich in der Wirklichkeit angekommen ist. Sie haben inzwischen akzeptiert, dass es ein Gesamtkonzept für die Zuwanderung geben muss.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben ja noch keines!)

Ich fordere Sie deshalb auf, sich im Interesse unseres Landes bei den Fragen der Zuwanderung und der Integration ausschließlich an sachlichen Kriterien zu orientieren und keine parteipolitischen Spielchen zu betreiben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Angesichts der in wenigen Tagen vorliegenden Ergebnisse der von Bundesinnenminister Schily eingesetzten Expertenkommission und – ich sage das ausdrücklich – der Vorschläge der CDU sehe ich eine große Chance für eine gute zukunftsfähige Entscheidung für eine sinnvolle Zuwanderung,

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie müssen mal etwas vorlegen, nicht dauernd reden!)

die auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen und den humanitären Verpflichtungen dieses Landes gerecht wird. Sagen Sie Ja zu den Vorschlägen der Süsmuth-Kommission, sagen Sie Ja zu den eigenen Vorschlägen der Zukunftskommission der Bundes-CDU, dann werden wir zu einem guten Kompromiss kommen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Legen Sie auch was vor!)

Jetzt komme ich zum Thema Finanzausgleich. Die in der vergangenen Woche vereinbarte Neuregelung hat ausschließlich der Bund möglich gemacht,

(Zurufe von der SPD: So ist es! – Widerspruch bei der CDU)

weil er viel Geld, nämlich genau 2,5 Milliarden DM, unter dem Motto zur Verfügung gestellt hat: Keiner stellt sich anschließend schlechter. Das war genau der Punkt. Das, was das Verfassungsgerichtsurteil wollte, nämlich dass die Finanzbeziehungen der Länder untereinander neu geregelt werden, ist kaum passiert. Deswegen bleibt auch der bittere Beigeschmack, dass Baden-Württemberg im Vergleich mit den anderen Geberländern den Kürzeren zieht. Bayern bekommt ab 2005 pro Kopf der Bevölkerung 33 DM zusätzlich, Hessen gar 40 DM,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Die zahlen auch am meisten!)

während Baden-Württemberg lediglich 24 DM zusätzlich erhält.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Besser als nichts! – Minister Stratthaus: Und Nordrhein-Westfalen? – Weitere Zurufe, u. a. Abg. Pfister FDP/DVP: Und NRW?)

– Ich nenne nur einmal diese drei; die bekommen mehr.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Mit Verhandlungskunst, Herr Kollege, hat das überhaupt nichts zu tun.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nordrhein-Westfalen hat 14 DM!)

– Das mag ja sein. Nordrhein-Westfalen hat 14 DM.

(Drexler)

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das müssen Sie dann aber dazusagen!)

– Ich spreche doch nicht für Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege, sondern ich spreche von der Politik des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt möchte ich zu dem Abschnitt Bildungspolitik kommen. In der Regierungserklärung war dieses Politikfeld über weite Strecken von hehren Worten und schwülstigem Pathos geprägt. Überall dort, wo Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer oder die Kommunen klare und konkrete Aussagen wollten und erwarteten, sind Sie eine Antwort schuldig geblieben.

„Kein anderes Land gibt so viel für Bildung, Wissenschaft und Kultur aus wie wir“, sagt der Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

– Ja, ich komme gleich auf Zahlen. – Betrachtet man die vorliegenden Daten allerdings für den Schulbereich gesondert, sieht die Datenlage ganz anders aus. Derselbe Bundesfinanzbericht belegt, dass Baden-Württemberg bei den öffentlichen Ausgaben je Einwohner für den Schulbereich mit 1 064 DM gerade einmal auf dem zehnten Platz unter allen Bundesländern steht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Armutszeugnis für das ganze Land.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Das Statistische Bundesamt hat in demselben Bundesfinanzbericht, den der Herr Ministerpräsident immer zitiert, veröffentlicht, dass Baden-Württemberg nicht einmal einen Anteil von 2 % des hier erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts für seine Schulen ausgibt. Das ist der 15. Platz unter allen Bundesländern, der vorletzte Platz.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Diese alarmierenden Zahlen hätten Sie nennen sollen.

Jetzt sagen Sie: Eine gute Unterrichtssituation ist das Hauptanliegen. Zwar sind die 5 500 zusätzlichen Stellen ausdrücklich vom Haushaltsvorbehalt ausgenommen – das ist zu loben –; aber die Stellen müssen auch rechtzeitig entsprechend dem Bedarf an die Schulen kommen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hoffe ich doch sehr!)

Trotz steigender Schülerzahlen nehmen Sie für 2001 und 2002 in zwei Tranchen jeweils gerade einmal 150 Lehrer aus dem Kontingent von 5 500. Das heißt, Sie müssten jetzt im Nachtrag genau 1 100 neue Lehrerstellen einstellen. Dies wäre auch erforderlich; denn wir haben im neuen Schuljahr allein im Gymnasial- und im Realschulbereich 6 000 neue Schülerinnen und Schüler.

Jetzt ein paar Zahlen, damit deutlich wird, dass sich die Unterrichtssituation verschlechtert. Allein für die Gymnasien im Oberschulamtsbezirk Stuttgart werden aufgrund der

steigenden Schülerzahlen ab Herbst 190 neue Lehrerstellen benötigt. Sie bekommen aber gerade einmal 89 neue Lehrerstellen. Das ist nicht einmal die Hälfte des zusätzlichen Bedarfs.

Bei den Realschulen sieht es nicht anders aus. Nur ein Beispiel aus dem Schulamtsbezirk Nürtingen: Dort werden wegen der steigenden Schülerzahl fast 40 neue Realschullehrer gefordert; die Schulen bekommen aber nur 26 neue Stellen. Das heißt, wir werden einen größeren Unterrichtsausfall haben, und wir werden vollere Klassen haben. Das ist keine bessere Versorgung, wie Sie sie versprechen, sondern eine schlechtere. Das muss man in diesem Landtag sagen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Nun zur Situation an den beruflichen Schulen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Bereits im vergangenen Jahr sind 26 000 Unterrichtsstunden aus strukturellen Gründen ausgefallen. Allein das entspricht 1 100 Lehrern an den Berufsschulen. Sie sagen gerade einmal 200 neue Lehrerstellen zu. Nach den Darlegungen des Berufsschulverbands bräuchte man 600 bis 800 neue Lehrerstellen im Berufsschulbereich. Das heißt, Sie lassen die Berufsschulen sehenden Auges in eine Katastrophe laufen, und das in einem Bereich, in dem zwei Drittel der Jugendlichen den Einstieg ins Berufsfeld erleben.

Die zögerliche Umsetzung Ihres Wahlversprechens hat – ich sage es noch einmal – einen stärkeren Unterrichtsausfall und größere Klassen zur Folge. Das und nicht umständliche Rechnungen der Kultusverwaltung interessiert die Eltern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Noch etwas zu Ihrer Aussage, bei Ausländerinnen und Ausländern sei die Sprache so wichtig. Schauen Sie doch einmal an, was für eine gelungene Integration Sie in den letzten Jahren angerichtet haben! An Grund- und Hauptschulen wurde seit 1996 rund ein Viertel des Förderunterrichts in Deutsch ersatzlos gestrichen: von landesweit 21 600 auf 16 000 Stunden pro Woche. Das ist der Erfolg Ihrer Integrationspolitik.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Unverantwortlich!)

Ich stelle fest: Auch die großspurigen Ankündigungen von CDU und FDP/DVP, deutlich mehr Ganztagsunterricht und Ganztagsangebote zu schaffen, wurden in der Regierungserklärung nicht eingelöst. Zusätzliche Ganztagschulen sollen allenfalls an den Hauptschulen mit sozialen Brennpunkten geschaffen werden.

(Abg. Hauk CDU: Sie haben es immer noch nicht kapiert!)

Eine verbindliche Umsetzungs- und Finanzierungsplanung gibt es nicht. Wir werden mit Anträgen dafür sorgen, dass Sie Ihre Wahlversprechen einlösen.

Überhaupt nicht erwähnt hat der Ministerpräsident das Thema „Multimedia-Offensive an Schulen“. Dazu gibt es

(Drexler)

ja einen Parteitagsbeschluss der CDU vom Februar dieses Jahres. Diese ungewohnte Schweigsamkeit stärkt bei Städten und Gemeinden den Verdacht, dass sie vom Land in dieser zentralen Zukunftsaufgabe im Stich gelassen werden und die Milliardenkosten allein tragen müssen.

Wir halten es für unabdingbar, Herr Oettinger, dass es zu einem fairen Ausgleich mit den Kommunen kommt, zu einer Neuaufteilung der Lasten im Schulbereich. Es genügt nicht, den Kommunen allenfalls eine andere Verwendungsmöglichkeit für ihre eigenen Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich anzubieten, sondern das Land muss nach unserer Meinung einen spürbaren Beitrag zu dieser Offensive leisten.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Überall, wo es beim Thema Bildung brennt, Fehlanzeige! Fehlanzeige bei Multimedia in den Schulen, nichts in der Regierungserklärung, nichts in der Koalitionsvereinbarung. Fehlanzeige bei Ganztagsunterricht, Fehlanzeige bei Lernmittelfreiheit, Fehlanzeige bei der Schulsozialarbeit, Fehlanzeige bei den Zuschüssen zu den Schülerbeförderungskosten usw. usf.! Eine tolle Bildungspolitik ist das, muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben im Landtagswahlkampf – und damit bin ich beim Thema „Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung“ – die vergleichsweise guten Arbeitsmarktzahlen in Baden-Württemberg hervorgehoben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr wohl!)

Sie haben dabei aber verschwiegen, dass dies ein Erfolg der SPD-geführten Bundesregierung ist.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Denn eine wirkliche Trendwende gibt es erst, seit SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Bund Verantwortung tragen. Sie brauchen doch nur die Zahlen anzuschauen:

(Zurufe von der CDU)

1998 waren im Land durchschnittlich 350 000 Menschen arbeitslos. 1999 sank diese Zahl auf rund 324 000, im letzten Jahr sank sie auf rund 279 000. Im letzten Jahr waren also im Land rund 71 000 Menschen weniger arbeitslos als unter der Kohl-Regierung.

(Abg. Seimetz CDU: Von Demographie noch nie etwas gehört!)

Ein Fünftel der Arbeitslosigkeit im Land ist inzwischen beseitigt. Das sind die Zahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Trotzdem haben wir auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt Probleme.

(Abg. Wieser CDU: Unter der SPD regiert die Arbeitslosigkeit!)

– Sie können das ja nachher in der zweiten Runde bringen.
– Über 81 000 Menschen im Land sind ein Jahr und länger arbeitslos. Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung machen rund 47 % aller Arbeitslosen im Land aus, und zugleich sind sich alle Arbeitsmarktexperten darin einig, dass der Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften künftig weiter sinken wird. Dafür gibt es auch viele Belege. Die Schere wird sich weiter öffnen: auf der einen Seite eine hohe Zahl gering qualifizierter Arbeitsloser, auf der anderen Seite eine wachsende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, was in einigen Bereichen der Wirtschaft sogar schon zu einem Fachkräftemangel geführt hat.

Die IG Metall und die Arbeitgeber der Metallindustrie im Land haben in den letzten Tagen mit dem Weiterbildungstarifvertrag gezeigt, was moderne, die Zukunft sichernde Tarifpolitik ist. Herr Ministerpräsident, ich habe es bedauert, dass Sie den Abschluss dieses Weiterbildungstarifvertrags in Ihrer Regierungserklärung mit keinem Wort erwähnt haben – mit keinem Wort!

(Beifall bei der SPD)

Das ist symptomatisch, und ich frage Sie: Warum sind Sie eigentlich nicht zum Dialog mit den Gewerkschaften in diesem Land bereit – im Übrigen ein Dialog, mit dem Herr Stoiber in Bayern überhaupt keine Probleme hat?

(Abg. Zeller SPD: Der will auch Kanzler werden!)

Ich fordere Sie auf: Stellen Sie sich endlich diesem Dialog, stellen Sie Ihre Ideologie und Ihre Parteipolitik hintan, nehmen Sie auch in diesem Land den Dialog mit den Gewerkschaften auf, machen Sie einen runden Tisch für Arbeit, Weiterbeschäftigung und Innovation. In anderen Bundesländern gibt es das, und es wäre gut, wenn es dies auch in Baden-Württemberg geben würde.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Mein dringender Appell ist, dann auch zu neuen Wegen in der Arbeitsmarktpolitik zu kommen. Es gibt Modelle verschiedenster Art, die sich alle bewährt haben, die aber bei uns nicht praktiziert werden. Ich nenne nur Beschäftigungsagenturen für Langzeitarbeitslose oder in Nordrhein-Westfalen die landeseigene Gesellschaft für sozialverträgliche Arbeitnehmerüberlassung „START“. All diese Bereiche müssen wir in Baden-Württemberg gerade auch für Langzeitarbeitslose einführen.

In den letzten fünf Jahren war auf diesem Gebiet im Land ja völlige Funkstille. Es war Mangelverwaltung angesagt, und auch die Mittel sind gekürzt worden, Herr Wirtschaftsminister. Am Ende der großen Koalition standen 43,3 Millionen DM für die Förderung von Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen zur Verfügung, jetzt haben wir für diesen Zweck gerade noch 34,7 Millionen DM. Das bedeutet eine Reduzierung um 20 %.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Dabei haben Sie die über 56-Jährigen aus dem Landesprogramm für die Langzeitarbeitslosen herauskatapultiert. Die haben überhaupt keinen Anspruch mehr, dabei mitzuma-

(Drexler)

chen. Das ist eine tolle Politik für ältere Langzeitarbeitslose, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Ich vermissе auch konkrete Vorschläge, wie das Land endlich seinen großen Entwicklungsrückstand im Dienstleistungsbereich ausgleichen kann. Kein Wort zur Durchforschung und anschließenden Bündelung der vielfältigen Förderungsprogramme für Existenzgründer.

(Minister Dr. Döring: Was?)

Wie sieht es mit der Entwicklung der Regionen im Land aus? In den Landesentwicklungsplan wird die Region Stuttgart vollmundig als „Europäische Metropolregion“ hineingeschrieben. Was verstehen Sie darunter? Wollen Sie der Region Stuttgart mehr Rechte geben? Kein Wort dazu! Sie wollen es, er will es nicht, er auch nicht. Das ist eine schöne Koalition.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Beim Thema Wohnungsbau

(Minister Dr. Döring: Jetzt aber Vorsicht!)

kommt die völlige Ernüchterung. Es gibt gerade noch Mittel für 200 bis 300 Mietwohnungseinheiten im ganzen Land.

(Abg. Fleischer CDU: Was gibt denn der Bund? Wir geben doppelt so viel wie der Bund!)

In anderen Bundesländern gibt es sechsmal mehr Fördermittel, obwohl sie ärmer sind.

(Abg. Hauk CDU: Der Bund hat sich verabschiedet! – Abg. Fleischer CDU: Der Bund gibt noch 40 Millionen!)

Die mittelständische Bauwirtschaft, Herr Kollege, bedankt sich für solche Zustände. Das Landeswohnungsbauprogramm zu verstetigen, davon spricht die neue Koalition – verstetigen auf Elendsniveau, sage ich bei 200 bis 300 Mietwohnungseinheiten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Sorgen Sie dafür, dass der Bund mehr Mittel gibt! Dann ziehen wir gleich!)

Ich hätte mir gewünscht, dass sich die Landesregierung endlich zu einem mittelstandsfreundlichen Landesvergabegesetz entschließt, Herr Wirtschaftsminister.

(Beifall bei der SPD)

So etwas fordern die Handwerkskammern. Was macht da die FDP/DVP? Auch dazu sagen Sie nichts. Stattdessen spricht Herr Teufel in seiner Regierungserklärung von Kreditleichterungen für den Mittelstand. Dabei ist es gerade zwei Monate her, dass mit der Beteiligung der Landesbank Baden-Württemberg an der Baden-Württembergischen Bank möglicherweise für eine weitere massive Wettbewerbsbeschränkung bei den Finanzdienstleistungen gesorgt wurde.

(Abg. Oettinger CDU: Was schlagen Sie vor?)

Herr Oettinger hat diesen Schritt verteidigt. Sie hätten den Wirtschaftsminister sehen sollen. Er sah bei diesem Thema Landesbank aus, als hätte er in eine Zitrone gebissen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Was hätten Sie als Alternative gebracht?)

Ich zitiere die IHK Stuttgart:

Mehr und mehr Betriebe fragen sich, ob die BW-Bank mittelfristig nicht mehr als privatwirtschaftlich orientiertes Kreditinstitut agiert, sondern fester Bestandteil der Sparkassenorganisation wird.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Finanzmarkt ist auf die Interessen des Mittelstands hin zu orientieren und darf nicht vom Wunsch nach staatlicher Lenkung diktiert sein. Bei diesem Satz klatscht sogar der Wirtschaftsminister.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Der Mittelstand in diesem Land erwartet auch eine großzügige Praxis bei solchen Menschen, die als Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien gekommen sind und nun, nach Jahren, von ihren Arbeitgebern nicht mehr ersetzt werden können. Sie verhalten sich beim Bleiberecht viel zu restriktiv. Wir fordern Sie auf, da, wo es notwendig ist, eine den wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Umsetzung des Ausländerrechts durchzuführen. Die Möglichkeiten dafür sind vorhanden, Sie müssen sie in diesem Land nur anwenden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Thema „Politik für ältere Menschen“, auf das Herr Oettinger auch eingegangen ist, einiges sagen, und zwar vor allen Dingen zur Politik für pflegebedürftige alte Menschen. Sie haben kein Konzept, wie Sie diese Herausforderung bewältigen wollen, im Gegenteil: Sie machen vage Versprechungen, und das wundert mich nicht. Denn alle entscheidenden Zahlen bei diesem Thema gingen in den letzten fünf Jahren nach unten. Sie haben die Landesförderung für den ambulanten und den stationären Pflegebereich drastisch zurückgefahren: Sie haben gravierende Einschnitte beim Landespflegegesetz gemacht. Die Förderung der IAV-Stellen zur Beratung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen wurde sogar ganz eingestellt. Das Fördervolumen für Investitionen bei Alteneinrichtungen haben Sie in den letzten drei Jahren um 30 % verringert. 1997 standen für diese Förderung 125,4 Millionen DM zur Verfügung, jetzt sind es gerade noch rund 87 Millionen DM, und das, obwohl wir alle wissen, dass wir in den nächsten zehn Jahren 10 000 neue Pflegeplätze schaffen müssen. Aber es ist keine Erhöhung des Fördervolumens in Aussicht gestellt, weder in der Koalitionsvereinbarung noch in der Regierungserklärung. Das passt doch nicht zusammen.

Reden Sie doch einmal mit Sozialamtsleitern. Wir laufen auf einen Pflegenotstand zu. Es gibt nicht genug Menschen, die die wachsende Zahl der hochbetagten Menschen pflegen. Dazu sagen Sie kein Wort, es gibt keine Konzepte und nichts in der Koalitionsvereinbarung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

(Drexler)

Unmittelbar vor der Wahl hatte der zuständige Sozialminister angekündigt, um dem steigenden Pflegebedarf nachkommen zu können, plane er, ab dem Jahr 2002 die Fördermittel um 50 % aufzustocken. Das war vor der Wahl. Im Übrigen: Wenn er sie um 50 % aufstockt, dann ist erst der Zuschuss von 1997 wieder erreicht – bloß damit man einmal die Größenordnung sieht.

In der Koalitionsvereinbarung steht:

Die Förderung der Pflegeheime wird das Land wie bisher fortführen,

– wie bisher, auf dem Niveau von 87 Millionen DM –

um eine ausgeglichene und flächendeckende soziale Infrastruktur zu gewährleisten.

Kein Wort zur notwendigen Mittelaufstockung, kein Wort zu den notwendigen 10 000 neuen Pflegeplätzen. Die Wahrheit ist ganz anders, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie verstehen unter Fortführung eine Kürzung um 30 %. Das war in den letzten fünf Jahren so.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Ich muss das einfach feststellen. Sie werden immer leiser, Herr Kollege Hofer, immer leiser!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, in kaum einem anderen Bereich der Landespolitik klaffen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie in der Familienpolitik. Sie erklären, Sie wollten eine echte Wahlfreiheit für Frauen und Männer zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Wirklichkeit haben die Eltern in Baden-Württemberg keine Wahlfreiheit in der Frage,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

wie Beruf und Familie miteinander vereinbart werden.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Insofern lobe ich ja, dass Herr Oettinger dies heute zugibt. Aber bei einer Partei, die in Baden-Württemberg seit 47 Jahren an der Regierung ist,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Seit 48 schon!)

kommt diese Erkenntnis etwas zu spät, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wegen des völlig unzureichenden Kinderbetreuungsangebots ist ein Elternteil – in der Regel ist dies die Frau – gezwungen, die Berufstätigkeit aufzugeben oder zumindest erheblich einzuschränken. Baden-Württemberg ist bei den Betreuungsangeboten für Kleinkinder und Schulkinder bundesweit Schlusslicht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist nicht wahr! – Gegenrufe von der SPD)

Ich nenne Ihnen gleich die Zahlen: Zum Stichtag 31. Dezember 1998 gab es nach Angaben der Jugendhilfestatistik des Statistischen Bundesamts für je 1 000 Kinder im Alter von bis zu drei Jahren in Baden-Württemberg lediglich 13 Betreuungsplätze. Im Durchschnitt der alten Bundesländer waren dies mit 28 mehr als doppelt so viele.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist doch eine veraltete Statistik!)

Selbst in den anderen Flächenstaaten wie Hessen mit 26 oder Nordrhein-Westfalen mit 25 ist das Kinderbetreuungsangebot für unter Dreijährige deutlich besser.

Auch für Schulkinder, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Betreuungsangebot völlig unzureichend.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Für je 1 000 Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren gibt es in Baden-Württemberg lediglich 16 Betreuungsplätze. Im Durchschnitt der alten Bundesländer sind es mit 30 Betreuungsplätzen fast doppelt so viele.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das sind doch alte Zahlen! 98er Zahlen!)

– Herr Haas, fahren Sie mit Ihrem neuen Ford fort. Das wäre das Beste für den Landtag.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Im Land gab es nach Angaben der Jugendhilfestatistik 1998 – hören Sie sich das an! – nur 28 000 Ganztagsplätze für Kinder. Das heißt, auf 1 000 Einwohner kommen gerade einmal 2,7 Ganztagsbetreuungsplätze in Krippen, Kindergärten und Horten.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Gegenrufe von der SPD)

Wir stehen einzigartig an letzter Stelle. In Bayern – wir haben 28 000 – gibt es 100 000 Ganztagsbetreuungsplätze für Kinder.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Auf 1 000 Einwohner sind es in Bayern 8,6, in Hessen 12,3, in Nordrhein-Westfalen 9,3, in Rheinland-Pfalz 6,8 und bei uns 2,7. Und da reden Sie von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Die Kleinen – um ein Wort aus Ihrer Regierungserklärung aufzugreifen – sind für die Landesregierung eben nicht die Größten,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

sondern sie sind bei Ihnen die Dummen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: So ein Quatsch!)

(Drexler)

In Kürze werden wir als Fraktion ein Eckpunktepapier – darüber können wir dann diskutieren –

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

für ein Kindertagesstättengesetz vorlegen und damit einen Entwurf für ein umfassendes, modernes Gesetz präsentieren,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

das alle Betreuungsangebote für Kinder bis 14 Jahre umfasst und das für alle Tageseinrichtungen einen verlässlichen, einfach zu handhabenden Förderrahmen schafft. Dann diskutieren wir über Ihr Ziel, die Förderung zu verbessern.

(Abg. Wieser CDU: Und zum Landeserziehungsgeld sprechen Sie auch noch?)

Jetzt komme ich zum Familiengeld,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

das Sie, Herr Ministerpräsident, angedeutet haben. Ich halte es für unerträglich, dass Sie allen Eltern für jedes Kind ein Familiengeld von monatlich 1 200 DM versprechen, aber mit keinem Wort sagen, wie Sie dies finanzieren wollen, Herr Oettinger.

(Beifall bei der SPD)

Bundesweit würde ein solches Familiengeld – die CDU widerspricht nicht – 60 Milliarden DM kosten.

(Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich!)

60 Milliarden DM, und keiner spricht davon, wie er es finanzieren will. Baden-Württemberg würde dieses Familiengeld 2 Milliarden DM kosten. Und dies, Herr Ministerpräsident, fordern Sie, obwohl Sie in zwei Abstimmungen – 1996 im Landtag und 1998 im Bundesrat; und da ging es einmal um 20 DM und einmal um 30 DM Kindergelderhöhung – jeweils die Zustimmung zur Kindergelderhöhung verweigert haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Widerspruch des Ministerpräsidenten Teufel)

– Jawohl! Sie waren dagegen! – Und dann haben Sie nach 16 Jahren Kohl-Regierung noch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts kassieren müssen, das Ihre jahrelange Untätigkeit in der Familienpolitik in einem vernichtenden Spruch verurteilt hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das ist der traurige Höhepunkt der CDU-Familienpolitik, und, Herr Ministerpräsident, wir lassen uns von Ihnen, von einem Ministerpräsidenten, der zweimal gegen eine Kindergelderhöhung, der gegen eine Kindergelderhöhung um insgesamt 50 DM gestimmt hat und ein solches Bundesverfassungsgerichtsurteil hat kassieren müssen, keinerlei Vorschriften und Vorschläge bezüglich der Familienpolitik machen. Darauf sind wir überhaupt nicht angewiesen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir sind in dieser Sache weit vor Ihnen.

(Abg. Wieser CDU: Dass ihr nicht lernfähig seid, das wissen wir!)

Ich komme jetzt zu einer Auswahl solcher Themen, die der Herr Ministerpräsident aus gutem Grund nicht oder nur pflichtschuldig behandelt hat – es war ja auch interessant, über was er nichts gesagt hat –:

Ich möchte kurz die innere Sicherheit erwähnen. Diese hat – und da hat Herr Oettinger Recht – über alle Parteien hinweg einen hohen Stellenwert und ist auch die Basis für das friedliche Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger.

Trotz vieler Positivmeldungen gibt es aber in der inneren Sicherheit etliche Schwachstellen, die es auch in Baden-Württemberg anzupacken gilt. Ich nenne an dieser Stelle beispielhaft die Zahl der Drogentoten, die in Baden-Württemberg einen Höchststand erreicht hat, den Anstieg der Drogenkriminalität, den fortdauernden Anstieg der Jugendkriminalität, den Anstieg bei den Korruptionsdelikten sowie den Anstieg bei den rechtsextremistischen und fremdenfeindlich motivierten Straftaten.

Auf einen Deliktsbereich, nämlich die Jugendkriminalität, möchte ich hier genauer eingehen. Die Jugendkriminalität steigt nach wie vor an. Hinzu kommt, dass nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Delikte zunimmt. Das heißt, es besteht eine deutlich zunehmende Gewaltbereitschaft bei jungen Menschen. In krassem Missverhältnis zu diesem Befund steht jedoch das geringe Engagement der Landesregierung für die Schulsozialarbeit. Gerade die Schulsozialarbeit ist eine sehr wichtige Präventionsmaßnahme gegen die Jugendkriminalität. Lediglich 91 Schulen finden bislang dabei Ihre Unterstützung – bei rund 4 500 Schulen in ganz Baden-Württemberg. Wir brauchen nach wie vor mehr Schulsozialarbeit, um gegen die Jugendkriminalität anzugehen. Das muss es uns eigentlich auch wert sein, damit wir die Leute nachher nicht in den Jugendstrafanstalten haben. Dazu fehlt jedoch jegliche Aussage in der Regierungserklärung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wieser CDU: Weil das eine kommunale Aufgabe ist!)

Im Übrigen müssen Sie auch die Polizeipräsenz erhöhen. Denn im Bund-Länder-Vergleich haben wir eine zu geringe Polizeidichte, und viele Polizeidienststellen sind bei Nacht unzureichend besetzt, was eine Untersuchung ergeben hat. Die erforderlichen zusätzlichen Stellen sind auch finanzierbar, und zwar mit den Mitteln aus abgeschöpften Verbrechensgewinnen. Wir sind der Meinung, man könnte dieses Geld dem Innenministerium für zusätzliche Stellen lassen.

Eine weitere Fehlentwicklung im öffentlichen Dienst, liebe Kolleginnen und Kollegen – Herr Oettinger hat das leider nicht angesprochen –, ist die Überalterung der Beamtinnen und Beamten. So liegt beispielsweise das Durchschnittsalter der Polizeibeamten im ländlichen Raum jetzt bei 50 Jahren. Wir haben teilweise Polizeireviere, in denen das Durchschnittsalter bei 52 Jahren liegt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da wird es, Herr Kollege Pfister, bei der Fußverfolgung jugendlicher Straftäter aber schwierig.

(Drexler)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist unglaublich!)

Deswegen ist die Frage „Altersteilzeit für Beamte“ ein ganz wichtiges Thema.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich sage Ihnen: Sowohl bei der Polizei als auch bei den Pädagogen ist es sehr wichtig, die Altersteilzeit einzuführen, und wir werden Sie natürlich auch dabei stellen.

Auch zum Thema „Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ haben Sie nicht viel gesagt. Sie sind offensichtlich der Ansicht, dass dieses Thema mit der Notoperation Staatsrat erledigt sei.

(Abg. Wieser CDU: Was? „Notoperation“?)

Bei uns heißt dieses Thema „Agrarwende und Verbraucherschutz“, und ich kann Ihnen vorhersagen, dass nur mit einer solchen Sichtweise allen gedient ist: der Landwirtschaft und den Verbrauchern.

(Beifall bei der SPD)

Beim Verbraucherschutz verweist die Koalitionsvereinbarung, liebe Kollegen, auf ein nebulöses Schlagwort, die „gläserne Produktion“. Mit diesem Prädikat haben Sie bereits in der Vergangenheit das HQZ – das Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg – veredelt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Quatsch!)

obwohl wir seit der jüngsten Krise um die Landwirtschaft wissen, dass dies unter ökologischen, gesundheitlichen und tierschutzrelevanten Aspekten ein höchst fragwürdiger Etikettenschwindel war. Wir werden aufmerksam verfolgen, Herr Ministerpräsident, ob Sie und Ihr neuer Agrarminister die vollmundigen Ankündigungen, die Anforderungen an das HQZ zu verschärfen, auch einlösen. Dann dürfte es nämlich nicht mehr erlaubt sein, HQZ-Tiere mit gentechnisch behandeltem Sojaschrot zu füttern. Es müsste Schluss sein mit den keinesfalls artgerechten Stall- und Massentierhaltungsformen, die das HQZ heute zulässt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo gibt es die?)

auch mit der Verabreichung von antibiotischen Mastverstärkern usw. usf. Das alles ist heute in der Landwirtschaft in Baden-Württemberg bei HQZ-Tieren Alltag.

(Beifall bei der SPD)

Auch beim Thema „Demokratie und Bürgerbeteiligung“ fehlt in Ihrer Regierungserklärung jegliche Aussage. Unter dem Stichwort „Mitmachen“ verstehen Sie ausschließlich die dienende Funktion, also die ehrenamtliche Tätigkeit der Bürgerinnen und Bürger. Es gibt aber auch die ebenso wichtige mitbestimmende Funktion der Bürger und Bürgerinnen. Ehrenamtliches Engagement und aktive Mitbestimmung müssen beide anerkannt und gefördert werden. Unsere Gesellschaft ist auf das freiwillige Füreinander und gegenseitige Helfen angewiesen, und neben der Förderung

des Ehrenamts ist es auch wichtig, die demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir bei dem Thema auch die FDP/DVP stellen; denn wir sind der Meinung, dass Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene, Volksbegehren und Volksabstimmung auf Landesebene künftig erleichtert werden sollen, indem wir die Hürden der Bürgerbeteiligungsformen niedriger machen.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Thema haben Sie bezeichnenderweise in Ihrer Regierungserklärung kein Wort verloren.

Auch beim Thema Landtagswahlrecht wollen wir mehr Chancengleichheit für die Parteien und mehr Wahlfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger. Jetzt schauen Sie ganz betroffen. Der Herr Wirtschaftsminister lacht noch, aber die gesamte FDP/DVP-Fraktion sitzt bei diesem Thema ganz eisern da,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Gutes Gewissen!)

weil die Landtagswahlrechtsgeschichte nun nicht gerade ein Ruhmesblatt liberaler Politik war. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag auf Einsetzung einer Parlamentskommission zu, meine Damen und Herren; dann kommen wir einen Schritt weiter. Da werden wir dann die FDP/DVP auch stellen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da braucht ihr uns nicht zu stellen!)

Wir sind auch bereit zu einer Reform der Verwaltungsorganisation in diesem Land. Jetzt kommen wir zu Ihnen, Herr Wirtschaftsminister. Bei den Ausführungen von Herrn Oettinger zur Verwaltungsreform haben Sie wieder ausgesehen, als ob Sie in eine Zitrone gebissen hätten. Auch dieses Thema fehlt in der Regierungserklärung völlig. Wenn Sie bei der Regierungserklärung aufmerksam zugehört haben, müsste Ihnen aufgefallen sein, dass der Herr Ministerpräsident zwar gefordert hat, die Kompetenz zwischen Bund und Ländern zu entflechten und die Zuständigkeiten klar aufzuteilen, dass Sie aber den gleichen Maßstab nicht an Ihre eigene Verwaltungsorganisation im Land angelegt haben. Sie können nun wahrlich nicht behaupten, dass im Land alle Zuständigkeiten zwischen den Behörden klar aufgeteilt und dass keine Überschneidungen festzustellen seien. Es gibt einen enormen Handlungsbedarf. Wir müssen die brachliegenden Verwaltungskapazitäten durch sinnvolle Neuorganisationen freilegen. Wir werden prüfen, ob Sie, Herr Pfister und Herr Döring, zu Ihrer Aussage in der Presse stehen, wenn es um die Einsetzung einer Expertenkommission zu dieser grundlegenden Frage im Land geht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sobald der Koalitionspartner überzeugt ist!)

– Dann können Sie noch 20 Jahre warten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich habe in Ihrer Regierungserklärung konkrete frauenpolitische Aussagen vermisst. Leider

(Drexler)

hat es Tradition, dass die Hälfte der Menschen im Land bei Ihnen unter „ferner liefen“ behandelt wird.

(Beifall bei der SPD)

Bereits bei der Regierungsbildung haben Sie frauenpolitisch versagt: Nur noch eine Frau im Kabinett im Minister-rang! Selbst in Bayern sitzen zwei Frauen als Ministerin-nen am Kabinetttisch. Der Landesfrauenrat hat vollkom-men Recht, wenn er Ihr Kabinett deshalb als einen beispiel-losen Rückschritt bezeichnet.

(Abg. Wieser CDU: Ihr habt noch nicht einmal ei-ne stellvertretende Vizepräsidentin! Ganz mager bei euch!)

Selbst bei der CDU-Frauenorganisation regt sich in der Zwischenzeit Unmut. Die Landesvorsitzende der Frauen-union hat Ihre Regierungsbildung – ich zitiere – als „gra-vierenden Rückschlag für die jahrelangen Bemühungen der CDU, Frauen in Regierungsämtern zu etablieren“, bezeich-net. Ich frage mich, ob Sie das die fünf Jahre weiter so ma-chen wollen. Es gibt ja frauenpolitisch viel zu tun. Das Landesgleichberechtigungsgesetz muss endlich novelliert werden. Der CDU-Landesparteitag hat am 12. Mai die Landesregierung aufgefordert, das Landesgleichberechti-gungsgesetz zu novellieren und dabei den Gleichstellungs-grundsatz zu verankern. Wir als SPD werden Vorschläge machen, wie dies umgesetzt werden kann. Wir erwarten von Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie wenigstens die frauenpolitischen Forderungen Ihrer eigenen Partei nicht weiter stur blockieren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Als Herr Oettinger vorhin über KIF und KUF gesprochen hat, habe ich gedacht, er spricht jetzt über Drogenpolitik.

(Abg. Wieser CDU: Das verstehe ich gut bei Ih-nen! – Abg. Fleischer CDU: Fehlen da manche Voraussetzungen bei Ihnen?)

Leider hat er das nicht getan, und nun muss ich über die Suchtpolitik reden, weil wir – das ist jetzt sehr ernst – nach den Erhebungen des Statistischen Landesamtes die höchste Rate an Drogentoten aller Flächenstaaten haben. Die höchste Rate aller Flächenstaaten in Deutschland hat Baden-Württemberg! Die Entwicklung der durch Drogenkon-sum verursachten Todesfälle in Deutschland weicht von derjenigen in Baden-Württemberg erheblich ab. Dieser Entwicklung muss rasch Einhalt geboten werden, Herr Mi-nisterpräsident,

(Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt haben Sie das Re-zept!)

zumal die Zahl der Drogentoten in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr mit 287 einen neuen Höchststand er-reicht hat.

Deshalb empfinden wir die suchtpolitischen Passagen in Ihrer Koalitionsvereinbarung als geradezu lächerlich. Die FDP/DVP hat sich weder bei der Möglichkeit zur Einrich-tung von Drogenkonsumräumen

(Abg. Wieser CDU: Aha, so heißen jetzt die Fixer-stuben!)

noch bei der Beteiligung des Landes an Modellversuchen zur ambulanten Heroinvergabe durchsetzen können.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Lesen!)

Die so genannte Alternative der stationären Heroinvergabe ist ein Ablenkungsmanöver, das wissen Sie genau. Alle Experten sagen, dass dies kein geeignetes Konzept sei.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wer sagt das, bitte? Wer? Welche Experten?)

Wir sind der Meinung, dass Überlebenshilfen ein unver-zichtbarer Baustein der Suchtpolitik wären, den die Lan-desregierung aus ideologischen Gründen bisher ablehnt – zumindest ein Teil der Landesregierung.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Abstimmung!)

Ich will einmal sagen: Im Gegensatz zur letzten Legislatur-periode gibt es im Parlament eine Mehrheit jenseits der CDU für einen ausgewogenen Weg in der Suchtpolitik,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt aber nicht!)

der auf den Grundpfeilern Prävention, Therapie und Über-lebenshilfe für die Suchtkranken sowie Repression gegen die Drogenhändler beruht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das steht in der Koaliti-onsvereinbarung!)

Die SPD hat deshalb jetzt einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, ihre Blockadehaltung bei den Überlebenshilfen aufzugeben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo blockieren wir Über-lebenshilfen?)

Wir sind gespannt, wie sich die FDP/DVP in dieser Frage verhalten wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Wir brauchen noch Zeit!)

Der Herr Ministerpräsident hat auch das Ziel der Nullver-schuldung formuliert. Ich sage: Wir teilen dieses Ziel, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Vor einer gründlichen Beurteilung des Projekts „Nullver-schuldung bis 2006“ wollen wir aber die Vorlage des Dop-pelhaushalts 2002/2003 abwarten. Ihre bisherige mittelfris-tige Finanzplanung bis zum Jahr 2003 zeigt jedenfalls kei-nerlei Sparwillen

(Abg. Scheuermann CDU: Ihre Rede auch nicht!)

und keine Bereitschaft zur Nullverschuldung. Und auch nach Ihrer eigenen Finanzplanung vom Januar 2000 ist al-lein für das Jahr 2003 noch eine zusätzliche Finanzierungslücke von mehr als 1 Milliarde DM zu erwarten.

(Abg. Wieser CDU: Und Ihre Rede ist eine richti-ge Sparerrede!)

(Drexler)

Hinzu kommt jetzt durch die Steuerreform und konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen

(Abg. Wieser CDU: Er fordert eine Sache nach der anderen! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

noch eine weitere Deckungslücke von mindestens einer weiteren Milliarde Mark, sodass Sie allein im Jahr 2003 mindestens 3 Milliarden DM einsparen müssen. Dazu kommen jetzt noch die zusätzlichen Ausgaben, die Sie bereits versprochen haben, etwa die für 5 500 zusätzliche Lehrerstellen,

(Abg. Rückert CDU: Wollen Sie die nicht?)

für Stuttgart 21, für die neue Messe oder für Ihr Familiengeld

(Abg. Alfred Haas CDU: Wollen Sie auch nicht?)

mit zirka 2 Milliarden DM.

Wir werden abwarten, ob Sie Ihr Postulat der Nullverschuldung tatsächlich einhalten. Wir werden Ihnen nach Kräften helfen,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Das Gegenteil wird der Fall sein!)

aber Sie müssen das im Haushalt schon einmal selber aufzeigen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir haben mit viel Aufmerksamkeit Ihre Ausführungen dazu registriert, was man heutzutage Biopolitik nennt. Ihrer Haltung zum so genannten therapeutischen Klonen und zur so genannten verbrauchenden Embryonenforschung stimmen wir uneingeschränkt zu. Zur Stammzellenforschung und zur PID will ich jetzt nichts sagen, weil wir dazu morgen eine Aktuelle Debatte haben. Ich gehe davon aus, dass diese Debatte morgen gelingt und auch dem Ernst und der fundamentalen Bedeutung des Gegenstands gerecht wird.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist bei Ihnen schwierig!)

Ich will nun etwas zur Form Ihrer Regierungserklärung sagen, das heißt, zu einigen Ihrer Stilelemente.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla! Das ist ja was ganz Neues! – Abg. Wieser CDU: Jetzt sind alle Noten fertig, dann kommt das Fach Stilkunde! – Abg. Oettinger CDU: Haltungsnoten!)

– Ihnen als Oberstudiendirektor müsste das ja nahe liegen, Herr Kollege Wieser. – Ich meine damit die denkwürdige Banalität einiger Ihrer Aussagen.

(Abg. Oettinger CDU: Haltungsnoten!)

Lassen Sie mich zitieren: „Baden-Württemberg ist unsere Heimat“. „Unser Handlungsfeld ist die Gegenwart.“

(Lachen bei der SPD)

Oder: „Jeder Mensch wünscht sich, gesund zu sein.“ Da fehlt bloß noch: Der Ball ist rund.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Das hat Herberger gesagt!)

So etwas ist schon ziemlich schwer zu ertragen.

(Abg. Fleischer CDU: Haben Sie etwas gegen Sepp Herberger?)

Ich bin auch nicht gewillt, diese Sätze als rhetorisches Instrument durchgehen zu lassen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Denn wer vor einem Auditorium solche Trivialitäten präsentiert, der hat sich vorher Gedanken über die Wirkung seiner Worte gemacht und ist dabei zu der Überzeugung gekommen, dass dieses Parlament für ein solches Niveau empfänglich ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auch die Würde eines Parlaments ist antastbar. Ihre Rede war in manchen Passagen ein Beispiel für diese Gefährdung, und ich wünsche mir sehr, dass Sie dem Parlament eine solche Redeweise künftig bitte nicht mehr präsentieren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Das war auch trivial! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Schließlich noch eine Anmerkung zu dem Tempo, in dem Sie die Verhandlungen über die Koalitionsvereinbarung abgeschlossen haben. Sie wollen damit Ihre hoch entwickelte Verhandlungskunst und das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen den Verhandlungspartnern herausstellen. Ich werde Ihnen heute verraten, warum es da so zügig zugeht: Es ging so schnell, weil Sie keinen einzigen neuen oder gar originellen Gedanken auf dem Tisch hatten,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Im Gegensatz zu Ihnen!)

weil Sie alle als strittig bekannten Punkte ausgeklammert haben und weil Sie dort, wo es der CDU tatsächlich um etwas ging, die FDP/DVP einfach an die Wand gedrückt haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Dann wäre sie ja nicht mehr da!)

– Doch! – Wer den Herrn Pfister in den letzten Monaten beobachtet hat, der weiß, was er im Unterschied zu Herrn Döring gelitten hat.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Flunder Ernst!)

Herr Döring ist ja ein ganz anderes Kaliber. Bei dem heilt die Salbe des Machterhalts jede noch so schwere Wunde.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

(Drexler)

Wir werden sehen, ob und bei welcher Gelegenheit die Drohung des wechselnden Stimmverhaltens der FDP/DVP wahr gemacht wird.

(Abg. Fleischer CDU: Ich glaube, jetzt sollten wir mal über Ihren Stil reden!)

Wir werden jedenfalls mit verschiedenen Anträgen für die Gelegenheit sorgen, den Mannes- und Frauenmut der FDP/DVP unter Beweis zu stellen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wenn er sich dazu aufrafft, dann kann vielleicht auch Herr Pfister wieder aufrechter und fröhlicher durchs Leben gehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Das tut er auch so!)

Wir haben im Wahlkampf immer wieder gesagt: Dieses Land wird unter Teufel und Döring unter seinen Möglichkeiten regiert.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut regiert!)

Die Regierungserklärung von Erwin Teufel hat diese Feststellung voll bestätigt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: So schlecht sind wir damit gar nicht gefahren!)

Wir alle – insbesondere der Ministerpräsident – fordern von unseren Landsleuten immer wieder Kreativität, Flexibilität, Mobilität im Handeln und Denken.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das fällt Ihnen schwer!)

Wenn wir aber Kreativität, Flexibilität und Mobilität fordern, dann darf sich die Politik nicht auf Konzepte beschränken, die weder kreativ noch flexibel, noch mobil sind, sondern verharrend, ängstlich, Altes fortschreibend und ohne jedes neue Element.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Sie brüsten sich ja sogar damit, dass Sie kein neues Element in Ihre Regierungserklärung eingefügt haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Lesen Sie einmal weiter! – Zuruf des Ministers Dr. Döring)

Zum Schluss, Herr Ministerpräsident:

(Abg. Alfred Haas CDU: Gott sei Dank!)

Sie wollen in Ihrer Politik alle mitnehmen; das war das Credo. Sie wollen alle mitnehmen.

(Abg. Oettinger CDU: Nicht jeden!)

Ich stelle nach dieser Regierungserklärung fest: Sie nehmen die Frauen nicht mit, Sie nehmen die Kinder nicht mit, Sie nehmen die Alten nicht mit und auch nicht die Arbeitslosen. Sie lassen auch die Familien allein zurück.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen im Land haben eine andere Politik verdient. Wir Sozialdemokraten werden dafür sorgen, dass sich diese Regierung anders ins Zeug legt als im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung dargelegt. Wir werden unsere Arbeit in den nächsten fünf Jahren mit Sachverstand, Engagement und Freude dem Wohl unseres Landes Baden-Württemberg widmen, seinen Menschen und ihrer glücklichen Zukunft.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt zur Sache! Nach der Vorrede vom Drexler jetzt zur Sache! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! CDU und FDP/DVP haben von den Wählerinnen und Wählern des Landes am 25. März einen klaren Auftrag zur Fortsetzung ihrer erfolgreichen Politik bekommen. Dieser Auftrag ist Verpflichtung zur Arbeit an der Zukunft unseres Landes. Ich füge gleich an dieser Stelle hinzu: Zukunft unseres Landes heißt auch, dass dieses Land Baden-Württemberg weiterhin ein offenes, weltoffenes, tolerantes und liberales Land sein muss. Schon deshalb ist es gut, dass es in diesem Landtag von Baden-Württemberg keine Republikaner mehr gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE zu Minister Dr. Döring auf dem Abgeordnetenplatz: Was soll der Claqueur hier?)

Wenn nun die Vertreter der Opposition in den letzten Tagen davon gesprochen haben, es gäbe nichts Neues zu verzeichnen und angesagt wäre eine Politik des „Weiter so!“, Herr Drexler, dann verhalten Sie sich so wie zwei der drei indischen Affen: Sie sehen nichts, Sie hören nichts, aber Sie plappern lustig drauflos.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU)

Ich frage mich: Über welches Land haben Sie eigentlich gesprochen?

(Zuruf von der CDU: Rote Bananenrepublik!)

Sie haben mit Sicherheit nicht über das Land Baden-Württemberg, sondern vielleicht über Hinterindien gesprochen – damit das klar ist.

(Abg. Drexler SPD: Was soll denn das? – Abg. Bebbler SPD: Pfister hat Zitronen auf den Ohren!)

Wenn Sie über das Land Baden-Württemberg gesprochen hätten, dann hätten Sie ja zugeben müssen – warum tun Sie das nicht? –, dass dieses Land Baden-Württemberg heute eine hervorragende Leistungsbilanz aufweisen kann

(Abg. Drexler SPD: Familienpolitik!)

(Pfister)

und dass in der Koalitionsvereinbarung die Grundlagen dafür gelegt worden sind, dass diese hervorragende Leistungsbilanz auch in der nächsten Legislaturperiode fortgeschrieben werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Familienpolitik! Sagen Sie dazu einmal etwas!)

Dann hätten Sie zugeben müssen, dass wir in die Bereiche Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung mehr investieren als alle anderen Bundesländer. Dann hätten Sie zugeben müssen, dass jetzt die Grundlagen dafür gelegt worden sind, dass dies so weitergeht. Dann hätten Sie zugeben müssen, dass wir im Bereich der inneren Sicherheit Spitzenreiter sind

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch nicht!)

und dass es kein Land gibt, das die Justiz auf der einen Seite und die Polizei auf der anderen Seite so stark modernisiert hat, wie Baden-Württemberg dies getan hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Das so viele Drogentote hat! Und Drogentote gibt es auch keine?)

Dann hätten Sie zugeben müssen, dass wir seit vielen Jahren einen ausgeglichenen Lehrstellenmarkt haben

(Minister Dr. Döring: Den besten in Deutschland!)

und dass wir, obwohl wir auf diese Ausbildungsplatzabgabe, die Sie uns immer einreden wollten, verzichten konnten, in Baden-Württemberg jedem Jungen und jedem Mädchen sagen können: „Du kriegst in Baden-Württemberg einen Ausbildungsplatz.“ Das ist ein riesiger Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Darüber habe ich doch gar nicht geredet! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dann hätten Sie sagen müssen, dass dieses Land Baden-Württemberg das Biotechnologieland Nummer 1 ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Herr Pfister, das weiß der doch alles nicht! Wie soll er es dann sagen?)

Wir liegen in der Biotechnologie weit vorn. Von bundesweit 17 Bioregionen liegen allein vier in Baden-Württemberg. Ich sage das nur deshalb, weil Sie von neuen Existenzen gesprochen haben. Gerade an diesem Beispiel lässt sich zeigen:

(Beifall des Ministers Dr. Döring)

In diesem Zukunftsbereich der Biotechnologie wurden 400 neue Existenzen geschaffen.

(Abg. Drexler SPD: Darüber habe ich doch gar nicht geredet! Sie haben mir nicht zugehört!)

Gerade an diesem Beispiel ist deutlich zu machen, dass dieses Land Baden-Württemberg das Land ist, in dem es die meisten Existenzgründungen

(Minister Dr. Döring: So ist es!)

und deshalb auch eine bessere Arbeitsplatzbilanz gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Minister Dr. Döring: Sehr gut!)

So etwas kann man nicht staatlich verordnen. Das ist schon klar. Aber diese Situation, die wir haben, kann sich dann entwickeln, wenn die Politik für die Rahmenbedingungen sorgt und Mut macht:

(Minister Dr. Döring: So!)

Mut zur Eigenverantwortung, Mut zum Risiko,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Mut zur Lücke!)

Mut zur Leistung und Mut zum Wettbewerb. Genau das sind die Grundlagen unserer Politik, mit denen wir in der letzten Legislaturperiode große Erfolge erreicht haben, und dies werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dabei ist eines klar: Was wir aus unserer Kraft tun können, das werden wir mit Sicherheit auch tun, um diese Spitzenstellung des Landes zu halten. Meine Sorge ist, dass diese Saat, die wir gelegt haben, möglicherweise von außen kaputtgemacht wird. Es gibt Anlass zur Sorge: Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland verläuft schleppend. Kein Bundesland kann sich letztlich von dieser Entwicklung frei machen. Zunehmende Inflation, nachlassendes Wachstum, stagnierender Arbeitsmarkt, abnehmende Investitionsneigung und in der Folge zurückgehende Steuereinnahmen, das alles sind Entwicklungen, meine Damen und Herren, die diese unsere Ziele der baden-württembergischen Landespolitik gefährden könnten.

Ich bin weit davon entfernt, die Politik der rot-grünen Bundesregierung allein für den Einbruch der Konjunktur verantwortlich zu machen. Aber ich sage: Wer den Aufschwung 1998 exklusiv für sich reklamiert hat, der muss sich jetzt auch fragen lassen, was er gegen den Abschwung 2001 tut.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Hier stelle ich nur tiefe Finsternis fest. Rot-Grün ist dabei, den Arbeitsmarkt nicht zu deregulieren, sondern ihn weiter zu regulieren: 630-DM-Gesetz, Verschärfung des Kündigungsschutzgesetzes, gesetzliche Teilzeitanprüche, das sind, meine Damen und Herren, Musterbeispiele für eine weitere Regulierung des Arbeitsmarkts. Wir brauchen das Gegenteil, meine Damen und Herren.

Entbürokratisierung ist angesagt. Das neue Betriebsverfassungsgesetz ist ein Musterbeispiel für mehr Bürokratie. Wir brauchen aber weniger Bürokratie.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Lohnnebenkosten sinken nicht, wie angekündigt, unter 40 %, sondern sie steigen. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ist noch immer nicht gesenkt, und die Beiträge

(Pfister)

zur gesetzlichen Krankenversicherung drohen auf breiter Front zu steigen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sind schon!)

Sie steigen deshalb, weil Sie die dringend notwendige Gesundheitsreform entweder verschlafen oder verschleppen. Beides ist gleich schlimm, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:
Was wollen Sie denn?)

Und schließlich treten Sie als Preistreiber auf – bei der Ökosteuern, einer ökologischen Fehlkonstruktion von vorn herein.

(Widerspruch bei der SPD)

– Aber jetzt kommt zu dieser konjunkturellen Delle, die wir haben, noch die Preistreiberei, und zu einem Teil sind Sie mit Ihrer Ökosteuern auch für diese Preistreiberei verantwortlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie wollen die Renten kürzen! Wollen Sie die Renten kürzen?)

Ich sage das, damit das klar ist. Wer so handelt, Herr Kollege Drexler, der nutzt nicht die Chancen, dem Abschwung entgegenzuwirken, sondern er verstärkt die Abwärtstendenzen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Drexler, Sie kürzen doch auf 67 %!)

Gefordert wären – ich sage es noch einmal – mehr Deregulierung, mehr Entbürokratisierung und eine tief greifende Reform der sozialen Sicherungssysteme. Gefordert wäre, wenn Sie mich fragen, auch eine komplette und sofortige Abschaffung der Ökosteuern, und wichtig wäre ein Vorziehen – das ist besonders wichtig – der letzten Stufe der Steuerreform, um endlich schnell eine mittelstandsfreundliche Steuerreform auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Und dann? Wie bezahlen Sie das? – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wer zahlt das? – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie wissen um die Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft. Sie ist unsere Korsettstange.

(Anhaltende Zu- und Gegenrufe, u. a. Abg. Drexler SPD: Wie soll das bezahlt werden? – Abg. Beber SPD: Aus der Portokasse!)

Niemand sorgt so viel für Innovation, keiner sorgt so viel für Investitionen, keiner garantiert Arbeits- und Ausbildungsplätze so, wie die mittelständische Wirtschaft dies getan hat. Sie können mir erzählen, was Sie wollen: Diese Steuerreform, wie sie im Augenblick auf dem Tisch liegt, hat das Prädikat „mittelstandsfreundlich“ nicht verdient. Deshalb muss das korrigiert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Das ist Quatsch! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Ich möchte darauf hinweisen, dass sich auch das Land Baden-Württemberg der Notwendigkeit von Migration und Integration stellen muss. Auch Baden-Württemberg muss die Migration offensiv angehen, und zwar nicht im Sinne einer Bedrohung, sondern wir sind gefordert, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Migration für unser Land notwendig ist und auch in unserem Interesse sein kann.

(Abg. Drexler SPD: Das hat der Ministerpräsident aber nicht gesagt! Davon steht nichts in der Regierungserklärung!)

Ich halte es für positiv – das möchte ich ausdrücklich sagen –, dass sich die Chancen verbessert haben, über die Parteilinien hinweg ein gemeinsames Zuwanderungs- und Integrationskonzept zu finden. In der nächsten Woche werden die Empfehlungen der Süßmuth-Kommission veröffentlicht werden. Dann ist es aber auch höchste Zeit, dass die SPD und die Bundesregierung insgesamt endlich einmal deutlich sagen, was sie tatsächlich wollen. Ich stelle in der Migrationspolitik im Augenblick ein Hin-und-Her-Lavieren der SPD fest. Dies muss beendet werden. Noch in dieser Legislaturperiode muss es ein Gesetz über die Migration, über die gesteuerte Einwanderung, geben, und dafür tragen Sie, die SPD und die Grünen, die Verantwortung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen – das habe ich oft gesagt – die Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, und wir brauchen sie aus demographischen Gründen – wahrscheinlich mehr, als aus verschiedenen Gremien verlautet, und vielleicht nicht ganz so viel, wie die Wirtschaft aktuell wünscht –, und zwar heute und in den nächsten Jahren hauptsächlich aus arbeitsmarktpolitischen Gründen und in späteren Jahren und Jahrzehnten zusätzlich noch aus demographischen Gründen.

Das heißt aber auch: Wir müssen die Zuwanderung bewusst steuern und begrenzen. Wir müssen sie nach eigenen Interessen und eigenem Bedarf steuern, und wir müssen sie nach dem Maß der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unseres Landes begrenzen.

Integration bedeutet mehr als nur Arbeitsplätze und mehr als nur Wohnungen. Sie bedeutet mehr als nur Kindergartenplätze. Bei der Integration geht es auch um die Bereitschaft und die Formen des Zusammenlebens verschiedener Kulturen und Religionen. Da steht natürlich die Sprache im Vordergrund. Es gibt kein wichtigeres Instrument als die Sprache, weil die Sprache auch die Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe ist.

Wenn ich aber von der Sprache als einem Instrument der Integration spreche, fügen wir hinzu: Wir wollen die Sprache fördern; aber wir müssen auch etwas von denjenigen einfordern, die die Sprache lernen müssen: Fördern und fordern, beides ist gleich wichtig.

(Pfister)

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU – Der Redner nimmt einen Schluck aus seinem Wasserglas. – Abg. Drexler SPD: Man bekommt nur ein Glas; ich habe auch nur eines bekommen! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Eine trockene Debatte! – Abg. Drexler SPD: Eine trockene Debatte!)

Der Herr Ministerpräsident hat in der Regierungserklärung die Familienpolitik meines Erachtens völlig zu Recht in den Vordergrund gestellt. Auch wir Liberalen haben die Familienpolitik in unserem Landtagswahlprogramm ganz bewusst an die erste Stelle gesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn wir wissen: Die Familie ist wirklich die grundlegende und tragende Institution unserer Gesellschaft. Wir müssen die Familien stärken und unterstützen, damit sie auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen ihre Funktionen erfüllen können.

Das heißt: Wir wissen um den Wert traditioneller Familienstrukturen; aber wir verschließen nicht die Augen vor veränderten gesellschaftlichen Realitäten. Deshalb gilt: Familie ist vor allem dort, wo Kinder sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Kinder zu haben darf kein Armutsrisiko sein,

(Beifall bei der FDP/DVP)

und Kinder zu erziehen darf keine dauerhafte Beeinträchtigung der beruflichen Chancen insbesondere der Frauen darstellen. Im Übrigen gilt aber auch an dieser Stelle: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss viel stärker zu einem gemeinsamen Anliegen von Vätern und Müttern werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Hier wurde eine Menge getan, und wenn Sie nicht den indischen Affen gespielt hätten, lieber Herr Kollege Drexler – nichts gehört, nichts gesehen –,

(Abg. Drexler SPD: Schauen Sie doch mal die Zahlen an!)

wüssten Sie, dass viel getan worden ist. Das Landeserziehungsgeld in Baden-Württemberg ist verbessert und modernisiert worden.

(Abg. Drexler SPD: Darum geht es doch gar nicht!)

Wir haben früher als andere Bundesländer einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umgesetzt. Das bestehende Kindergartengesetz wird in dieser Legislaturperiode fortgeschrieben; aber bereits mit dem bestehenden Kindergartengesetz haben wir mehr Angebote mit erweiterten Öffnungszeiten, mehr Ganztagsangebote und vor allem mehr altersgemischte Gruppen erreicht. All dies hat dazu beigetragen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert worden ist. Das gilt im Übrigen auch für die ver-

lässliche Grundschule. Sie funktioniert, sie ist bildungspolitisch richtig und familienpolitisch wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Und kostet viel Geld!)

Für die Zukunft gilt: Wir wollen, und zwar Hand in Hand mit den Kommunen, um deren originäre Aufgabe es sich handelt, die Ganztagsangebote für Kinder bedarfsgerecht ausbauen, und eben nicht nur für Kinder im Kindergartenalter, sondern auch für Kinder unter drei und über sechs Jahren.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Beate Fauser FDP/DVP)

Wir werden die verlässliche Grundschule weiterentwickeln und wollen das Angebot an Ganztagschulen ausweiten, vor allem im Hauptschulbereich, aber eben nicht nur im Hauptschulbereich. Beides trägt auch zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.

Immer dann, wenn wir über Ganztagsangebote sprechen, ist dies ein Beitrag zur verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ganztagsangebote sind aber immer in erster Linie auch pädagogisch begründet, weil sie zu einem wichtigen Lebensmittelpunkt unserer Kinder in den Schulen des Landes werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU)

Auch im Arbeitsleben ist noch vieles zu tun, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu gewährleisten; einzelne herausragende Beispiele reichen nicht aus. Mehr und mehr begreifen aber Arbeitgeber, dass sie auf die hervorragenden beruflichen Qualifikationen junger Frauen angewiesen sind, und sie handeln auch danach. Deshalb heißt der richtige Weg: Anreize setzen, gute Beispiele auszeichnen, Vorurteile abbauen – zum Beispiel das Vorurteil, dass Führungsfunktionen und flexible Formen der Teilzeitbeschäftigung nicht miteinander vereinbar wären; sie sind miteinander vereinbar.

Wir müssen noch mehr tun, um während eines zeitweiligen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben vorhandene Qualifikationen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Und wir wollen die Förderung des Wiedereinstiegs in den Beruf weiter ausbauen.

Meine Damen und Herren, all dies trägt dazu bei, die Freiheit der Wahl – und um die geht es – zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen, in die sich der Staat nicht einzumischen hat, real zu gewährleisten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese falsche Gegenüberstellung, hier die Rolle der Familienfrau unter Inkaufnahme von dauerhaften beruflichen Nachteilen und dort die berufliche Karriere unter Verzicht auf Kinder, muss in der Zukunft noch wesentlich besser aufgelöst werden. Eine solche Beschränkung darf es nicht geben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Pfister)

Die Schülerzahlen im Land steigen weiter; das ist richtig. Deshalb muss sich die Bildungspolitik zunächst darauf konzentrieren, eine angemessene Unterrichtsversorgung sicherzustellen und krankheitsbedingten Unterrichtsausfall so weit wie möglich zu vermeiden.

940 zusätzliche Stellen haben wir für das kommende Schuljahr schon bereitgestellt.

(Abg. Drexler SPD: Die reichen aber nicht!)

300 weitere kommen im Vorgriff auf das Jahr 2003 hinzu.

(Abg. Drexler SPD: Die reichen doch nicht! Das merken Sie doch schon beim Schuljahresbeginn!)

Die feste Krankenstellvertretungsreserve mit 660 Verträgen wird fortgeführt.

Das ist in der Tat ein finanzieller Kraftakt, wie es überhaupt ein riesiger Kraftakt ist, in dieser Legislaturperiode insgesamt 5 500 zusätzliche Stellen bereitzustellen.

Deshalb erlauben Sie mir schon, zu sagen: Die Kritik der SPD, die sich ja selbst nicht etwa mehr, sondern weniger zugemutet hatte, halte ich schon, mit Verlaub, nicht nur für nicht berechtigt, sondern ein Stück weit auch für dümmlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD:
Wie bitte? – Abg. Drexler SPD: Wir wollen jetzt einstellen! Stellen Sie doch jetzt ein, dann können Sie den Schulen helfen!)

Aber natürlich hat Bildungspolitik immer auch eine inhaltliche Dimension. Und hier heißt unser Credo: Wir wollen den fächerübergreifenden Unterricht ausbauen, wegkommen vom 45-Minuten-Takt in den Schulen. Wir wollen verstärkt wirtschaftliche, gesellschaftliche, naturwissenschaftliche Zusammenhänge vermitteln. Wir wollen keinen Wettlauf um immer neue Inhalte und immer neue Fächer, sondern wir wollen die Konzentration auf unverzichtbares Grundlagen- und Orientierungswissen als gesichertes Fundament lebenslangen Lernens. Und ganz besonders wollen wir einen Unterricht, der mehr neugierig macht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir wollen mehr Eigenständigkeit für die einzelne Schule – pädagogisch, organisatorisch und finanziell. Wir werden die Gestaltungsspielräume der einzelnen Schulen erweitern, zum Beispiel bei der Lehrerauswahl, aber auch bei der eigenständigen Profilierung der Schulen. Wir brauchen dazu eine stärkere Mitwirkung aller am Schulleben Beteiligten.

Wir wollen mehr Vielfalt und mehr Wettbewerb; denn Autonomie, Eigenverantwortung und Wettbewerb heißt immer auch mehr Leistung. Wir werden deshalb die Schulen in freier Trägerschaft stärken. Für das staatliche Schulwesen sind Schulen in freier Trägerschaft immer schon Alternative und Anreiz zugleich gewesen. Deshalb werden die Ergebnisse der Kommission der CDU- und der FDP/DVP-Fraktion rasch in die Gesetzgebung einfließen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Schließlich, meine Damen und Herren, sind wir es der jungen Generation schuldig, ihr einen schnelleren Eintritt ins Erwerbsleben zu ermöglichen. Angesichts der Notwendigkeit lebenslangen Lernens brauchen wir im Bereich der Erstausbildung einen sorgsameren Umgang mit der Zeit. Das achtjährige allgemein bildende Gymnasium kommt mit dem Schuljahr 2004. Wir werden genügend Zeit haben, die Konzeption gründlich zu erörtern, und ich bin sicher, dass wir die Bedenken der Traditionalisten in den Lehrerverbänden entkräften können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz
CDU)

Generell ist unser Ziel in der Bildungspolitik: Wir brauchen kürzere Erstausbildungszeiten, aber dafür längere Weiterbildungszeiten.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Der SPD-Fraktion, lieber Kollege Drexler, kann ich nur raten, sich stärker an dem zu orientieren, was SPD-geführte Landesregierungen in Anlehnung an baden-württembergische Bildungspolitik in letzter Zeit eingeleitet haben, Stichwort verlässliche Grundschule in Niedersachsen oder erste Schritte zum achtjährigen Gymnasium in Nordrhein-Westfalen. Ich kann Ihnen nur raten: Buddeln Sie sich nicht ein in den bildungspolitischen Schützengräben, und führen Sie nicht die bildungspolitischen Schlachten der Siebzigerjahre. Die interessieren nämlich keinen mehr.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat denn das heute gemacht?)

– Sie haben das heute gemacht,

(Abg. Drexler SPD: Was?)

indem Sie die völlig falschen Themen besetzt haben, meine Damen und Herren.

(Lachen bei der SPD)

Zu den bildungspolitischen Schlachten der Siebzigerjahre – das will ich als Beispiel ausdrücklich ansprechen – gehört die Frage der Studiengebühren.

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich doch heute gar nicht gesagt!)

– Sie haben es eben nicht angesprochen, das ist ja genau der Punkt.

(Abg. Drexler SPD: In 45 Minuten kann man auch nicht alles ansprechen!)

– Ja, das ist richtig.

Ich sage Ihnen, dass das Thema einer so genannten nachlaufenden Studiengebühr noch in dieser Legislaturperiode auf den Tisch kommen wird, allerdings unter zwei Voraussetzungen: Die erste Voraussetzung ist, dass es nicht den Hauch eines sozialen Numerus clausus geben darf. Die zweite Voraussetzung ist, dass die aus solchen Gebühren auflaufenden Mittel auch an der Stelle verwendet werden müssen, an der sie aufkommen. Das heißt, diese Mittel müssen an den Hochschulen und Universitäten verbleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Pfister)

Unter diesen zwei Voraussetzungen bin ich der Meinung, Herr Wissenschaftsminister, dass dieses Thema auf die Tagesordnung kommen muss. Ich glaube sogar, dass dies zu einer Verbesserung der Qualität unserer Hochschulen führt. Deshalb ist das ein Thema der Zukunft, das Sie von der SPD leider nicht interessiert. Deshalb sage ich: Sie müssen Ihre bildungspolitischen Überlegungen in die Zukunft richten und nicht in die Vergangenheit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU)

Immerhin räumen Teile der Opposition ein, dass die Wissenschaftspolitik der vergangenen Legislaturperiode durch eine Hochschulgesetzgebung gekennzeichnet war, die bundesweit als vorbildlich und als vorbildlich liberal angesehen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Alle Gesetze, vom Hochschulmedizinreformgesetz über die Hochschulgesetze bis hin zum Studentenwerkesgesetz, sind gekennzeichnet durch ein zentrales Leitmotiv: mehr Autonomie, mehr Wettbewerb, mehr Leistung.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Na ja, beim Studentenwerk?)

In der Umsetzung – das will ich gerne einräumen – hat es teilweise noch gehakt. Teile der Wissenschaftsbürokratie waren immer wieder versucht, entgegen dem Geist der Gesetze weiterzumachen mit kleinlichem Hineinregieren in die Hochschulen und Studentenwerke. Das muss aufhören und wird aufhören.

Aber gewisse Schwierigkeiten in der Umsetzung sind noch längst kein Argument gegen die Richtung unserer Hochschulreform, ganz im Gegenteil: Sie sind ein Argument dafür, die Hochschulreform entschlossen weiterzuführen, und genau dies werden wir tun.

Wir werden die Autonomie der Hochschulen weiter stärken, noch verbliebene Zustimmungsvorbehalte abbauen und die Kompetenzen der Hochschulen auch im Bau- und Gebäudebewirtschaftungsbereich stärken.

Wir wollen die anstehende Dienstrechtsreform, die eine Öffnungsklausel für die Länder hat, so ausgestalten, dass zusätzliche Leistungsanreize von ihr ausgehen. Wir wissen, dass wir zusätzliche finanzielle Spielräume brauchen, um alle Hochschulen – das betone ich bewusst – in die Lage zu versetzen, im Wettbewerb um die besten Kräfte zu bestehen.

Wenn ich „zusätzliche Leistungsanreize“ sage, dann heißt dies ganz konkret: In Zukunft muss ein guter Fachhochschulprofessor genauso viel verdienen können wie ein guter Universitätsprofessor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wir wollen die Chancen junger Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler verbessern. Wir wollen dazu beitragen, das Erstberufungsalter der Professoren deutlich abzusenken. Die Schaffung von Juniorprofessuren wird dies erleichtern.

Wir haben eine leistungsbezogene Mittelzuweisung eingeführt; eine regelmäßige Evaluation wird stattfinden. Warum? Wir wollen unsere Hochschulen in den Wettbewerb stellen, weil diese Hochschulen, Fakultäten und Fächer nur unter Wettbewerbsbedingungen den erstklassigen Standard erreichen werden und ausbauen werden, den wir brauchen, um auch in der Zukunft im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu sein.

Wettbewerb brauchen wir auch bei der Auswahl der Studierenden; das ist wahr. Wir brauchen einen Wettbewerb der Hochschulen um die besten Studierenden, aber auch umgekehrt einen Wettbewerb der Studierenden um die besten Hochschulen. Ich freue mich sehr, Herr Ministerpräsident, dass Sie dieses alte Anliegen in Ihrer Regierungserklärung so nachdrücklich gewürdigt haben. Wir wollen Wettbewerb und Freiheit der Wahl statt bürokratischer Zuteilung von Standorten und Chancen. Deshalb muss das bürokratische Ungetüm ZVS so schnell wie möglich verschwinden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Weiterentwicklung unseres Bildungswesens, die Pflege des Wissenschaftsstandorts und die Sorge für bessere Rahmenbedingungen für die Familien, das alles sind herausragende Beispiele für eine Politik der Zukunftsvorsorge, auch für eine Politik, die weit über den Tellerrand einer Legislaturperiode hinausblickt.

Vieles von dem, was wir uns da vorgenommen haben, kostet kein Geld. Reformpolitik ist nicht automatisch mit höheren Ausgaben verbunden.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Aber es ist natürlich auch vieles dabei, was ohne zusätzliche Mittel nicht zu realisieren ist.

Auf der anderen Seite sind die Handlungsspielräume eng begrenzt. Denn Zukunftsvorsorge ist eben auch, nicht länger auf Kosten künftiger Generationen zu leben. Wir müssen dem Motiv der Generationengerechtigkeit in der Politik Geltung verschaffen. Eines der herausragenden Felder, auf denen man dies machen kann, ist die Haushalts- und Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Vor diesem Hintergrund ist eine Politik konsequenter Haushaltskonsolidierung eine unverzichtbare Grundlage politischen Handelns. Wir begrüßen sehr, mit welcher Deutlichkeit sich der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung dazu bekannt hat, bis zum Jahr 2006 das Ziel „Neuverschuldung null“ zu erreichen. Der Landesvorsitzende und die Landtagsfraktion der FDP/DVP haben dieses Ziel, wie Sie wissen, im Sommer 1999 in die politische Debatte eingebracht. Sie, Herr Ministerpräsident, können sich deshalb auch in kritischen Situationen auf die Unterstützung der FDP/DVP-Fraktion verlassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Pfister)

Die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ist kein Anlass zur Euphorie. Sie ist kein leuchtendes Beispiel der Handlungsfähigkeit eines wieder erstarkten Föderalismus. Sie ist ein Kompromiss – nicht mehr und nicht weniger –, der zumindest für die Zukunft gewisse Ansätze von Leistungsanreizen enthält.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wer in der Vergangenheit bei 13 Bundesländern das Wort Leistungsanreize nur in den Mund genommen hat, hatte schon verloren. Insofern ist da ein gewisser Fortschritt erreicht worden.

Meine Damen und Herren, ich will jetzt gar nicht mehr auf die Details eingehen, sondern nur eines sagen: Der mühsame Prozess der Kompromissfindung zeigt aber auch, wie notwendig es ist, die überkommenen föderalen Strukturen aufzubrechen und sie in Richtung auf einen echten Wettbewerbsföderalismus hin weiterzuentwickeln. Mehr eigene Zuständigkeit, weniger Gemeinschaftsaufgaben, klare Trennung von Verantwortung zwischen Bund und Ländern, dafür Abgabe von Zustimmungsvorbehalten, mehr Transparenz, mehr Verantwortung, das sind die eigentlichen Ziele, um die es geht.

Im Übrigen bleiben wir dabei und will auch ich dabei bleiben: Wer die Ziele „mehr Wettbewerbsföderalismus“ oder „gerechter Finanzausgleich“ mittel- oder langfristig wirklich erreichen will, darf auch das Thema Länderneugliederung nicht mit einem Tabu belegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wir fusionieren mit Brandenburg!)

Ich will in diesem Zusammenhang gern noch eine kurze Anmerkung zu dem schwierigen Thema der Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen machen. Wenn es schon nicht möglich war, die Erhöhung der Einbeziehung der Finanzkraft der Kommunen in den Länderfinanzausgleich auf nunmehr 64 % zu verhindern, dann muss klar sein – das ist jedenfalls für mich klar –, dass wir unsere Kommunen damit nicht allein lassen dürfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber was hier an Frechheit seitens des Kollegen Drexler und der SPD-Fraktion vonstatten gegangen ist,

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sachlich bleiben!)

ist nicht zu überbieten. Meine Damen und Herren, wollen wir doch mal die Dinge beim Namen nennen; ich glaube, Herr Oettinger hat schon darauf hingewiesen: Im Deutschen Bundestag gab es einen rot-grünen Gesetzentwurf, der bereits in erster Lesung beraten war und der vorsah, die Finanzkraft der Kommunen statt zu 50 % künftig zu 100 % in den Finanzausgleich einzubeziehen. So im Deutschen Bundestag! Und wenn Sie jetzt sagen, eine Erhöhung auf 64 % sei zu viel, dann gebe ich Ihnen ja Recht, doch wenn Sie den Schuldigen, den Buhmann suchen, dann dürfen Sie

zwar auf die Regierungsbank zeigen, aber bitte nicht auf die schwarz-gelbe Regierungsbank hier, sondern auf die rot-grüne in Berlin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Das Thema darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, Herr Ministerpräsident, da sind wir uns sicherlich einig. Es wird zwar erst ab dem Jahr 2005 relevant, aber trotzdem muss es in den Dialog zwischen Land und Kommunen über andere Fragen einbezogen werden.

Die Medienausstattung und auch die Betreuung sind bereits genannt worden. Zur Medienausstattung möchte ich ein klares Wort sagen: Meine Damen und Herren, wenn das Land Baden-Württemberg – ich sage jetzt auch mal konkret: die Kultuspolitik – solche Standards vorgibt, die die Leistungsfähigkeit der Kommunen und die Möglichkeiten des kommunalen Investitionsfonds überfordern, dann wird überhaupt nichts anderes übrig bleiben, als die kommunale Finanzmasse zu erhöhen. Das ist wohl wahr. Deshalb rate ich zu einer mittleren Linie, und zwar zu einer realistischen Festsetzung der Standards der Medienausstattung,

(Ministerpräsident Teufel: Sehr richtig!)

zu einer Medienausstattung, die weder die Leistungsfähigkeit der Kommunen noch die Möglichkeiten der Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg überfordert.

(Beifall des Ministers Dr. Döring)

Wir müssen alle Ziele in Einklang bringen. Wir müssen unsere Finanzausstattung sehen, unser Ziel, das wir in der Finanzpolitik haben, und wir dürfen die Kommunen finanzpolitisch nicht überfordern. Wir müssen aber auch einen weiteren Schritt machen in Richtung einer besseren Medienausstattung. Es wird eine große Aufgabe sein, in Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden diese Dinge so zu optimieren, dass letzten Endes jeder damit zufrieden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

Zusammenfassend will ich nur sagen: Das, was jetzt beim Länderfinanzausgleich erreicht wurde, gefährdet unser Ziel nicht, bis 2006 eine Neuverschuldung von null zu erreichen. Das bleibt trotzdem ein sehr ehrgeiziges Ziel. Wir werden deshalb weitermachen mit der Reform der öffentlichen Verwaltung, die schon in der vergangenen Legislaturperiode einen Schwerpunkt der Landespolitik dargestellt hat.

Meine Damen und Herren, ich sage es ganz offen – Kollege Oettinger weiß, dass ich das ein bisschen anders sehe als er –: Ich finde den Vorschlag des Vorsitzenden des Stadtags, Herrn Oberbürgermeister Doll, eine Verwaltungskommission unter Einbeziehung externen Sachverständigen zu berufen, gut, und dieser Vorschlag findet unsere Unterstützung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Pfister)

Nur: Wenn dies überhaupt ein Erfolg werden soll, dann darf ein Fehler, Herr Salomon, nicht gemacht werden – und ich spreche hier aus leidvoller Erfahrung –: Es wäre völlig falsch, wenn eine solche Kommission unter dem Vorzeichen antreten würde: Welche Ebenen können gestrichen werden?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist richtig! Das war auch nicht der Punkt!)

Das ist völlig falsch. Wer so antritt und vorschlägt: „Wir streichen die Landkreise, die Regierungspräsidien oder am besten beide“, der hat schon verloren,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Habe ich nicht gemacht!)

der soll eine solche Reformkommission überhaupt nicht erst einberufen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Habe ich nicht gemacht!)

Nein, ich will eine Reformkommission, wenn wir das machen könnten – wir müssen darüber reden –, und wenn eine solche Reformkommission eingesetzt wird, dann steht eine zentrale Aufgabe im Vordergrund, nämlich eine saubere Aufgabenkritik,

(Beifall bei der FDP/DVP)

das heißt eine saubere Diskussion über die Frage: Wer übernimmt unter Subsidiaritätsgesichtspunkten und unter Effizienzgesichtspunkten in der Zukunft diese und jene Aufgabe?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist richtig!)

Gibt es Aufgaben, die möglicherweise überflüssig sind,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

die im Sinne von Deregulierung nicht mehr notwendig sind? Oder gibt es möglicherweise Aufgaben, die an Dritte – auch an Private – übertragen werden können? Eine solche Reformkommission mit dem Auftrag einer sauberen Aufgabenkritik würde ich sehr, sehr gerne einsetzen – das gestehe ich –, und darüber müssen wir einfach noch einmal reden.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Also!)

Lieber Kollege Günther Oettinger, wenn wir schon bei den Punkten sind, über die wir noch ein bisschen miteinander reden müssen, will ich natürlich auch das Thema Drogenpolitik aufgreifen, obwohl es jetzt gar nicht passt. Wollen wir doch einmal festhalten, durch welche drei zentralen Begriffe bisher – zu Beginn dieser Legislaturperiode – Drogenpolitik definiert worden ist: Es war der Begriff der Prävention, es war der Begriff der Therapie und der Begriff der

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE und Abg. Drexler SPD: Repression!)

Repression. – Nachlesen in den Koalitionsvereinbarungen, Herr Kollege, nicht den indischen Affen spielen. – Zum ersten Mal ist ein vierter Begriff hinzugekommen, nämlich der Begriff der Überlebenshilfen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt, Herr Kollege Oettinger, mache ich Ihnen einen Vorschlag. Es geht um die Frage: Wie kann diese Überlebenshilfe am besten organisiert werden, wie soll sie umgesetzt werden?

(Abg. Drexler SPD: Machen Sie es doch mit uns! Nicht Affe spielen!)

Das ist die Frage, um die es geht. Ich mache Ihnen den Vorschlag, Herr Oettinger: Wir machen eine gemeinsame Anhörung. Wir laden dazu zum Beispiel Vertreter der Landesärztekammer Baden-Württemberg, der Bundesärztekammer, der kommunalen Spitzenverbände, der Jungen Union und auch der südbadischen CDU ein,

(Beifall bei der FDP/DVP)

und das Ergebnis übernehmen wir dann. Damit bin ich voll einverstanden. Sie werden feststellen, dass das Ergebnis sehr eindeutig sein wird.

(Abg. Drexler SPD: Das macht er doch nicht! Das Spiel kennen wir seit fünf Jahren!)

Insofern setze ich darauf, dass die Frage, wie Überlebenshilfe definiert wird, eine Frage sein wird, die unter Einbezug der Spezialisten und der Fachleute und der Betroffenen noch in dieser Legislaturperiode neu auf die Tagesordnung kommt.

(Abg. Drexler SPD: Ich frage mich bloß, wo die indischen Affen hier sitzen!)

Die Verwaltungsreform bleibt eine Daueraufgabe. Ich habe das gesagt. Wir müssen auf dem Weg weitergehen, mit einer verbesserten Ausstattung, mit Informations- und Kommunikationstechnik und der Einführung neuer Steuerungsinstrumente dafür zu sorgen, dass die notwendigen Leistungen öffentlicher Verwaltung effizienter und kostengünstiger erbracht werden können. Ich war überrascht – das will ich gern zugeben –, welche Probleme im Zusammenhang mit den neuen Steuerungsinstrumenten plötzlich aufgetaucht sind. Aber es bleibt dabei: Verwaltungsreform, neue Steuerungsinstrumente, mehr Einsatz von IuK, größere Effizienz – das ist alles eine unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Strategie der Haushaltskonsolidierung.

Meine Damen und Herren, Politik heißt, zu sparen und zu gestalten. Politik heißt, zu sparen, möglichst intelligent zu sparen, Politik heißt aber auch, zu gestalten. Dass wir trotz dieses Konsolidierungskurses gewisse Spielräume für zusätzliche Investitionen haben, verdanken wir nicht ausschließlich, aber zu einem großen Teil den Erlösen aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen. Wer immer über Zukunftsoffensiven spricht, muss wissen, dass hier der entscheidende Hebel dafür gegeben ist, dass auch in Zeiten, in denen haushaltsmäßig konsolidiert werden muss, noch Mittel für Investitionen freigeschaufelt werden können.

(Pfister)

Bei dem Verlangen nach Privatisierung stehen für uns deshalb immer zwei Gesichtspunkte im Vordergrund. Das eine ist das Ordnungspolitische: Nicht der Staat soll wachsen, sondern die Wirtschaft. Das Zweite ist: Wenn wir Vermögen des Landes haben und dieses umwidmen, dieses einer anderen Verwendung zuführen, dann sollten wir es einer Verwendung zuführen, die den höchsten materiellen und immateriellen Produktivitätsfortschritt mit sich bringt, der nur denkbar ist. Oder anders ausgedrückt, meine Damen und Herren: Es gibt keine bessere Investition als die in Bildung, Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und neue Technologien. Damit helfen wir unserer jungen Generation am besten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist Zukunftsvorsorge par excellence. Deshalb halte ich es auch für richtig, sehr bald die Voraussetzung für eine weitere Zukunftsoffensive zu schaffen. Der Beteiligungsbesitz des Landes kommt – so ist das vereinbart – insgesamt auf den Prüfstand. Und ich füge hinzu: Brüssel und auch die völlig überladene Bankgesellschaft Berlin sind, je für sich, schon hinreichend Argumente dafür, auch die Bankenbeteiligungen des Landes im Laufe dieser Legislaturperiode auf den Prüfstand zu stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mein letzter Punkt, meine Damen und Herren, den ich ansprechen möchte, ist der schwierigste. Aber der Herr Ministerpräsident hat so viel Wert auf diesen Punkt gelegt, dass ich ihm nicht ganz ausweichen möchte. Wir erfahren fast täglich, wie die Lebenswissenschaften ihr Wissen und Können mit wachsender Geschwindigkeit erweitern. Die Fortschritte der biologischen und medizinischen Forschung eröffnen faszinierende Perspektiven des Helfens und Heilens. Zugleich aber werden Fragen aufgeworfen, die von der Forschung allein nicht verbindlich entschieden werden können. Die für die Entwicklung der Life-Sciences erforderliche gesellschaftliche Akzeptanz erfordert Antworten auf ethische Fragen, die in einem breit angelegten gesellschaftlichen Dialog erarbeitet werden müssen. Deshalb ist es gut, dass wir in den vergangenen Wochen in Deutschland eine intensive öffentliche Diskussion über Chancen und Grenzen biologischer und medizinischer Forschung geführt haben und weiter solche Diskussionen führen werden.

Meine Damen und Herren, Ethikräte oder Enquetekommissionen können Parlamente und Regierungen beraten, aber politische Entscheidungen nicht vorwegnehmen. Die Diskussion muss in der ganzen Breite der Gesellschaft geführt werden, und die Parlamente müssen dabei eine Vorbildfunktion erfüllen.

Eine Therapie heute unheilbarer Krankheiten möglich werden zu lassen, ist ein hochrangiges Ziel – übrigens auch ein ethisch hochrangiges Ziel.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das müssen wir im Blick haben, wenn wir die Frage nach den Grenzen des Zulässigen in der biologischen und medizinischen Forschung erörtern. Die Gegenüberstellung von

wirtschaftlichem Nutzen einerseits und Menschenwürde und Schutz werdenden Lebens andererseits ist eine polemische Verkürzung,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

die dem Ernst und der Tragweite dieser Diskussion nicht angemessen ist.

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

Eine so verkürzte Debatte würde auch den Forschern selbst nicht gerecht werden, die doch in allererster Linie eine Ethik des Helfens und des Heilens wollen.

Aber auch ethisch höchststrangige Ziele rechtfertigen es nicht, zu ihrer Verwirklichung beliebige Mittel einzusetzen. Die Erzeugung von Embryonen zu fremdnützigen Zwecken muss unter allen Umständen ausgeschlossen bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Neues menschliches Leben beginnt mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Der Schutz menschlichen Lebens muss mit demselben Zeitpunkt beginnen. Alle Versuche, spätere Stadien der Entwicklung zur Grenze der Schwürdigkeit zu machen, wären willkürlich und mit unabsehbaren Konsequenzen verbunden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das sehen aber nicht alle so!)

Die Frage, um die es in der Diskussion um die Stammzellenforschung tatsächlich geht, ist auf ein eng begrenztes Feld beschränkt: Es geht darum, ob es erlaubt werden darf, zum Zweck der In-vitro-Fertilisation erzeugte, für diesen Zweck aber nicht mehr benötigte – und damit über kurz oder lang der Vernichtung preisgegebene – Embryonen mit deutlicher und klarer Zustimmung der Spender für ein klar benanntes Ziel, einen Forschungszweck, der vorher begutachtet werden muss, zu nutzen: Ja oder Nein?

Dies ist – trotz aller beschriebenen eingrenzenden Rahmenbedingungen – natürlich ein Eingriff in menschliches Leben in einem sehr frühen Stadium. Dem steht aber die Chance gegenüber – und das ist mehr als ein vages Heilsversprechen –, Therapieformen zum Beispiel für die Erkrankung von Nervenzellen, also beispielsweise Multiple Sklerose, weiterzuentwickeln, deren grundsätzliche Tauglichkeit, jedenfalls im Tierversuch, unter Beweis gestellt worden ist.

Meine Damen und Herren, wer wie wir diese Frage mit Ja beantwortet, der hat dafür auch gute, ethische Gründe auf seiner Seite. Wir sind uns natürlich bewusst, wie schwierig dieser Abwägungsprozess ist. Weil diese Frage so schwierig ist, braucht es eine große, ethisch, verfassungsrechtlich und medizinisch-naturwissenschaftlich fundierte Debatte in unserer Gesellschaft, eine Debatte, die nicht auf Ethikräte und Enquetekommissionen beschränkt sein darf, sondern die tatsächlich die gesamte Gesellschaft mit einbeziehen muss.

Wir wollen in dieser Legislaturperiode in allernächster Zeit dazu beitragen, dass diese Diskussion bei uns in Baden-Württemberg organisiert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Pfister)

Bei all dem gilt: Selbstverständlich sind ethisch unbedenkliche Alternativen der Forschung, wie die Forschung mit adulten Stammzellen, nachdrücklich und vorrangig zu fördern – klar.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Aber die Erfolgsaussichten, die mit der Forschung an embryonalen Stammzellen verknüpft werden, lassen es aus meiner Sicht nicht zu, diesen Forschungsweg mit adulten Stammzellen apodiktisch zum einzig zulässigen zu erklären. Gegen eine solche apodiktische Festlegung möchte ich mich an dieser Stelle klar aussprechen.

Ich habe mich bewusst, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf einige Schwerpunkte der Landespolitik konzentriert. Ich hoffe, dass bei dieser Gelegenheit noch einmal deutlich geworden ist, was die zentralen und grundlegenden Motive und Themen sind, um die es uns geht. Wir setzen uns ein für eine Politik, die Mut macht. Wir setzen uns ein für mehr Mut zur Eigenverantwortung und mehr Mut zum Risiko. Wir setzen uns ein für die Bereitschaft zur Leistung und zum Wettbewerb. Das ist unser liberales Credo: Begabung und Leistung fördern, meine Damen und Herren, für sich und für andere Verantwortung übernehmen, nicht alles Heil vom Staat erwarten, sondern auch selbst zupacken, Leistung durch Wettbewerb. Das nenne ich verantwortete Freiheit. Dieser fühlen wir uns verpflichtet.

Das ist ein gesellschaftspolitisches Leitbild, das unserem Land eine gute Zukunft verspricht. CDU und FDP/DVP werden alles tun, damit wir auf diesem Weg vorankommen.

Theodor Heuss hat vor 50 Jahren am Vorabend der Gründung des neuen Südweststaates davon gesprochen, dass das Land Baden-Württemberg ein Modell deutscher Möglichkeiten ist. Ich glaube, dieses Land Baden-Württemberg hat längst bewiesen, dass es nicht nur ein Modell, sondern eine Realität ist, ein blühendes Land. Wir wollen, dass dieses Land Baden-Württemberg nicht nur ein Modell deutscher Möglichkeiten, sondern ein Modell europäischer Möglichkeiten ist. An der Verwirklichung dieses Ziels mitzuwirken, lade ich die Opposition ausdrücklich ein. Lieber Herr Salomon, mir können Sie es abnehmen: Ich bin lange Jahre durch das Jammertal der Opposition gegangen. Ich weiß, wovon ich spreche.

(Zuruf von der SPD: Man sieht es!)

Übrigens fällt mir gerade ein, Herr Salomon, ich habe mich viel zu wenig mit Ihnen und mit den Grünen beschäftigt. Aber das hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass Sie im Augenblick mit angezogenen Ohren in der Ackerfurche liegen und ich da ungern nachtrete.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Ich will Ihnen als Trost sagen: Sie wissen ja, dass es zwei Institutionen gibt, die Erfahrung mit der Auferstehung haben: die Kirche und die FDP. Ich mache Ihnen Mut, dass Sie bald die dritte Institution sind.

Meine Damen und Herren, Sie können sicher sein, dass wir auf diesem Weg – Baden-Württemberg als Modell europäi-

scher Möglichkeiten – fortfahren werden. Das ist ein Weg, der eine gute Zukunft verspricht. Sie können sicher sein, dass FDP/DVP und CDU – in dieser Reihenfolge, Herr Kollege Oettinger – eine starke Legislaturperiode hinlegen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, über zwei Stunden lang haben Sie uns letzte Woche die Pläne Ihrer Regierung für die nächsten zwei Jahre dargelegt. Dabei waren Sie stolz auf die kürzesten Koalitionsverhandlungen aller Zeiten. Das ist ja auch kein Wunder – Herr Kollege Pfister, das kann ich Ihnen nicht ersparen –: Ihr Koalitionspartner scheint ja auch gar nicht mitverhandelt zu haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Doch, er war dabei! – Minister Dr. Döring: Er ist ab und zu dabei gewesen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das ist ja eine ganz neue These!)

Herr Kollege Pfister, wir kennen uns jetzt schon seit vielen Jahren. Ich weiß, dass Ihr Mitleid, das Sie gerade für unser Wahlergebnis öffentlich geäußert haben, ernst gemeint war. In der Ackerfurche zu liegen hat etwas damit zu tun, dass wir hier für die Ökologie, für den Naturschutz und für die Landwirtschaft zuständig sind.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber mit angelegten Ohren!)

Darüber habe ich heute gar nichts gehört. Ich werde Ihnen zeigen, wie das mit der Ackerfurche vor sich geht.

(Beifall bei den Grünen – Minister Dr. Döring: Du liegst da immer mit angelegten Ohren!)

Aber, Herr Ministerpräsident, auch wenn es so scheint, als ob Ihre Partei das Koalitionspapier mit sich selber verhandelt hat, hat es nicht die Kraft, die es haben müsste, wenn man so ungestört gestalten kann.

Die Koalitionsvereinbarung selber ist ja schon wolzig. Aber wenn man Ihre Regierungserklärung angehört hat, dann stellt man fest – so muss man sagen –, dass es in vielen Bereichen gänzlich unverbindlich wird. Zahlen, gar finanzielle Vorstellungen, vermisst man neben generellen Absichten gänzlich. Ansonsten wird viel gelobt, hauptsächlich sich selber, die Landesregierung, viel die Welt erklärt, das Wahre, Gute und Schöne – die Stilkritik des Kollegen Drexler haben wir schon gehört – zum Ziel politischen Handelns erhoben und der Weg dorthin verschwiegen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Damit kommen Sie!)

Richtig in Fahrt kommen Sie eigentlich immer nur dann, wenn Sie Ihrem Steckenpferd frönen, das heißt, wenn Sie Ihrem Fundamentalismus nachgeben, der alles betrifft, was

(Dr. Salomon)

aus Berlin kommt. Da kriegen Ihre Augen Glanz. Da wird das christliche Abendland gegen die Barbarei verteidigt. Da kann es gar nicht holzschnittartig genug sein. Da ist kein Argument zu platt. Da hat man das Gefühl, der Wahlkampf endet niemals.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Die Mindereinnahmen des Bundes durch die Steuerreform seien so hoch wie die zusätzlichen Einnahmen aus der Ökosteuer, argumentieren Sie, und deshalb seien die Länder in Wirklichkeit die Einzigen, die die Steuerreform finanzierten. Mein lieber Herr Ministerpräsident, das ist starker Tobak. Sie wissen so gut wie ich und so gut wie jeder hier im Haus, dass die Einnahmen aus der Ökosteuer fast vollständig – bis auf einen kleinen Rest, der für die regenerativen Energien draufgeht – zu einem Stopp des Anstiegs und zu einer realen Reduzierung der Rentenbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber geführt haben. Sie sind von vermutlich fast 22 %, die wir ohne Gegensteuern und ohne die Ökosteuer mittlerweile hätten, jetzt bei real 19,1 % angelangt. Das weiß hier im Haus jeder.

Ihre These, Herr Ministerpräsident, ist also: Die Länder müssen alles allein finanzieren. Sie fordern, dass Berlin, wie Sie sich ausdrücken, endlich von der Wachstumsbremse gehe und die letzte Stufe der Steuerreform von 2005 auf 2003 vorziehe. Das ist jetzt allerdings schon wieder überholt. Mittlerweile hat nämlich Frau Merkel gesagt: „Wir ziehen die Steuerreform von 2005 und die von 2003 auf 2002 vor und schaffen die Ökosteuer ab. Das wären dann 100 Milliarden DM zusätzlich.“ Wie Sie sich das vorstellen? – Keine Ahnung.

Da kann ich nur sagen: Allein das, was Sie vorschlagen – diese 38,5 Milliarden DM vorzuziehen und die Entlastung von 2005 auf 2003 vorzuziehen –, ist nicht finanziert.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wieso denn?)

Es ist weder beim Bund noch bei den Ländern finanziert. Denn eines verschweigen Sie bei Ihren tollen Vorschlägen: Sie verschweigen, dass das natürlich nur dann funktionieren könnte – selbst wenn man es wollte –, wenn die Länder mitmachen würden. Da will ich die Länder einmal sehen und Sie voran, wenn Sie die Hälfte Ihrer eigenen Sparvorschläge einmal mitfinanzieren müssten. Denn eines ist dann auch klar: Das Sparziel der Nullverschuldung für 2006 könnten Sie dann glatt vergessen, und zwar sowohl im Bund als auch in den Ländern. Überhaupt muss man sagen, dass das Ziel der „schwarzen Null“, also eines Haushalts ohne zusätzlicher Verschuldung, das Sie für 2006 angeben, nicht mit erkennbaren Bestrebungen, wie Sie das erreichen wollten, unterlegt ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Da warten wir auf Sie!)

Weder in der Koalitionsvereinbarung steht etwas dazu, noch haben Sie letzte Woche einen Ton dazu gesagt. Ich habe heute zum ersten Mal etwas von Herrn Oettinger darüber gehört, wie er das zumindest in Stufen erreichen will. Ich habe keinen Ton dazu gehört, was er denn eigentlich konkret sparen will. Wenn ich mir den Nachtrag ansehe, den Sie gestern vorgelegt haben, dann muss ich sagen: Der

Herr Finanzminister hätte wahrscheinlich noch etwas mehr gewollt. Man hat ihn nicht gelassen. Sie spüren wahrscheinlich schon wieder Wahlkampf und denken, man müsse jetzt Wahlgeschenke machen. Das ist aber nicht der Kurs der Konsolidierung, den wir uns vorstellen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Als sei das alles noch nicht genug – das ist der eigentliche Gipfel Ihrer Rede in der letzten Woche gewesen –, wollen Sie zu den 40 Milliarden DM, die Sie nicht einnehmen wollen, auch noch 60 Milliarden DM auf die Schnelle zusätzlich ausgeben, die Sie ebenfalls nicht haben bzw. die der Bund nicht hat. Dazu würde die grandiose Idee führen – hört, hört! –, dass jedes Kind 1 200 DM im Monat erhalten soll.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben nichts begriffen, wie der Drexler!)

Das macht zusammen 100 Milliarden DM, die Sie offensichtlich gerade so aus dem Ärmel schütteln.

(Abg. Alfred Haas CDU: Beide haben nichts begriffen!)

Wenn Sie die Ökosteuer auch noch abschaffen wollen, dann sind wir damit zusammen gerade einmal schon bei 130 Milliarden DM. Diese 1 200 DM pro Kind soll es ja auch für alle geben, egal ob sie es brauchen oder nicht. Dafür sollen dann die sozialen Transferleistungen, die in der Regel diejenigen erhalten, die sie brauchen, gegengerechnet werden. Trotzdem kostet das dann noch 60 Milliarden DM. Richtig haben dann nur die Reichen etwas davon. Die CDU – das kann man festhalten – entdeckt nach dem Begriff „Familie“, mit dem Sie schon seit Jahrzehnten Politik machen, jetzt auch noch die entsprechende Politik dazu.

Aber ich finde, die eigentliche Chuzpe dabei, wie Sie letzte Woche hier von der Haltung her aufgetreten sind, war, dass Sie, obwohl Sie zwei Monate, nachdem Sie in Bonn aus der Regierung abgewählt worden sind, vom Bundesverfassungsgericht ein Urteil bekommen haben, das eine schallende Ohrfeige für 16 Jahre Familienpolitik der Regierung Kohl war, sich jetzt hinstellen und sagen, wir würden nichts für Kinder und Familien tun. Das ist eigentlich schon grandios.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Bundesregierung hat demgegenüber in den letzten zweieinhalb Jahren zweimal das Kindergeld erhöht, und die dritte Erhöhung ist bereits beschlossen. Die unteren und mittleren Einkommen sind durch die Steuerreform massiv entlastet worden. Das steuerfreie Existenzminimum wurde deutlich angehoben und das Existenzminimum für Kinder ebenfalls.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Herr Ministerpräsident, wie Sie hier letzte Woche argumentiert haben, war nicht seriös, sondern geradezu billig populistisch. Dort, wo Sie nichts zu sagen haben, nämlich im Bund, sind Sie mehr als spendabel, da kommt es auf 100 Milliarden DM nebenher nicht so an,

(Lachen bei den Grünen)

(Dr. Salomon)

aber dort, wo Sie dringend etwas ausgeben müssten, nämlich hier im Land, sagen Sie nichts oder wollen Sie die Probleme auf die Kommunen verlagern. So sieht es hier aus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, es ist ja erfreulich, dass sich die Thematisierung des Bereichs „Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zumindest verbal in Ihrer Regierungserklärung niedergeschlagen hat. Man kann fast sagen, dass Sie ideologisch abgerüstet oder zumindest anerkannt haben, dass wir in diesem Land einen gewaltigen Modernisierungsrückstand haben. Gleichwohl liest und hört man nichts Konkretes dazu. Stattdessen gilt die Zauberformel: „bedarfsorientiert“. Das klingt immer gut. Wer wollte schon Geld für etwas ausgeben, wofür es keinen Bedarf gibt? Bei Ihnen entsteht aber der Eindruck, „bedarfsorientiert“ stehe für „darf das Land nichts kosten“. Das heißt, die Kommunen sollen zahlen, oder es ist ein Füllwort für ein fehlendes inhaltliches und finanzielles Konzept. Ein solches Konzept müssen Sie jetzt und nicht erst im Jahr 2020 liefern.

Im Kern geht es bei der ganzen Debatte meines Erachtens um Folgendes: Die Finanzbeziehungen des Landes zu seinen Landkreisen und Kommunen müssen neu justiert werden. Außer der Selbstverständlichkeit, wie Sie letzte Woche gesagt haben, dass Sie sich demnächst mit den kommunalen Landesverbänden zusammensetzen wollten, vernimmt man hierzu von Ihnen nichts.

Es geht zum einen natürlich um die Frage – das wurde schon angesprochen –: Was sind die Folgen aus der Einigung beim Länderfinanzausgleich? Und zum anderen geht es um das große Thema der Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen, unter anderem bei der Schulfinanzierung. Die Lastenverteilung – da bin ich sicher – muss angesichts neuer Aufgaben und gewandelter Anforderungen an die Schule auf völlig neue Beine gestellt werden. Dazu muss das ganze Tableau berücksichtigt werden: Lernmittelkosten und Lernmittelfreiheit, neues Lernmittel PC-Multimedia. Wer bezahlt das, das Land oder die Kommunen oder wir gemeinsam?

Es geht auch um die Schülerbeförderungskosten, um die Halbtagsgrundschule und die Ganztagsbetreuung, um Schulsozialarbeit usw. usf. Da reicht es nicht, dass Sie, Herr Ministerpräsident, mit den Spitzenverbänden gerade einmal Gespräche führen wollen, sondern dazu will ich hier Konzepte sehen.

Auch beim Thema Länderfinanzausgleich, Herr Ministerpräsident, passte mir in der vergangenen Woche insbesondere Ihr Zungenschlag nicht. Man darf einfach nicht sagen, wie Sie es getan haben, ohne Finanzausgleich könnten wir bereits jetzt unsere Haushalte mit einem beträchtlichen Überschuss abschließen, obwohl das natürlich stimmt.

(Unruhe und Zurufe, u. a. der Abg. Veronika Netzhammer CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Man darf auch nicht sagen, unsere Leistungen insgesamt seien höher als unser Schuldenstand.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber es stimmt doch!)

– Es ist faktisch richtig, aber ich finde, man darf es nicht sagen, und ich will Ihnen auch sagen, warum.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich finde, das ist ein Argument, das den Föderalismus kaputtmacht, denn ohne Finanzausgleich – und das war mein Zwischenruf in der vergangenen Woche – gäbe es keinen Föderalismus. Ein Zentralstaat, den hier keiner will, würde die Gelder nach Gutsherrenart verteilen. Aber das will in diesem Haus niemand. Deshalb brauchen wir die Solidarität der Länder untereinander.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Unbestritten!)

In der Sache sind wir, wie ich meine, nahe beieinander. Die teilweise entstandene Übernivellierung war wettbewerbsfeindlich. Wenn jetzt zumindest ein Anreizsystem geschaffen wird, das überdurchschnittliche Steuerzuwächse dort lässt, wo sie entstehen, im Zweifelsfall auch bei den ärmeren Nehmerländern, dann ist das ein Schritt in die richtige Richtung. In der Heftigkeit aber, in der Sie, Herr Ministerpräsident, argumentiert haben, immer nebenher noch so einen Schlag „Lega Süd“, immer Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, haben Sie vergessen, dass Hessen bis vor zwei Jahren rot-grün-regiert war und deshalb auch vorher nicht alles in Hessen schlecht war.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Drexler SPD: Saarland!)

Sie haben glauben gemacht, dass Sie von den fast 4 Milliarden DM, die Sie zahlen, mindestens 2 Milliarden DM zurückhaben wollen.

(Abg. Drexler SPD: Mindestens!)

Das war nie realistisch. Gemessen an dem, wie Sie damals die Backen aufgeblasen haben, fragen sich viele Beobachter jetzt: Ja, was war eigentlich der Streitwert? Was ist da eigentlich herausgekommen?

Eines geht aber auch nicht, und dabei muss ich den Kollegen Drexler ansprechen:

(Abg. Alfred Haas CDU: Herr Drexler!)

Das war billiger Populismus, wie Sie da den Ministerpräsidenten angegriffen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das kann ich Ihnen nicht ersparen.

Jetzt sind Sie wie der Herr Ministerpräsident der Ansicht, dass es prinzipiell nicht geht, die Finanzkraft der Kommunen mit einzubeziehen. Ich sehe das anders. Ich finde den Ansatz vom Prinzip her richtig. 100 % waren sicher zu hoch; das war ein Ansatz, mit dem man in die Verhandlungen gegangen ist. Aber ich finde es richtig, dass man das prinzipiell mit einbezieht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das war bisher schon so!)

(Dr. Salomon)

Man kann über die Hafenlasten diskutieren; sie müssen weg. Die Einwohnerveredelung bei den Stadtstaaten ist auch nicht zu verstehen. Aber man muss schon die reale Finanzkraft der Gebietskörperschaften heranziehen.

(Zuruf: In Bayern ist das ja der Fall! – Zuruf von der SPD: 50 : 50!)

– Ja, 50 : 50 war ein Vorschlag. 100 % war der Vorschlag der Bundesregierung. Wenn der Ministerpräsident 64 % aushandelt – das ist ein gutes Verhandlungsergebnis für das Land –, kann man nicht sagen, er habe sich von den Rot-Grünen in Berlin über den Tisch ziehen lassen. Da ist man, glaube ich, als SPD-Mensch in einem ziemlichen Erklärungsnotstand.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das wissen – und Sie wissen das alles –, ist diese Behauptung billiger Populismus.

(Beifall bei der CDU)

Das alles macht deutlich, meine Damen und Herren: Der Föderalismus gerät in ein schwieriges Fahrwasser: ein schleichender Verlust von Kompetenzen an den Bund und an Europa, schwindende Akzeptanz, ja schwindendes Verständnis beim Bürger, was wir im Parlament eigentlich so tun und lassen. Man muss sich nur, meine Damen und Herren, die Diskussion anschauen, die ausgelöst wurde, als zuerst der Bundesaußenminister und dann der Bundeskanzler, die beide den deutschen Föderalismus als Vorbild für Europa ins Auge gefasst hatten, mit ihren Vorschlägen bezüglich der Finalität Europas kamen. Bei unseren französischen und britischen Freunden ist es zu einer nahezu vollständigen Ablehnung gekommen.

Das heißt aber umgekehrt, dass der Föderalismus, wenn man ihn denn will – und wir wollen ihn –, seine Legitimationskrise überwinden muss. Das heißt, wir dürfen ihn nicht kaputtreden. Das habe ich bezüglich Ihrer Haltung beim Länderfinanzausgleich gemeint, Herr Ministerpräsident. Wir müssen den Föderalismus stärken, wo wir können, und deshalb fordere ich – das, was Herr Oettinger dazu gesagt hat, war gut – eine breit angelegte Föderalismusdebatte auch in diesem Land und insbesondere in diesem Haus.

Bayern und Hamburg haben Enquetekommissionen eingesetzt und eigene Konzepte vorgelegt. Die Herren Stoiber und Clement profilieren sich heftig. Wo bleiben eigentlich Sie in dieser Debatte, Herr Ministerpräsident? Sie haben gesagt, seit Jahren forderten Sie das Richtige. Warum weiß das nur niemand in der Öffentlichkeit? Machen Sie das hinter verschlossenen Türen?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Winckler CDU: Unterlagen lesen! – Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Ich kann nur sagen, Herr Ministerpräsident: Falls Sie – ich habe das in der letzten Woche in die Debatte gebracht – doch noch als Kanzlerkandidat ran müssen, wenn Merkel nicht darf und Stoiber nicht will,

(Heiterkeit)

hätten Sie mit der Föderalismusdebatte ein Feld, auf dem Sie Schlagzeilen machen könnten und auch noch unsere Unterstützung hätten. Also gehen Sie voran!

(Beifall bei den Grünen)

Auch mit dem Thema Europa, meine Damen und Herren, muss man, finde ich, anders umgehen als bislang. Man erfährt hintenherum in einem Zeitungsartikel, dass Herr Palmer in Brüssel eine Immobilie für die Repräsentanz des Landes und der Verbände, für ein „Haus Baden-Württemberg“, sucht. Gut so, sage ich. Aber warum heimlich? Sie haben wohl Angst, dass man Ihnen Geldverschwendung vorwirft. Ich sage: nicht so kleinmütig! Aber diskutieren müssen wir das in diesem Haus, weil es für Baden-Württemberg wichtig ist, wie wir uns in Europa repräsentieren.

Es wundert einen schon, dass Baden-Württemberg mittlerweile das einzige Bundesland ist, das keinen eigenen Ausschuss hat, der sich originär mit Europafragen befasst oder Europa auch nur im Namen trägt. Das Problem des Ständigen Ausschusses kennen wir alle: Dort werden Dinge, die bereits beschlossen sind, nachträglich zur Kenntnis genommen, und das führt nicht gerade zu spannenden Debatten. Ich wünsche mir hier mehr Mut, mehr Transparenz und mehr Debatten. Wir sollten als Parlament den Mut haben, Europafragen nicht allein der Regierung zu überlassen. Es handelt sich schließlich um Fragen, die unser aller Selbstverständnis betreffen.

(Beifall bei den Grünen)

Aber nicht nur das Verhältnis zum Bund und zu Europa bedarf der Korrektur, sondern auch hier im Land können Sie vieles ändern. Im Land bleibt ja vieles liegen. „Jetzt schaffen wir gemeinsam die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Baden-Württemberg 2020“, sagen Sie in Ihrer Regierungserklärung; das war sozusagen das Motto Ihrer Regierungserklärung. Das klingt gut, weil es weit über die Legislaturperiode hinaus weist. Die Frage ist nur, ob das auch so stimmt, ob Sie die Voraussetzungen dafür schaffen, dass unser Land im Jahr 2020 besser dasteht und die Herausforderungen meistert, die auf uns zukommen. Da aber sind meines Erachtens größte Zweifel angebracht.

An vielen Stellen Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident, sprechen Sie von Wettbewerb und Zukunftsfähigkeit, verweigern aber Reformen, ja sogar schon das Nachdenken darüber. Ich spreche jetzt zum Thema Verwaltungsreform; es wurde schon von Herrn Oettinger und Herrn Pfister angesprochen.

Ich sehe nicht, wie Sie das Land in diesem Bereich für 2020 fit machen wollen. Sie verweigern die Debatte darüber. Und Herr Pfister, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Die FDP macht dabei mit.

Der beste Gradmesser, ob ein Thema Relevanz hat oder nicht, sind die Reaktionen darauf, wenn man es einmal anspricht. Als ich neulich in einem Pressegespräch ein paar Vorschläge zu diesem Thema gemacht habe – der wesentliche Vorschlag war, eine Expertenkommission einzusetzen – und dabei einen Vorschlag Ihres Parteikollegen Doll aufgefing habe, gab es ein heftiges,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Uralte FDP-Vorschläge abgeschrieben!)

(Dr. Salomon)

lautstarkes und bis heute nicht abgeebbtes Echo. Das zeigt doch, dass dies ein Stoff ist, ein Thema, bei dem man etwas tun muss. Herr Drexler fand es spontan gut.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber Sie haben die falschen Punkte genannt!)

Er hat gesagt, ich hätte Recht. Herr Döring hat auch gesagt: „Salomon hat Recht.“ Der Witz ist nur: Sie haben einen Koalitionsvertrag abgeschlossen, in dem dazu nichts steht. Wo waren Sie denn da? Wo war denn der Döring? War er in Japan, oder war er sonst wo? Sie haben da nichts gemacht.

(Abg. Walter GRÜNE: Im Festzelt war er! – Abg. Hofer FDP/DVP: Haben Sie in Berlin alles im Koalitionsvertrag geregelt?)

Jetzt stellen Sie sich hin und sagen, man müsse das diskutieren, aber in der Koalitionsvereinbarung steht dazu nichts.

Zur Sache selbst: Unsere Gesellschaft verändert sich rasend schnell, und bei dem Versuch, im Wettbewerb der Regionen und Länder zu bestehen, wie Sie ja immer sagen, spielt es natürlich schon eine Rolle, wie die Verwaltung eines Bundeslandes organisiert ist, ob ihr Aufbau stimmt, ob die adäquate Erfüllung der Aufgaben an die richtige Gebietskulisse geknüpft ist, ob damit die Aufgaben am wirtschaftlichsten, am effizientesten, oder auch ob sie möglichst bürgernah und schließlich demokratisch legitimiert erfüllt werden – und auch in der Art und Weise, dass sich die Bürgerinnen und Bürger darin wiederfinden können.

Damit ist es auch klar: „Bürgernah“ heißt für mich, dass wir eine Debatte führen, bei der eine wichtige Überschrift immer heißen muss: „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“.

Damit bin ich voll bei Ihnen, Herr Pfister. Wir führen hier – und für diesen Hinweis war ich dankbar – keine Abschaffungsdebatte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Doch!)

Ich habe auch keine Abschaffungsdebatte gefordert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Doch!)

– Das wurde so interpretiert. – Auf die Frage, wie das denn aussehen könnte, kann man sagen: „Wo sind denn die Aufgaben? Wie erledigt man das?“ Das waren aber Planspiele. Ich habe keine Abschaffungsdebatte geführt, ich habe nur gesagt: „Herr Doll hat Recht. Wir haben da ein Problem. Wir brauchen eine Expertenkommission. Wir müssen uns hinsetzen.“

Nachdem ich Herrn Oettinger zugehört habe, was er über die Regierungspräsidien gesagt hat – Ich als Freiburger habe mit Sven von Ungern-Sternberg kein Problem. Wir kennen uns lange und gut, wir tauschen uns auch aus. Es geht ja nicht um die Person. Aber man braucht auch in Freiburg keinen Statthalter der Regierung vor Ort. Man muss auch nicht mehr mit der Postkutsche von Freiburg nach Stuttgart fahren. Das kann man im Zeitalter moderner Kommunikationen anders machen. Deshalb dürfen die Re-

gierungspräsidien kein Tabu sein. Darum geht es mir. Das ist der Punkt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das heißt: Ich bin mir sicher, dass, wenn wir diese Debatte ernsthaft führen, das Ergebnis langfristig sicher nicht die Einführung einer weiteren Verwaltungsebene sein kann.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das wäre noch schöner!)

Vielmehr muss es eher zu einer Bündelung und Stärkung der Regionen kommen.

Meine Damen und Herren, wir wollen eine Debatte führen, und wir sollten sie ergebnisoffen führen. Diese Debatte sollten wir gemeinsam führen, und deshalb bitte ich Herrn Pfister, sich noch einmal mit dem Koalitionspartner zu verständigen, damit wir diese Kommission dann gemeinsam einsetzen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich will zum nächsten Thema kommen – Stichwort Ackerfurche –, das uns sehr wichtig ist.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Das ist das Thema Ökologie. Ich will noch einmal eines wiederholen. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt:

Jetzt schaffen wir gemeinsam die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Baden-Württemberg 2020.

Wenn man sich den Bereich des nachhaltigen ökologischen Wirtschaftens anschaut und prüft, wie Sie die natürlichen Lebensgrundlagen hier im Land bewahren wollen, muss man leider sagen: Sie sagen es nicht, und wahrscheinlich interessiert es Sie auch nicht sonderlich. So hart muss ich das leider formulieren. Sie sagen zwar geradezu lyrisch:

. . . die Ökonomisierung der Gesellschaft muss ihre Grenzen dort finden, wo es um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen . . . geht.

Herr Ministerpräsident, jetzt will ich klar sagen: Sie haben einen Bereich, eine Passage in Ihrer Rede gehabt, wo es um die zwei Themenbereiche aus dem großen Bereich der Biotechnologie ging, um die Präimplantationsdiagnostik und um die Forschung an embryonalen Stammzellen. Dort haben Sie eine bemerkenswert nachdenkliche Position formuliert, die ich in weiten Teilen teilen kann. Ich muss aber gleichzeitig sagen: Diese Nachdenklichkeit zieht sich durch den anderen Teil Ihrer Rede gerade im Bereich des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen nicht. Das muss man auch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei den Grünen)

Nachdem ich gehört habe, was Herr Oettinger heute Morgen formuliert hat, kann ich – für Experten, die wissen, was KIF und KUF ist – sagen: Die Umwelt kam bei Herrn Oettinger heute in dem U von KUF vor, das heißt nämlich: kommunaler Umweltfonds. Ansonsten kam sie nicht vor, und das ist etwas arg dürftig.

(Dr. Salomon)

Zum Thema Ökosteuer ist ja schon vieles gesagt worden. Sie schwingen diese Ökosteuer zu einem Grundübel auf.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist sie ja auch!)

Sie sagen: „Wir kämpfen gegen diese ungerechte Ökosteuer, solange es sie gibt.“ Fast möchte man hinzufügen: zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Sie sagen weiter: „Der Versuch, die Bewegungsfreiheit der Bürger durch Zwangsabgaben einzuschränken, ist ungefähr so intelligent wie der Versuch, Zeit zu sparen, indem man die Uhr anhält.“

(Beifall des Ministers Dr. Christoph Palmer)

Ein schönes Zitat. Abgesehen davon, dass ich am vergangenen Montag im „Spiegel“ gelesen habe, dass im letzten Jahr der Spritverbrauch um 13 % zurückgegangen ist – von wegen: Uhr anhalten –, hat das DIW, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, vor zwei Monaten eine Studie veröffentlicht, nach der mit der ökologischen Steuerreform im Zeitraum bis 2010 ein Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze um bis zu 250 000 einhergehen wird. Die CO₂-Emission, Stichwort Klimaschutz, soll allein bis zum Jahr 2005 um 2 bis 3 % zurückgehen. Das sind immerhin 20 bis 25 Millionen Tonnen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das heißt, die Ökosteuer ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sie liefert auch einen Beitrag zum Klimaschutz, ganz im Gegensatz zu Ihrer Politik.

Sie kündigen zwar ein Klimaschutzprogramm an, sagen aber nicht, woraus das bestehen soll, wie es aussehen soll, wie es finanziert werden soll. Ich habe da so eine Ahnung,

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja! Freiwillige Vereinbarungen!)

wie dieses Programm aussehen soll. Es wird nämlich gar keines geben.

Die Akademie für Technikfolgenabschätzung hat im Herbst letzten Jahres einen Statusbericht herausgegeben, in dem es über Baden-Württemberg wörtlich heißt:

Ein angemessener Beitrag des Landes zum Reduktionsziel der Bundesregierung ist noch nicht erkennbar. Auch lässt sich eine Entwicklung in Richtung der Zielvorgabe im Umweltplan des Landes

– das heißt Reduktion der Emissionen bis 2005 auf unter 70 Millionen Tonnen im Jahr –

noch nicht feststellen.

Deutlicher lässt sich das Versagen Ihrer Politik, Herr Ministerpräsident, in einer für die Zukunft des Landes zentralen Frage kaum dokumentieren.

(Beifall bei den Grünen)

Es lässt sich nicht nur keine Reduktion feststellen, es ist tatsächlich noch viel schlimmer. Statt abzunehmen, sind die CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg im Jahre 1998 auf rund 80 Millionen Tonnen angestiegen,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Bundesweit!)

und das ist gegenüber dem Bezugsjahr 1990 ein Anstieg um 9 %. Da kann man fast sagen: Unser Bush heißt Teufel.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben in Ihrer Rede ein chinesisches Sprichwort verwendet, das heißt: „Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.“ Sie sagten dann, Sie bauten keine Mauern, und der Kollege Kretschmann hat ergänzt: „Und schon gar keine Windmühlen!“ Da hat er Recht.

Meine Damen und Herren, wir liegen bei der Erzeugung des Stroms aus Windenergie auf dem letzten Platz unter den Flächenländern. Das kleine Hessen erzeugt fünfmal so viel Strom aus Windenergie wie wir.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber beim Wasser auf dem ersten!)

– Bei Wasser auf dem ersten, aber das hat man halt. Windenergieanlagen kann man bauen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hängt vielleicht auch mit der topographischen Lage zusammen!)

Im Bereich der Windenergie arbeiten mittlerweile eineinhalbmal so viele Menschen, wie in der Atomenergieindustrie je gearbeitet haben. Wussten Sie das, Herr Pfister? Das wussten Sie wahrscheinlich nicht. Sie wussten wahrscheinlich auch nicht, dass die Menge des Stroms aus Windenergie mittlerweile ein Drittel der Menge des Stroms beträgt, den alle deutschen Atomkraftwerke zusammen erzeugen. Dass wir da auf dem letzten Platz liegen, das ist ein Trauerspiel für Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich kann Ihnen zu diesem Thema ein ganz anderes fernöstliches Sprichwort entgegenhalten: „Es kommt nicht darauf an, wie der Wind weht, sondern wie man die Segel setzt.“ Ihr Schiff, Herr Ministerpräsident, hat anscheinend weder Segel noch Motor.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Bei den regenerativen Energien steht das Gleiche in der Koalitionsvereinbarung wie vor fünf Jahren: Sie wollen in den nächsten zehn Jahren eine Verdoppelung. In den letzten fünf Jahren ist von Ihrer Seite nichts, aber auch gar nichts in dieser Richtung passiert. Wahrscheinlich ist dieser Satz bei der Überarbeitung einfach stehen geblieben. Es wird ja auch nichts dazu ausgeführt, außer dass Sie ausdrücklich festhalten, dass Sie für den ganzen Bereich Photovoltaik, Windenergie, Biomasse, Geothermie und Wasserkraft keine Notwendigkeit einer zusätzlichen Förderung sehen. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Wo bleibt die Initiative des Landes zum flächendeckenden Ausbau der Biomassenutzung?

(Beifall bei den Grünen)

Die Bundesregierung hat gerade die Biomasseverordnung verabschiedet. Gerade Baden-Württemberg hat in diesem Bereich riesige Chancen in der Forst- und der Landwirt-

(Dr. Salomon)

schaft. Ich sehe nicht, dass hier etwas geschieht. Das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt sich an der Realisierung von 50 Solarsiedlungen. Sie wollen Demonstrationsanlagen fördern. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Ja, was wollen Sie denn demonstrieren? Darüber sind wir doch schon längst hinaus. Jetzt muss etwas gemacht werden, jetzt brauchen wir keine Demonstrationsanlagen mehr.

(Beifall bei den Grünen)

Bei der Nutzung der Erdwärme, der Geothermie, hat Baden-Württemberg ebenfalls riesige Chancen. Sie werden aber überhaupt nicht genutzt. Herr Ministerpräsident, noch in diesem Jahr tritt die neue Energiesparverordnung der Bundesregierung in Kraft. Wo bleibt die Initiative des Landes, die die Chancen, die in dieser Initiative für die Umwelt und das Handwerk stecken, nutzt und die die Architekten, die Bauingenieure, die Handwerker, die Gemeinden und die privaten Bauherren beispielsweise durch die Einrichtung eines Instituts für ökologisches und Energie sparendes Bauen endlich auf diese Situation vorbereitet? Nichts, Fehlanzeige. Alles, was in diesem Land zum Thema Energiewende stattfindet, ist vom Bund initiiert. Die Voraussetzungen für ein erfolgreiches 2020 werden nicht in Stuttgart geschaffen, sondern einzig und allein durch die umfangreichen Förderprogramme der Bundesregierung seit 1998. Das ist traurig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Andere wichtige Bereiche der Umweltpolitik und der Umweltvorsorge kommen weder in der Koalitionsvereinbarung noch in Ihrer Regierungserklärung vor. Die Thematik des zunehmenden Landschaftsverbrauchs und der Landschaftszerschneidung und das, was man dagegen tun könnte, wird schlichtweg ignoriert. In diesem Land werden jeden Tag 11 Hektar unwiderruflich versiegelt, zubetoniert; die sind weg. Wenn man das einmal auf Ihr Referenzjahr 2020 hochrechnet, Herr Ministerpräsident, so ergibt sich, dass wir eine Fläche von 30 mal 30 Kilometer zubauen. Das heißt, 900 Quadratkilometer gehen unwiderruflich verloren. Ich lese und höre dazu nichts –

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

außer indirekt, wenn ich mir nämlich Ihre Verkehrspolitik anschau. Ich kann mir vorstellen, dass wir, wenn Ihre Verkehrspolitik realisiert würde, nicht über 11, sondern wahrscheinlich über 20 Hektar am Tag reden würden. Bei Ihnen kommt Verkehrspolitik nach wie vor hauptsächlich als Straßenbaupolitik vor.

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist aber nicht wahr!)

– Herr Scheuermann, zum Bundesverkehrswegeplan hat die Landesregierung sage und schreibe 422 Straßenbauprojekte angemeldet

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja, die sind auch notwendig!)

und ganze 9 Schienenbauprojekte –

(Abg. Walter GRÜNE: So ist es! – Zurufe der Abg. Scheuermann und Pfisterer CDU)

422 : 9. Die Straßenbauprojekte entsprechen der Hälfte aller angemeldeten, bereits planfestgestellten Projekte in ganz Deutschland – das haben Sie, Herr Ministerpräsident, ausgeführt; hört, hört! –,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und das auf knapp 10 % der Fläche der Bundesrepublik. Da kann doch irgendetwas nicht stimmen. Nicht auszudenken, wenn das alles realisiert würde.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Sie rühmen sich, meine Herren von der CDU, mit Ihren planfestgestellten Straßen.

(Zurufe der Abg. Walter GRÜNE und Scheuermann CDU)

Aber ich kann nur sagen: Aus dem Fleiß der baden-württembergischen Straßenbauverwaltung kann man keinen Anspruch auf Finanzierung durch den Bund ableiten. Umgekehrt wundert es einen dann auch nicht, dass man mit dem Stellenabbau in der Landesverwaltung nicht vorankommt.

Sie haben vom Bund im Schnitt der letzten drei Jahre für den Fernstraßenbau in Baden-Württemberg das Gleiche bekommen wie im Schnitt der Neunzigerjahre, als der Bundesverkehrsminister noch Wissmann hieß. Das heißt, die Behauptung, Sie würden hier benachteiligt, trifft nicht zu. Das, was Sie wollen, sind Wunschschlösser, Wolkenkuckucksheime.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Der Ausbau des Schienennetzes kommt bei Ihnen hauptsächlich als Stuttgart 21 vor. Für Stuttgart 21 werden Landesmittel in Milliardenhöhe gebunden, Mittel, die in der Fläche fehlen. Wir finden keinerlei Aussagen, wie man Baden-Württemberg zum Bahnland machen will. Das Thema ÖPNV – –

(Abg. Scheuermann CDU: 35 % mehr Nahverkehr! 20 % mehr Fahrgäste!)

– Herr Scheuermann, es wird nicht richtiger, wenn Sie sich weiter nach vorne setzen und laut dazwischenrufen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Wir finden in Ihrer Regierungserklärung keinerlei Aussagen zum Thema ÖPNV, keinerlei Aussagen zum Thema Radverkehr.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Das sind weiße Flecken in Ihrer Regierungserklärung.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das läuft alles! Das läuft und läuft und läuft!)

(Dr. Salomon)

Wie im Verkehrsbereich die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Baden-Württemberg 2020 geschaffen werden sollen, bleibt im Dunkeln, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Einfach nur „Mehr davon“ – der Wahlslogan der FDP/DVP –, wohl mehr vom Bestehenden, das ist zu wenig. Und für eine konservative Partei, die sich aus ihrem christlichen Menschenbild heraus für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen sollte,

(Abg. Alfred Haas CDU: Machen wir!)

ist es ein Armutszeugnis, nicht angeben zu können, wie man Mobilitätsbedürfnisse befriedigt, ohne gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch in der Landwirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, habe ich nicht das Gefühl, dass hier die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Jahr 2020 geschaffen werden. Der neue Landwirtschaftsminister Willi Stächele hat sich sicherheitshalber mit einem kräftigen „Weiter so!“ positioniert.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sicher!)

Und wenn man Ihnen, Herr Ministerpräsident, letzte Woche zugehört hat, dann bekam man den Eindruck und wird den nicht los, dass BSE für Sie letztendlich eine Art Betriebsunfall war, also eine Geißel Gottes, für die man nichts kann und bei der man folglich auch nichts ändern muss. Dabei – da sind wir uns, glaube ich, einig – haben BSE und die Folgen die Landwirtschaft tief ins Mark getroffen und viele Betriebe – und das heißt in Baden-Württemberg natürlich besonders viele bäuerliche Familienbetriebe – an den Rand des Ruins gebracht. In dieser Situation – da bin ich mir sicher, Herr Ministerpräsident – wollen die Menschen kein „Weiter so!“, sondern erwarten, dass die Politik die Rahmenbedingungen in Richtung einer besseren Lebensmittelqualität, in Richtung einer transparenteren Lebensmittelerzeugung und in Richtung einer artgerechteren Fütterung und Haltung der Nutztiere setzt.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Das sind Dinge, die in den Mittelpunkt der Politik gehören, wenn man wie Sie, Herr Ministerpräsident, den Anspruch erhebt, die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Baden-Württemberg 2020 schaffen zu wollen.

Die Bundesregierung und die Verbraucherschutzministerin haben im letzten halben Jahr

(Abg. Alfred Haas CDU: Nichts gemacht!)

in einem zugegebenermaßen zähen und mühsamen Prozess

(Abg. Alfred Haas CDU: Nichts gemacht!)

die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Agrarwende gelingen kann.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Oh Jesses!)

Entscheidend ist jetzt, wie die Länder diese Maßnahmen, die auf Bundesebene getroffen wurden, durch eigene Projekte ergänzen. Sieht man einmal von dem altbekannten MEKA-Programm ab, tut sich in Baden-Württemberg, gelinde gesagt, nicht viel.

(Zurufe der Abg. Alfred Haas und Heinz CDU)

Wo ist das seit Jahren angemahnte Programm zur Umstellung öffentlicher Kantinen auf Produkte aus ökologischem Anbau, um damit einen Anreiz für Privatverbraucher, aber auch für Landwirte in Richtung Umstellung zu schaffen? Wo ist es?

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wo ist das Programm zur Förderung der Umstellung auf biologischen Landbau?

(Abg. Alfred Haas CDU: MEKA!)

Bayern – ich muss immer sagen „Bayern“, ich muss immer sagen „Stoiber“ – und Nordrhein-Westfalen – ich muss immer sagen „Clement“ – sind hier wesentlich weiter.

(Unruhe – Abg. Alfred Haas CDU: Das glauben Sie ja selber nicht! Die meisten Ökobetriebe sind in Baden-Württemberg!)

Wo ist das Landesprogramm zur Förderung von Direktvermarktungsideen und -projekten? Wo ist der Lehrstuhl für ökologischen Landbau? Jedenfalls nicht an der einzigen landwirtschaftlichen Universität im Land, in Hohenheim.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wo sind die Gelder – jetzt sage ich einmal etwas Positives über Gerdi Staiblin – für zusätzliche PLENUM-Projekte, mit denen Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus vorangebracht werden könnten?

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Gerdi Staiblin hat sich bei Ihrer Fraktion, bei der Regierung, beim Ministerpräsidenten und bei ihren Kolleginnen und Kollegen jahrelang dafür eingesetzt, endlich von zwei PLENUM-Gebieten auf 20 zu kommen – da geht es um nicht viel Geld –, aber sie hat es nicht geschafft.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drexler und Abg. Schmiedel SPD: Wir wollen die Gerdi zurück!)

Meine Damen und Herren, wir sind in der Situation, dass wir aufgrund der Vernachlässigung durch die Landesregierung die Spitzenposition im ökologischen Landbau, die wir dank des Engagements von Bioland und Demeter Anfang der Neunzigerjahre hatten

(Abg. Alfred Haas CDU: Immer noch haben!)

– hatten! –,

(Abg. Alfred Haas und Abg. Scheuermann CDU: Haben!)

(Dr. Salomon)

längst verloren haben. – Herr Haas, in Österreich liegt der Anteil bei 15 %, bei uns sind es 3 %.

(Abg. Heinz CDU: In Österreich! Nach Nordrhein-Westfalen müssen Sie mal schauen! Nicht nach Österreich!)

Auch zum Thema Naturschutz – der PLENUM-Gedanke besteht ja darin, dass man endlich den Naturschutz, den Tourismus und die Landwirtschaft gedanklich zusammenfasst – höre ich von Ihnen nichts außer einem Satz, dass Sie natürlich – das kommt wieder Ihrem Fundamentalismus zugute – strikt gegen die Naturschutznovelle, die jetzt aus Berlin kommt, sind. Das ist alles, was ich hierzu höre.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dazu kann ich nur sagen: Das verstehe ich nicht unter der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Baden-Württemberg 2020.

(Beifall bei den Grünen)

Das Einzige, Herr Ministerpräsident, von dem wenigen – jetzt komme ich zum Bereich Bildungs- und Gesellschaftspolitik –, was überhaupt konkret erwähnt wird und was nicht unter Finanzierungsvorbehalt steht, das sind die 5 500 neuen Lehrerstellen. Das hebt sich tatsächlich positiv von der „Weiter so!“-Lyrik Ihrer Koalitionsvereinbarung ab.

Doch auch hierzu muss man anmerken, dass die Unterrichtsversorgung dadurch nicht verbessert wird. Bis 2005 wachsen die Schülerzahlen noch an. In zwei Jahren, 2003, geht das Vorgriffsstundenmodell zu Ende, das heißt, die Grund- und Hauptschullehrer, die fünf Jahre lang eine Stunde pro Woche mehr gearbeitet haben, arbeiten dann wieder nach der normalen Unterrichtsverpflichtung. Das heißt aber dann, dass ganz plötzlich von jetzt auf gleich 1 100 Stellen fehlen. Gleichzeitig – auch 2003 – wird die Fremdsprache an der Grundschule eingeführt. Dafür sind dann weitere 1 200 bis 1 600 Stellen zu veranschlagen. Wenn man jetzt noch bedenkt, dass derzeit an den beruflichen Schulen schon 1 000 Stellen fehlen und der Bedarf dort jährlich um 380 Stellen wächst, muss man einfach feststellen: Selbst mit 5 500 Stellen können gegenüber heute keine realen Verbesserungen der Unterrichtssituation erreicht werden. Trotzdem ist es wichtig, die Stellen zu schaffen. Nur, es wird dadurch noch lange nicht besser.

Jetzt kommt aber noch ein ganz anderes Problem hinzu. Sie wissen nämlich noch gar nicht, ob Sie die 5 500 Stellen überhaupt besetzen können. Berechnungen gehen davon aus, dass die Zahl der Absolventen in etwa der Zahl der durch Pensionierung frei werdenden Lehrerstellen entspricht. Wenn man dann noch weiß, dass nicht alle Absolventen auch in den Schuldienst gehen, ist klar, dass Sie da ein reales Problem bekommen. Auf dieses Problem, Herr Ministerpräsident, sind Sie in Ihrer Rede mit keinem Wort eingegangen, übrigens auch nicht auf die Frage, wie Sie denn dem Fachlehrermangel insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern begegnen wollen.

Interessant, Herr Ministerpräsident, fand ich Ihr Zitat, dass für Sie alle Schülerinnen und Schüler gleich viel wert sind.

Das ist eigentlich eine bare Selbstverständlichkeit. Aber Sie wollten halt extra betonen, dass Sie der Ministerpräsident für alle sind. Das ist auch völlig legitim.

Noch interessanter fand ich allerdings, dass Sie kein Wort darauf verwandt haben, wie Sie eigentlich qualifizierte Hauptschullehrer in ausreichender Zahl gewinnen wollen. Es ist Ihnen anscheinend entgangen, dass das Berufsfeld für die anspruchsvolle Tätigkeit eines Hauptschullehrers oder einer Hauptschullehrerin bei vergleichsweise schlechter Bezahlung massiv gelitten hat und dass so gut wie niemand mehr das Studium für das Lehramt an Hauptschulen ergreift. Da haben wir ein veritables Problem. Das haben Sie nicht erkannt.

(Beifall bei den Grünen)

Eine andere Baustelle oder, besser gesagt, mehrere Baustellen gibt es im Moment beim Gymnasium, dem Steckenpferd unserer Ministerin, Frau Schavan. Das achtjährige Gymnasium soll jetzt von oben eingeführt werden. Die Debatten darüber werden an den Schulen erst kommen. Das ist immer so, weil man hier alles von oben macht und unten erst diskutiert wird, wenn es nicht mehr zu verhindern ist. Zuerst sollte das achtjährige Gymnasium ein Angebot für besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler sein. Jetzt wird es flächendeckend eingeführt. Es ist nur noch ein Angebot für Schüler, die besonders schnell Abitur machen wollen. Für die Oberstufenreform, die ja de facto einer Abschaffung des Kurssystems gleichkommt, werden jetzt, damit die Binnendifferenzierung wieder stattfindet, die durch die Reform gerade abgeschafft wurde, neue Lehrpläne für die Klassen 12 und 13 geschrieben. Für das allgemeine achtjährige Gymnasium müssen aber die Lehrpläne der Klassen 1 bis 12 quasi insgesamt neu gemacht werden. Man sieht, das Gymnasium hat viele angefangene Baustellen, aber es gibt keine Reflexion über das Ganze und keinen Neuaufbau von unten.

Wir glauben, dass jetzt eine Diskussion über die Inhalte, die an der Schule eigentlich vermittelt werden sollten, nötiger denn je wäre. Sie haben ja Recht, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, es komme nicht darauf an, viel zu wissen, sondern darauf, das Richtige und das Wichtige zu wissen. Das ist völlig richtig. Die Frage ist doch nur: Wer weiß, was das Richtige und das Wichtige ist? Welche Inhalte können gestrichen werden, und welche müssen neu hinzukommen, zum Beispiel ökonomische Grundkenntnisse? Für diese Fragen ist unseres Erachtens ein öffentlicher Diskurs nötig. Das können nicht irgendwelche Arbeitskreise im Kultusministerium allein entscheiden. Das ist eine gesellschaftliche Frage. Darüber müssen wir alle diskutieren.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wollen die Auseinandersetzung um die Inhalte der Bildung von morgen und die Frage, wie man dann die Schulen und eben auch das Gymnasium reformieren muss.

Acht oder neun Jahre – das sage ich ehrlich – ist für uns überhaupt kein Dogma. Aber umgekehrt ist für uns Beschleunigung auch kein Wert an sich. Da muss man schon darüber diskutieren, was da passieren soll.

(Dr. Salomon)

Die Schulen in freier Trägerschaft werden deshalb immer wichtiger, weil die offensichtlichen Mängel des öffentlichen Schulsystems dazu führen, dass es bei Leuten, die es sich leisten können – ich formuliere es ausdrücklich so –, mittlerweile eine Abstimmung mit den Füßen gibt, in die Schulen in privater und freier Trägerschaft zu gehen. Die entlasten das öffentliche Schulwesen. Das muss man einfach sagen. Sie sind deshalb gut, weil sie viele Reformkonzepte haben, die die öffentlichen Schulen nicht umsetzen, und weil sie insbesondere Unterrichtsangebote haben, Ganztagsangebote, die in diesem Land sonst fehlen. Sie verweigern trotz Verfassungsgerichtsurteil die notwendige Finanzierung für die Schulen in freier Trägerschaft. Sie ziehen sich jetzt darauf zurück, dass Frau Berroth und Frau Lazarus in einem Arbeitskreis waren, der sich nicht darauf einigen kann, wie eigentlich die reale Datenbasis ist. Das ist mir auch zu wenig.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

In diesen Bereich muss Geld hinein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

In der Hochschulpolitik wurde in den letzten Jahren, das will ich anmerken, vieles auf den Weg gebracht, wurden viele Verkrustungen aufgebrochen und viele Reformen eingeleitet. Herr Kollege Pfister hat darauf hingewiesen. Der neue Minister Frankenberg steht dafür, diesen Kurs fortzusetzen.

Das neue Dienstrecht an Hochschulen, das wir auf Bundesebene mit angestoßen haben, muss nun auf Länderebene umgesetzt werden. Die damit verbundene Einführung von Juniorprofessuren und die Eröffnung neuer akademischer Karrierewege wurde von uns seit Jahren gefordert. Wir sind froh, dass dies endlich kommt. Das ist insbesondere für Frauen eine große Chance. Am wichtigsten ist in diesem Zusammenhang eine leistungsgerechtere Bezahlung von Professoren und die Gleichbehandlung der Besoldungsstruktur von Universitäten und Fachhochschulen.

Auf zwei Dinge werden wir in der Ausgestaltung unser besonderes Augenmerk richten: auf angemessene Besoldungsspielräume auch für Fachhochschulprofessoren – Sie haben völlig Recht: ein guter Fachhochschulprofessor muss genauso viel verdienen können wie ein Universitätsprofessor – und darauf, dass die Leistungselemente, die an den Hochschulen ebenfalls eingeführt werden, echte befristete Zulagen sein werden.

Wünschenswert wäre, dass Sie, Herr Minister Frankenberg, anders als Ihr Amtsvorgänger die Demokratisierung der Hochschulen nicht als etwas den Hochschulen Wesensfremdes ansehen würden. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Mitbestimmung aller Studierenden und aller Beschäftigten an den Hochschulen nicht den reibungslosen Ablauf von Lehre und Forschung behindert, sondern dass die Mitbestimmung diesen Ablauf eher befruchtet und zur Motivation aller beiträgt.

(Beifall bei den Grünen)

Die Frauen kommen bei Ihnen nur am Rande vor, Herr Ministerpräsident: in Ihrer Regierung so gut wie gar nicht und

in Ihrer Regierungspolitik ebenfalls so gut wie nicht. Von einer Verbesserung des Landesgleichberechtigungsgesetzes kein Ton – von einer weiteren Umsetzung des Gesetzes auch in Kommunen und Kreisen keine Rede.

Aber man darf ja froh sein: Frauen sind in Ihrer Rede immerhin wenigstens Gegenstand der Familienpolitik. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird jetzt auch bei Ihnen zum Thema. Das ist erfreulich. Dass aber viele Familien aus Alleinerziehenden bestehen und Alleinerziehende mit Ihrem Reihenhausförderprogramm in den allermeisten Fällen wenig anfangen können, weil sie sich das nicht leisten können, das ist Ihnen anscheinend noch nicht aufgefallen,

(Zuruf des Ministers Dr. Christoph Palmer)

sonst würden Sie vielleicht Sozialwohnungen bauen. Aber da herrscht totale Fehlanzeige.

Zum Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten brauchen Sie im Übrigen keine Ideenwerkstatt, wie Sie sie fordern. Auch wenn das Thema für Sie persönlich neu sein sollte: Es geht um flexible Öffnungszeiten, Mittagstische, Ganztagsangebote, Integrationsgruppen usw. Eine völlige Leerstelle war bei Ihnen bislang der Bereich der unter Dreijährigen. Herr Drexler hat die Zahlen und Statistiken aufgezählt. Da ist es mit Tagesmüttern nicht getan. Krippen müssen Kindergärten hinsichtlich der Finanzierung endlich gleichgestellt werden. Dann werden Sie schon sehen, welchen Bedarf es im Land dafür gibt.

Der gesamte Kinderbetreuungsmarkt – ich sage: Markt – muss endlich nachfrageorientiert gestaltet werden. Für schlechte, unflexible, teure Angebote gibt es logischerweise keinen Markt, für gute, bezahlbare hingegen schon. Hier müssen Sie gewaltig einsteigen, wenn Sie nicht 2020 die Klagen hören wollen, Sie hätten vor 20 Jahren geschlafen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ihr Beitrag zum Thema Zuwanderung – lassen Sie es mich klipp und klar sagen, Herr Ministerpräsident – war eine einzige Enttäuschung. Sogar Herr Goll hat angemerkt,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das will was heißen!)

dass Sie ständig Bedingungen und Voraussetzungen für Zuwanderung fordern, die alle längst erfüllt sind. Die Zahl der Asylbewerber geht seit Jahren zurück. Mit Fort- und Weiterbildung allein werden Sie den Bedarf an Fachkräften gerade in unserem Bundesland nie und nimmer decken können. Darauf hinzuweisen, wird die Wirtschaft nicht müde. Die von Ihnen einberufene Zukunftskommission – das ist Jahre her, unter Herrn Leibinger – forderte schon vor Jahren allein für Baden-Württemberg 25 000 Zuwanderer jährlich. Sie sprechen von Zuwanderung wie von einem Übel, das man irgendwie in den Griff bekommen müsse.

In Ihrer Rede – auch das finde ich bemerkenswert – loben Sie alles und jedes in Baden-Württemberg. Sie wollen der Ministerpräsident für alle sein. Ich habe schon einmal gesagt: Das ist völlig legitim; diesen Anspruch muss jeder Ministerpräsident haben. Aber eine Gruppe vergessen Sie. Diese Gruppe macht allein in der Landeshauptstadt Stutt-

(Dr. Salomon)

gart 25 % der Bevölkerung aus: die Gruppe der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Der Beitrag, den Migrantinnen und Migranten in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur leisteten und leisten, bleibt unerwähnt. Zuwanderung, Herr Ministerpräsident – die CDU hat das insgesamt kapiert, aber man muss es doch einmal sagen –, findet nicht erst in Zukunft statt, sie hat bereits millionenfach stattgefunden.

Dann kommt ein Satz, bei dem ich richtig erschrocken bin: Sie sagen, Zuwanderung setzt Integration voraus. Da kann man nur den Kopf schütteln. Wahrscheinlich muss einer schon integriert sein, bevor er hierher kommt. Darum soll er auch in seinem Heimatland Sprachkurse machen, damit sie dann hier nichts mehr kosten. Herr Teufel, so kann es nicht funktionieren. Der richtige Satz muss heißen: Zuwanderung erfordert Integration. Integration erfordert ein staatliches Angebot und die Bereitschaft der Zuwanderer, sich darauf einzulassen. Es geht also um eine Bringschuld des Staates und um eine Bringschuld der Zuwanderer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Integration kann aber nur funktionieren, wenn sie gleichzeitig als Querschnittsaufgabe verstanden wird, die die Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Betriebe, Vereine und alle gesellschaftlichen Kräfte darin unterstützt, interkulturelle Kompetenz zu zeigen.

Bei einem weiteren Punkt, Herr Ministerpräsident, bei der Drogenpolitik, hört man auch überhaupt nichts Neues,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Noch nicht!)

außer dass sich CDU und FDP/DVP jetzt schon wie in den letzten fünf Jahren streiten,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wie Überlebenshilfe organisiert werden soll! Das ist der Punkt!)

wie die wenigen Zeilen, die Sie dem Thema in Ihrer Koalitionsvereinbarung opfern, interpretiert werden sollen. Dieses Spiel haben wir fünf Jahre lang erlebt. Die Originalität ist nur noch gering.

(Abg. Drexler SPD: Wer ist hier der Affe?)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie noch einmal auf – Stichwort indische Affen: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen –:

(Abg. Drexler SPD: Genau, Herr Pfister!)

Sehen Sie doch endlich ein, dass Drogenabhängige in erster Linie kranke Menschen sind und nicht in erster Linie Kriminelle.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Kranken Menschen muss man helfen und darf ihnen nicht sagen: Werde du erst gesund, dann helfen wir dir.

(Abg. Scheuermann CDU: Richtig, aber nicht mit Heroin! – Zurufe der Abg. Döpfer und Dr. Lasotta CDU)

Baden-Württemberg hat die höchste Drogenabhängigsterberate aller Flächenstaaten. Die kommunalen Landesverbände weisen seit Jahren auf die Defizite im Hilfsangebot für Drogenabhängige hin, insbesondere auf fehlende Drogenkonsumräume. Für sie gibt es keine Alternative zu diesen qualifizierten Überlebenshilfen für Schwerstdrogenabhängige. Wir fordern deshalb mit den kommunalen Landesverbänden Sie, Herr Ministerpräsident, auf, die rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen zu schaffen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Damit helfen Sie den Leuten aus ihrer Sucht nicht heraus!)

Ich lese und höre von Ihnen dazu nichts. Darüber hinaus ist es notwendig, diejenigen Städte mit praktikablen Konzepten zu unterstützen, die in eine heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger einsteigen wollen, wie das zum Beispiel in Karlsruhe der Fall ist. Das ist ein Appell von mir. Ich glaube, es gibt eine Mehrheit hier in diesem Hause, aber keine Mehrheit in dieser Regierung. Wir unterstützen Sie, Herr Pfister, bei allem, was Sie da anliehert. Ich bedauere nur, dass nichts Klareres drinsteht.

(Beifall bei den Grünen)

Das war ein Parforceritt durch die Landesregierung.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Durch die Landespolitik!)

– Durch die Landespolitik. Ich bin immer noch in der Ackerfurche und pflüge durch die Landesregierung. Nein, so soll es nicht gemeint sein. Es war ein Parforceritt durch Ihre Absichten, wie Sie in den nächsten fünf Jahren die Landespolitik hier gestalten wollen. Ich glaube, man kann zusammenfassend sagen, dass in diesem Land natürlich vieles gut läuft – das ist keine Frage –,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

dass Sie aber Ihrem eigenen Anspruch, Politik zu machen für unsere Kinder und Kindeskinde, Politik zu machen, die die Voraussetzungen erfüllt für ein erfolgreiches 2020, in weiten Teilen nicht gerecht werden. Ihre Regierungserklärung atmet das Durchwursteln für die nächsten drei Jahre.

(Abg. Scheuermann CDU: Das sehen die Leute draußen aber anders!)

Nicht einmal das Thema 2006 und die Frage „Wie kommen wir auf eine Nullverschuldung?“ wird hier konkret erwähnt. Ansonsten ist es der Horizont des „Weiter so!“. Das „Weiter so!“ reicht aber in einer Zeit, in der sich die Gesellschaft rasend schnell wandelt, nicht.

Ich habe im Vorfeld, weil ich heute so etwas zum ersten Mal gemacht habe, die Debatte von vor fünf Jahren nachgelesen. Es ist erschreckend, wenn man – Herr Scheuermann, Sie kümmern sich ja auch um das Thema –

(Abg. Schmiedel SPD: Der hat vor fünf Jahren auch schon so geguckt!)

zum Beispiel einmal sieht, wie vor fünf Jahren das Thema Umwelt hier diskutiert wurde und wie es in Ihrer aller Rede jetzt nicht vorkommt.

(Dr. Salomon)

Wir haben die Wahl verloren, wir haben sie deutlich verloren. Wir haben von den Wählerinnen und Wählern den Auftrag bekommen, die nächsten fünf Jahre hier Opposition zu machen. Wir werden diese Herausforderung annehmen, wir werden den Auftrag einzulösen versuchen, und wir werden insbesondere, was die Bereiche ökologisches Wirtschaften, Gesellschaftspolitik und Bildungspolitik angeht, versuchen, unserem Auftrag gerecht zu werden, Sie zu kontrollieren, Sie anzuspornen und Sie voranzutreiben.

Dieses Land ist zu schön, als dass man 2020 einfach sagen dürfte: „Man konnte es nicht ändern. Hier haben einfach die Falschen regiert.“

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Salomon, der besetzte Satz kam ganz am Ende: „In diesem Land ist vieles gut.“

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Ich habe in der Regierungserklärung versucht, aufzuzeigen, was in diesem Land in den nächsten Jahren alles noch besser werden muss, damit wir auch in Zukunft an der Spitze und wettbewerbsfähig sind.

Ich möchte mich bei allen Fraktionsvorsitzenden für die angekündigte Partnerschaft und für den Wettbewerb an Ideen bedanken. Es ist völlig ausgeschlossen, dass ich jetzt auf jeden einzelnen Punkt eingehen kann. Wir werden in den nächsten Monaten und Jahren über Anträge in den Ausschüssen des Landtags und über Debatten hier im Plenum vielfältig die Punkte aufgreifen, die hier angesprochen worden sind, und sie, soweit das überhaupt möglich ist, einer Lösung zuführen.

Ich möchte mich beim Vorsitzenden der CDU-Fraktion für die angekündigte Partnerschaft und Unterstützung bedanken, die er der ganzen Landesregierung zugesagt hat. Ich möchte sagen, dass ich mit allen Punkten – und es sind wichtige Punkte gewesen –, die angesprochen worden sind, übereinstimme.

Den Punkt, dass wir links außen genauso bekämpfen müssen wie rechts außen und dass auch die Gefahr von rechts außen keineswegs auf Dauer gebannt ist, sondern auch in der praktischen Politik dieser Legislaturperiode eine Aufgabe ist, sehe ich genauso.

Zur Frage der Stärkung des Föderalismus, die mir ein zentrales Anliegen ist, hat Herr Salomon gesagt, das wäre ein Feld für die Landesregierung von Baden-Württemberg. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich stelle Ihnen einmal die Initiativen der Landesregierung im Bundesrat und in der Ministerpräsidentenkonferenz zu exakt diesem Thema aus den letzten Jahren zur Verfügung. Die Ministerpräsidenten von Thüringen, Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg haben vor zweieinhalb Jahren in Freising in einer ganztägi-

gen Konferenz über Vorschläge Baden-Württembergs beraten. Wir haben diese Vorschläge anschließend im Bundesrat eingebracht, und wir haben sie auch in der Ministerpräsidentenkonferenz eingebracht. Aber bis zur Stunde – ich möchte sagen: bis zum Freitag und Samstag der letzten Woche – gab es noch keine Gesprächsbereitschaft der Bundesregierung und auch noch keine Gesprächsbereitschaft einer Mehrheit der deutschen Länder. Wenn das alles jetzt in Bewegung kommt – erstens durch die europäische Entwicklung, durch die Regierungskonferenz des Jahres 2004, und zweitens, indem sich Nordrhein-Westfalen zum wiederholten Mal auf die Seite der süddeutschen Länder geschlagen hat; das war keine Eintagsfliege des Kollegen Clement –, dann begrüße ich das außerordentlich.

Kollege Oettinger hat die stärkeren Leistungsanreize im FAG angesprochen. Er hat gesagt, dass wir gemeinsam und in Stufen zu einer Nullverschuldung kommen wollen. Ich gehe völlig einig mit seinen Vorstellungen, die er zur Beteiligungspolitik geäußert hat, und auch mit den Ausführungen zur Landesbank Baden-Württemberg, die sich hervorragend entwickelt, und zur Notwendigkeit einer flächendeckenden Versorgung des Landes mit Bankdienstleistungen im Interesse der Bürger sowie vor allem auch einer ausreichenden Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft in unserem Land. Gerade darin, die Sparkassen dezentral auf Dauer zu sichern und zu stärken und die Genossenschaftsbanken nicht minder, stimmen wir völlig überein. Auch in dem Satz, dass innere Sicherheit eine Frage der Lebensqualität in einem Land sei, und in dem, was er zur Bildung, zu den Aufgaben, zu den Ausgaben und zu den Reformschwerpunkten gesagt hat, stimmen wir überein. Mit dem, was er zur Betreuung gesagt hat, die er ausdrücklich als örtliche Aufgabe und als eine Aufgabe der Jugendhilfe sowie auch als eine Aufgabe, in der ehrenamtliche Arbeit nicht zu kurz kommen darf, sondern mit eingegliedert werden muss, bezeichnet hat, stimme ich völlig überein. Weiterbildung, Familie, Infrastruktur, Verkehr und Reform des Gesundheitswesens waren zentrale Punkte in der Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, mit denen ich voll übereinstimme.

Ich möchte mich beim Vorsitzenden der zweiten Regierungsfraktion, Herrn Kollegen Pfister, bedanken. Ich stimme völlig mit den Schwerpunkten überein, die er zum Mittelstand gesetzt hat, zur Integration von ausländischen Mitbürgern, zur Familienpolitik, und auch mit dem Satz, dass Kinder zu haben in unserem Land kein Armutsrisiko sein darf. Genau das ist die Motivation auch bei mir, einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Familienpolitik zu fordern. Sie haben vielleicht überhaupt noch nicht begriffen, wie sehr mir dieses Thema ernst ist und dass wir in der Familienpolitik Umschichtungen vornehmen müssen und die Prioritäten anders setzen müssen. Meine Damen und Herren, das kostet unglaublich viel Geld. Darauf habe ich hingewiesen. Ich habe auch gesagt, das gehe nicht auf einmal, sondern nur in Stufen und nur durch Zusammenfassung der derzeitigen Leistungen.

Es gibt eines, was noch mehr Geld kostet, nämlich wenn wir diese Umsteuerung zugunsten der Familie nicht vornehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

(Ministerpräsident Teufel)

Dann werden die Sanierungsmaßnahmen und wird der Versuch der Behebung von Schäden in den nächsten Jahren noch sehr viel mehr Geld kosten als eine gestaltende Familienpolitik.

Herr Kollege Pfister hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den letzten Jahren in unserem Land konsequent verbessert worden ist und es sich dabei um eine originäre Aufgabe der Selbstverwaltung handelt, bei der wir allerdings die Kommunen noch zu keiner Stunde haben hängen lassen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ach was? – Abg. Christine Rudolf SPD: Es darf herzlich gelacht werden!)

Er hat die Themen Bildung, Privatschulförderung, Hochschulreform, Leistungsanreize angesprochen und – auch da stimme ich mit ihm überein – eine realistische mittlere Linie bei der Medienausstattung unserer Schulen verlangt. Ich stimme damit überein, weil erstens mehr nicht notwendig ist und zweitens mehr weder vonseiten der Kommunen noch vonseiten des Landes finanziert werden kann und es schließlich schwerpunktmäßig auch um Inhalte geht, gerade auch bei der Nutzung des PCs; es geht dabei um Software und nicht um Hardware, um Inhalte und um die Unterstützung bei der Unterrichtung durch den Lehrer und nicht um eine rein technische Ausstattung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich habe mit großer Aufmerksamkeit zugehört, Herr Kollege Pfister, als Sie das Thema „Ethik in den Biowissenschaften“ angesprochen haben. Ich bin sehr befriedigt über das, was Sie gesagt haben. In alledem, wo ich Positionen der Landesregierung markiert habe, orientiert an den Artikeln 1 und 2 unserer Verfassung, des Grundgesetzes, nämlich an der Menschenwürde und dem Schutz auf Leben, habe ich eine 100-prozentige Übereinstimmung festgestellt.

(Widerspruch bei der SPD)

– Eine 100-prozentige! Lesen Sie es einmal nach. Es lohnt sich, das nachzulesen, was der Kollege Pfister gesagt hat, und es ruhig auch synoptisch mit dem zu vergleichen, was ich in der Regierungserklärung gesagt habe und was im Übrigen auch durch die Vorsitzenden der beiden Oppositionsfractionen ausdrücklich bestätigt worden ist.

(Zurufe der Abg. Wintruff und Christine Rudolf SPD)

Ich habe in einem weiteren Punkt gesagt, ich wolle meine persönliche Meinung zu weiteren Fragen nicht verschweigen. Diese weiteren Fragen haben Sie, Herr Kollege Pfister, auch angesprochen. Auch dabei habe ich eine 90-prozentige Übereinstimmung festgestellt. Eine 90-prozentige Übereinstimmung! Ich stelle das mit großer Befriedigung fest, weil ich sicher bin, dass zu dem Zeitpunkt, wo es gilt, eine Auffassung der Landesregierung zu diesen Fragen zu formulieren, nach einem öffentlichen Diskurs und einer Diskussion hier im Parlament, etwa wenn die Frage der Änderung des Gentechnikgesetzes ansteht, die im Augenblick von niemandem diskutiert wird, wir auch in dieser

Frage zusammenkommen können; denn Sie haben nach meiner Meinung völlig richtig definiert und mehrfach gesagt, wann Leben beginnt, und Sie haben unzweifelhaft gesagt, dass es sich auch bei den für die Präimplantationsdiagnostik hergestellten Embryonen um Leben handelt. Sie sind dann als Zwischenbilanz in einem einzigen wichtigen Punkt zu einer anderen Schlussfolgerung gekommen. Ich bin dankbar für die Befassung mit diesem Thema, auch dafür, wie Sie es dargestellt haben, und ich bin sicher, dass wir in dieser Frage dann, wenn es gilt, auch innerhalb der Landesregierung zu einer einheitlichen Auffassung kommen werden.

Nun möchte ich ein paar Sätze zu dem sagen, was Herr Kollege Drexler ausgeführt hat.

(Minister Stratthaus: Aber nur ein paar!)

Am Anfang hat zehn Minuten lang der Fraktionsvorsitzende staatstragend in seiner neuen Rolle gesprochen. Dann ist er im Ton immer lauter und im Niveau immer flacher geworden;

(Abg. Pfister FDP/DVP: Generalsekretär!)

da hat wieder der Generalsekretär gesprochen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich habe einen bemerkenswerten Satz von Herrn Kollegen Kretschmann vom Parteitag der Grünen vom letzten Wochenende gelesen, den er in Richtung auf seine Partei gesagt hat. Ich finde, das ist eigentlich der wichtigste kommentierende Satz zur Rede des Herrn Kollegen Drexler. Es kann doch nicht sein, sagte Herr Kretschmann, dass vor der Wahl die gleichen Reden gehalten werden wie nach der Wahl. Ich habe mich vergewissert, Herr Kollege Drexler: Heute ist der 27. Juni, und wir sind drei Monate nach der letzten Landtagswahl. Sie haben aber die letzten 50 Minuten die gleiche Rede gehalten, als wenn wir noch drei Monate vor der Landtagswahl wären.

(Beifall bei der CDU)

Ihre erste Aussage war, der Ministerpräsident liege falsch, wenn er sage, der Mittelstand profitiere nicht von der Steuerreform. Dann wird auch noch Herr Dr. Wiedeking von Porsche zitiert. Ich kann Ihnen nur sagen: Beide Koalitionsfraktionen haben in diesem Haus, im Bundesrat und in der Öffentlichkeit immer gesagt, dass wir für eine Steuerreform für die Aktiengesellschaften und für eine nennenswerte Senkung des Körperschaftsteuersatzes sind. Deswegen stimme ich mit jedem Satz des Vorstandsvorsitzenden von Porsche überein, den Sie zitiert haben.

Aber wir haben immer genauso deutlich gesagt, dass wir für die Personengesellschaften, die 90 % der Unternehmen in Baden-Württemberg sind, für den Handwerksbetrieb und für den mittelständischen Unternehmer die gleiche Steuerentlastung haben wollen wie für die Aktiengesellschaft.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Genau dies aber ist nicht der Fall.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

(Ministerpräsident Teufel)

Wenn Sie sagen, der Mittelstand sei begünstigt – so haben Sie es dargestellt –, frage ich Sie nur, warum Sie dann in der gegenwärtigen Situation, wo die Konjunktur in Stagnation übergeht, die Steuerreform nicht für den Mittelstand vorziehen. Das frage ich mich dann nur.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das Gros des Mittelstands profitiert doch nicht von der Einkommensteuerreform!)

Ich bin froh, dass Herr Kollege Drexler das, was er in letzter Zeit öffentlich gesagt hat, einmal an diesem Pult gesagt hat, damit man öffentlich widersprechen kann.

(Abg. Zeller SPD: Wie finanzieren Sie das Ganze?)

Er sagt: „Wir steigen aus der Kernenergie aus, aber die Landesregierung trifft überhaupt keine Vorsorge für Ersatzmaßnahmen an den Standorten von Kernkraftwerken, die wir durch unsere Beschlüsse auf Bundesebene stilllegen wollen.“ Das ist doch wohl der absolute Gipfel!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Warum? – Abg. Wieser CDU: Verantwortungslos! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Um das, was Ihnen nicht passt, kümmern Sie sich nicht!)

100 % der Ursachen werden von der Bundesregierung gesetzt,

(Abg. Drexler SPD: Sie möchten hören, dass ich auch noch Ansiedlungsvorschläge mache!)

und sie ist nicht imstande, die Fragen zu beantworten, was Ersatz für die Kernenergie sein soll, was an den Standorten geschehen soll, wo jetzt Kernkraftwerke sind und Hunderte von Menschen an qualifizierten Arbeitsplätzen beschäftigt sind, und wie die Gewerbesteuerausfälle an den Sitzgemeinden ausgeglichen werden sollen. Dafür sind doch Sie verantwortlich!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Steuerföderalismus!)

Wir sind doch nicht die Feuerwehr, wenn die Bundesregierung eine Brandstiftung vorgenommen hat. Das muss ich einmal sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Oh, Brandstiftung!)

Beim nächsten Punkt sieht es völlig gleich aus,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Bei dem Schwachsinn ist es kein Wunder, dass Sie Herrn Drexler nicht anschauen!)

nämlich bei der Schließung von Bundeswehrstandorten. Als vor sieben, acht Jahren die erste Aktion lief, war derjenige Ministerpräsident, der sehr berechtigt – denn er war sehr betroffen – am lautesten nach Konversionsmaßnahmen der damaligen Bundesregierung gerufen hat, der Mi-

nisterpräsident von Rheinland-Pfalz, und der hieß Rudolf Scharping.

(Abg. Wieser CDU: Ja, den kennen wir! – Zurufe von der SPD: Scharping ist ein guter Mann!)

Jetzt ist derselbe Mann Bundesverteidigungsminister.

(Zurufe von der SPD: Guter Mann!)

Er schließt gezwungenermaßen – ich kritisiere das gar nicht – Standorte in ganz Deutschland.

(Abg. Drexler SPD: Doch, das haben Sie kritisiert!)

Aber wo setzt er sich in der Bundesregierung durch, wo setzt er sich beim Bundesfinanzminister durch, wo setzt er sich beim Bundeskanzler durch, wenn die betroffenen Standorte jetzt nach Konversionshilfen rufen?

(Zurufe von der CDU: Nirgends!)

Nehmen Sie doch einmal die Stadt Lauda-Königshofen. Da ist der Bürgermeister nicht nur SPD-Mitglied, sondern er war auch Landtagskandidat der SPD bei der letzten Landtagswahl.

(Abg. Drexler SPD: Guter Mann!)

Er schreibt mir Briefe und bittet händeringend um Konversionsmaßnahmen für die Schließung des Standortes. Genauso verhält sich der Oberbürgermeister von Mosbach, genauso der Bürgermeister von Münsingen – auch SPD-Mitglied –, völlig berechtigterweise verlangen sie Hilfe.

(Zuruf von der SPD: Und was machen Sie?)

Ich frage: Wer ist denn für Konversionsmaßnahmen verantwortlich? Die Bundesregierung oder die Landesregierung?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Sie setzen doch die Ursachen. Das können Sie doch nicht bestreiten.

(Widerspruch bei der SPD)

Der Wegfall der Arbeitsplätze in Münsingen, in Lauda, in Mosbach und in Neckarzimmern ist doch durch Beschlüsse des Bundestages und der Bundesregierung hervorgerufen. Helfen Sie denen doch!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Subsidiär werden wir dort, wo es um landespolitische Maßnahmen geht, in der Wirtschaftsförderung diese Standorte, Gemeinden und Städte mit Sicherheit nicht hängen lassen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Sie sind doch bloß beleidigt!)

– Nicht als Ersatz für Maßnahmen durch Sie, sondern subsidiär und zusätzlich. Das habe ich auch den Bürgermeis-

(Ministerpräsident Teufel)

tern gesagt. Aber ich warte auf das Konversionsprogramm der Bundesregierung. Das möchte ich ausdrücklich sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Zurufe von der SPD)

Vorhin hat doch Herr Kollege Drexler ganz großspurig gesagt:

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

„Wir treten, wenn es um die Interessen des Landes Baden-Württemberg geht, auch bei der eigenen Bundesregierung auf.“

(Abg. Drexler SPD: Das haben Sie nie gemacht!
Beim Herrn Kohl haben Sie das nie gemacht!)

Schön, vielen Dank für diese Aussage. Nur: Ich habe in den letzten zweieinhalb Jahren nicht einen einzigen Fall erlebt, bei dem das geschehen ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und
der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Hier ist ein ganz konkretes Beispiel. Sie haben die Themen selbst aufgebracht.

Auch beim nächsten Punkt ist ein außerordentlich konkretes Beispiel auf dem Tisch.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ihre Scheuklappen
sind ja nicht mehr zu übersehen!)

Ich meine den Länderfinanzausgleich. Ich habe dieses Thema in den letzten Tagen in Gesprächen mit der Presse, in der Darstellung gegenüber den Regierungsfractionen außerordentlich differenziert dargestellt. Für Jubelberichte besteht überhaupt kein Anlass. Da ist ein Kompromiss geschlossen worden. Aber ich möchte das Haus nun auch offiziell darüber informieren, wie die Situation vor 14 Tagen ausgesehen hat, als ich zusammen mit den Kollegen Koch und Stoiber zweieinhalb Stunden lang ein Gespräch mit dem Bundesfinanzminister geführt habe.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

– Ja, noch vor 14 Tagen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wie viele schwarze
Koffer hatten Sie denn dabei? – Zurufe von der
SPD)

– An Fronleichnam, einen Tag nach meiner Wahl zum Ministerpräsidenten habe ich mich um die Interessen des Landes gekümmert, auch an einem Feiertag, jawohl.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der
FDP/DVP und der Abg. Christine Rudolf SPD –
Abg. Christine Rudolf SPD: Selbstverständlichkeiten!)

– In aller Ruhe und Sachlichkeit, und Sie können das dann ja noch einmal bewerten.

(Abg. Döpfer CDU: Die hören doch gar nicht zu!
– Abg. Alfred Haas CDU: Die Zwischenrufe von
der SPD haben das Büttenniveau von Drexler!
– Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Ausgerechnet
Haas!)

Der Stand vor 14 Tagen war, dass die Bundesregierung – die Bundesregierung! – einen Gesetzentwurf für ein Maßstäbengesetz vorgelegt hatte, das bereits in erster Lesung im Bundesrat behandelt worden war. Danach hätte Baden-Württemberg im eigentlichen Kern des Länderfinanzausgleichs ein Minus von 373,5 Millionen DM gehabt, zusammen unter dem Strich ein Plus durch die 1,5 Milliarden, die der Bund angeboten hat.

Ich sage ja alles Positive und alles Kritische, und die Bewertung überlasse ich Ihnen. Hören Sie einmal zu. Wer Grundbegriffe des Systems noch nicht kapiert hat, für den wäre es gut, er würde jetzt zuhören. Dann würde er am Ende vielleicht ein bisschen mehr über dieses Thema wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das muss ich auch einmal sagen, weil Sie jetzt immer mit Zwischenrufen kommen.

Der entscheidende Punkt, den ich dem Bundesfinanzminister und am Donnerstag, Freitag und Samstag in den Verhandlungen genannt habe, ist: Wenn sich am System des Länderfinanzausgleichs nichts ändert, nämlich am Tarif, wenn wir nicht einen größeren Selbstbehalt von dem haben, was die Bürger in diesem Land erarbeiten und an Steuern bezahlen, stimme ich einer Neuregelung nicht zu. Dafür habe ich mir den Rückhalt beider Koalitionfraktionen geholt, bevor ich nach Berlin gefahren bin.

Ich habe dem Bundesfinanzminister, der mir gesagt hat: „Schauen Sie doch auf das, was unten herauskommt“, gesagt: „Das ist eine Momentaufnahme. Wenn wir am System nichts ändern, haben wir vergebens geklagt.“

Das Bundesverfassungsgericht will eine Systemänderung, sonst würde es nicht festgestellt haben, dass am 31. Dezember dieses Jahres die jetzige Regelung des Länderfinanzausgleichs nichtig ist und außer Kraft tritt.

Das war der Stand, als wir hinfuhren. Der Vorschlag des Hannoveraner Kreises, also der Empfängerländer, wäre in seiner Auswirkung noch viel schlechter gewesen als der Vorschlag der Bundesregierung. Aber auch der Vorschlag der Bundesregierung hätte uns null Verbesserung im System des Länderfinanzausgleichs gebracht, sondern im Gegenteil eine Verschlechterung um 350 Millionen DM.

Nun will ich Ihnen sagen, warum wir dem Kompromiss am Samstag zugestimmt haben. Es gibt jetzt mehrere Änderungen im System, die nicht nur ein rotes Tuch für die Verhandlungspartner waren, sondern von denen eine Ministerpräsidentin gesagt hat, es sei eine Kriegserklärung, wenn man eine Änderung im System vornehme – solche Zitate habe ich hier.

Was hat sich geändert? Der erste und für uns entscheidende Punkt ist, dass die Höchstabschöpfung über den 100 % von 80 auf 75 % gesenkt wird. Damit haben wir einen mäßiger ansteigenden Tarifverlauf schon ab 100 %, und wir haben eine nennenswerte Verbesserung.

Der zweite Punkt war ein Vorschlag des Saarlandes und in den Verhandlungen der vergangenen Woche lange Zeit das einzige Angebot auf Systemänderung, das wir aber nur als

(Ministerpräsident Teufel)

Zusatz akzeptiert haben und das jetzt obendrauf gesetzt worden ist. Danach wird jährlich die durchschnittliche Steuerkraft aller Länder festgestellt und mit der durchschnittlichen Steuerkraft des Vorjahres verglichen. Von der darüber liegenden Steuerkraft eines Landes werden ihm 12 % Eigenbehalt zugestanden, die überhaupt nicht der Abschöpfung unterliegen. Das ist die zweite Verbesserung im System.

Die dritte Verbesserung im System ist, dass später keine Vollauffüllung ohne Rücksicht auf die Tarife stattfindet. Künftig werden Länder, die zwar Empfängerländer sind, aber nahe am Durchschnittssteuersatz liegen, keine Auffüllung mehr bekommen, sondern nur noch die wirklich armen Länder.

Die vierte Änderung im System ist, dass bei 124 % eine Kappungsgrenze eingeführt wird, über der keine Steigerung und kein Ausgleich mehr stattfinden.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das sind vier nennenswerte Änderungen im System.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Noch nicht klatschen, jetzt kommts!)

Was ist zusätzlich erreicht worden? Die 1,5 Milliarden DM, die der Bund im Wege einer Tilgungsstreckung und einer Übernahme der Lasten für den Fonds „Deutsche Einheit“ geben wollte, müssen nicht, wie geplant, von den Ländern am Ende der Laufzeit wieder finanziert werden, sodass sie jetzt nur vorübergehend als „Schmiermittel“ für eine Verbesserung zur Verfügung stünden. Diese 1,5 Milliarden DM sind vielmehr in frisches Geld umgewandelt worden.

Außerdem ist von der Bundesregierung mit dem System der ursprünglich geplanten 1,5 Milliarden DM zusätzlich 1 Milliarde DM zugestanden worden, also mit der gleichen Methode der Tilgungsstreckung. Das ist kein frisches Geld, sondern eine Länderleistung, die am Ende getragen werden muss.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Schließlich ist beschlossen worden: keine Ausweitung des Volumens beim Länderfinanzausgleich.

Das sind die ganz konkreten Verbesserungen, von denen vor 14 Tagen nichts, aber auch gar nichts sichtbar war. Die ganze neue Diskussion hat dann auf der Grundlage einer Vorlage der vier Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen stattgefunden. Sie ist von der anderen Seite akzeptiert worden.

Nun will ich Ihnen sagen, was jetzt das Ergebnis ist, auf das Jahr 2005 bezogen. Auf das Jahr 2001 bezogen sind die Zahlen noch etwas günstiger.

Wir haben im System des Länderfinanzausgleichs eine Verbesserung um 54,5 Millionen DM und insgesamt eine Verbesserung um 250,8 Millionen DM. Das ist der Einstieg. Wenn unsere Steuerkraft in den nächsten Jahren wei-

ter so steigt wie in den letzten Jahren, wird sich der Entlastungsbetrag durch die Veränderung des Systems nennenswert erhöhen. Wir können jetzt auch die Summe unten nehmen. Denn die 1,5 Milliarden DM sind echtes Geld – im Unterschied zur Situation in der letzten Woche.

Was sind die Zugeständnisse? Zweieinhalb Zugeständnisse, möchte ich sagen – und alle zweieinhalb sind gravierend –, um die Zustimmung der anderen Seite – immerhin 12 von 16 Ländern – zu erreichen. Die Seite der übrigen vier Länder, zu denen wir gehören, hat ein Viertel ausgemacht.

Was ist die Zustimmung unsererseits?

Erstens: Die kommunale Finanzkraft wird zu 64 statt zu 50 % einbezogen. 100 % zu verhindern war neben der Systemveränderung mein Hauptverhandlungsziel. Ohne dieses Zugeständnis hätte es keine Einigung gegeben.

Man möge jetzt bitte einmal kurz darüber nachdenken, was es bedeutet hätte, wenn es nicht zu einer Einigung gekommen wäre. Das hätte bedeutet, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung für das Maßstäbengesetz weiter beraten worden wäre. Dieser Gesetzentwurf hätte im Deutschen Bundestag eine Mehrheit gefunden – das hat die erste Lesung gezeigt, und die Bundesregierung hatte sich natürlich auch mit den beiden Koalitionsfraktionen abgestimmt – und hätte im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit erhalten.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Denn die Empfängerländer sind im Bundesrat in einer klaren Mehrheit. Damit wären die betreffenden Regelungen zum Gesetz geworden – wohlgemerkt, mit 100-prozentiger Abschöpfung der überschießenden kommunalen Finanzkraft.

(Abg. Döpper CDU: Aha!)

Das war also nicht eine ferne Gefahr am Horizont, sondern eine ganz reale Möglichkeit.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Die einzige Möglichkeit, die wir dagegen gehabt hätten, wäre gewesen, erneut vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu gehen.

Das zweite Zugeständnis – nicht minder gravierend – ist, dass die 135-%-Einwohnerwertung der drei Stadtstaaten beibehalten wird. Meine Damen und Herren, ich sage es nicht als Wortspiel, sondern das Bundesverfassungsgericht hat es so gesagt: Ein Einwohner ist ein Einwohner. Beim Länderfinanzausgleich ist ein Einwohner von Bayern ein Einwohner, und ein Einwohner von Baden-Württemberg ist ein Einwohner. Aber ein Einwohner von Bremen, von Hamburg oder von Berlin ist nicht ein Einwohner, sondern entspricht 1,35 Einwohnern. Das muss man sagen. Ausschließlich durch diese Berechnung wird die Stadt Bremen, die pro Kopf der Bevölkerung ein höheres Bruttoinlandsprodukt aufweist als Bayern oder Baden-Württemberg, zum Hauptnehmerland beim Länderfinanzausgleich.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Allein durch die Beibehaltung der Einwohnerwertung stellt sich die Stadt Hamburg, die beim Länderfinanzausgleich ein Zahlerland ist, so günstig, dass dies die Stadt dazu bringt, sich den Empfängerländern anzuschließen und nicht den Zahlerländern, weil die Stadtstaaten die Wertung 1,35 halten wollten.

Berlin stand im Grunde nie zur Debatte. Aber der Treppenwitz ist doch, dass wir in Baden-Württemberg bei unserem kommunalen Finanzausgleich die höchste Einwohnergewichtung bei Stuttgart haben, die zweithöchste, aber abgestuft, bei Mannheim, die dritthöchste, abgestuft, bei Karlsruhe, die vierthöchste, abgestuft, bei Pforzheim, Ulm oder Heilbronn. Dass aber hier überhaupt keine Abstufung stattfindet, sondern eine 500 000-Einwohner-Stadt – wie Bremen – wie eine 5-Millionen-Einwohner-Stadt behandelt wird, das ist doch der eigentliche Witz.

Wenn aber nun niemand von den anderen Ländern, obwohl sie alle diese Stadtstaatenwertung bezahlen – die wird nicht nur von den Zahlerländern bezahlt, sondern die wird von allen anderen 13 Ländern bezahlt –, widerspricht und wenn sie das alles akzeptieren und jedes Argument für die Katz ist, obwohl das Bundesverfassungsgericht sagt, es dürfe kein Großstadtvergleich stattfinden, sondern es müsse ein Ländervergleich stattfinden – alles taub auf diesem Gebiet –, wenn der Bundesfinanzminister das zugesteht und der Bundeskanzler in einer Nacht, nämlich wenn es um die Zustimmung zum Steueränderungsgesetz im Bundesrat geht, dies Bremen und Hamburg zusagt, meine Damen und Herren, dann erklären Sie mir mal, wie man in einem Gremium, in dem man auf Einstimmigkeit angewiesen ist wie in der Ministerpräsidentenkonferenz, oder wie man in einem Gremium, in dem man auf Mehrheiten angewiesen ist wie im Bundesrat, zu einer Änderung dieses Sachverhalts kommt!

Die dritte – halbe – Kröte sind die Hafenlasten. Es ist doch ein Treppenwitz, einen Hafen – moderne Containerhafen wie in Bremerhaven und in Cuxhaven sind doch wirklich wichtigste Infrastruktureinrichtungen für die Entwicklung einer Stadt – als Last zu bezeichnen. Da ist es uns gelungen, sie aus der Summe des Länderfinanzausgleichs herauszunehmen. Aber sie bekommen einen eigenen Paragraphen, und 75 Millionen DM an Hafenlasten bleiben und müssen künftig von der Gesamtheit der Länder bezahlt werden, erfreulicherweise nicht nur von den Zahlerländern im Länderfinanzausgleich. Deswegen habe ich vorhin von einem halben Zugeständnis oder einer bescheideneren Kröte gesprochen als bei den anderen Punkten.

Nachdem ich dies geschildert habe, darf ich doch einmal eine Frage stellen. Wenn man hier sagt, Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft zu 64 % – ich bedauere außerordentlich, dass man das zugestehen musste – statt zu 50 % sei schlimm und ein schlechtes Verhandlungsergebnis, möchte ich mal fragen: Wo war die Landesvorsitzende der SPD?

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie heißt die noch mal?
Wie heißt die?)

Wo sind die Landesvorsitzenden der Grünen gewesen? Wo war der Fraktionsvorsitzende der SPD? Wo waren denn die

Mitglieder der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion von SPD und Grünen?

(Widerspruch des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Herr Metzger, den ich außerordentlich schätze, hat ein eigenes Modell vorgelegt, und zwar ein Modell mit hundertprozentiger Einbeziehung. Auch er und die Bundesregierung, wo waren sie denn, um die Interessen der 1 111 baden-württembergischen Gemeinden wahrzunehmen?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wo waren sie, um die Interessen unserer Städte und unserer Kreise wahrzunehmen? Sie hätten dieses Gesetz, das sie schon in erster Lesung behandelt haben, mit den Stimmen von SPD- und Grünen-Abgeordneten aus Baden-Württemberg verabschiedet! Und wenn es uns gelungen ist, den Schaden auf 64 % zu begrenzen, statt ihn bei 100 % zu halten, dann sind wir eigentlich mehr zu loben als zu tadeln! Das muss ich hier mal ausdrücklich sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Lachen bei der SPD und den Grünen – Zuruf des
Abg. Alfred Haas CDU)

Nach dieser Kritik, Herr Kollege Drexler, muss ich noch einen Satz mehr sagen. Als Sie vorhin hier in bemerkenswerter Offenheit gesagt haben, Sie hätten, als Kollege Oettinger mehrfach von KUF und KIF – von zwei Grundbegriffen des baden-württembergischen Ausgleichsystems – gesprochen hat, an Drogenbekämpfung und an Begriffe aus der Drogentherapie gedacht,

(Heiterkeit bei der CDU)

habe ich gedacht: Das ist ungefähr das gleiche Niveau wie das Ihrer Stellungnahme vor zwei Tagen, in der Sie nämlich gesagt haben, das Land müsse den Gemeinden den Schaden aufgrund der Steigerung von 50 auf 64 % ersetzen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Purer Populismus! SPD-Populismus pur!)

Also, wenn man nur so tief in die Materie eingedrungen ist, dass man noch nicht einmal kapiert hat, dass wir das für die Gemeinden zahlen und sich die Frage stellt, ob die Gemeinden dies uns ersetzen müssten, sondern meint, die Gemeinden müssten das jetzt zahlen und wir dürften das ja nicht bei den Gemeinden hängen lassen, muss ich sagen: Es ist wieder hochgekommen, was ich in all den letzten Monaten gedacht habe: Gnade Gott Baden-Württemberg,

(Abg. Drexler SPD: Lassen Sie doch Gott aus dem Spiel!)

es wären zu diesen Verhandlungen um den Finanzausgleich eine Ministerpräsidentin Vogt und ein Finanzminister Drexler nach Berlin gefahren. Gnade Gott Baden-Württemberg!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Auf diese Frage bezogen kann ich nur sagen: Avanti, dilettant!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wo sind Sie gewesen?

(Abg. Drexler SPD: Wie haben Sie verhandelt? Dilettantisch verhandelt!)

– Jedenfalls hätten Sie sich ja nicht nur bei der Bundesregierung, sondern auch bei den SPD-Landesregierungen engagieren können. Es hat überhaupt nur zwei SPD-Politiker gegeben, die sich um einen Kompromiss bemüht haben. Der eine heißt Clement, und der andere war sein Finanzminister in Nordrhein-Westfalen. Die haben sich bemüht, und von Ihnen ist überhaupt nichts passiert. Darum habe ich gesagt: Bringen Sie mir doch einmal die Beispiele, wo Sie für Baden-Württemberg etwas getan haben. Bis zum Beweis des Gegenteils sage ich: Ich habe in den letzten zweieinhalb Jahren keinen Fall kennen gelernt, bei dem Sie sich für die Interessen dieses Landes in der Bundespolitik eingesetzt haben.

Jetzt kommt der zweite Punkt, über den wir uns unterhalten müssen, nämlich die Bildungspolitik. Der Kollege Drexler sagt,

(Abg. Alfred Haas CDU: „Dreckler“ heißt er!)

Baden-Württemberg stehe am Ende. Er hat vom letzten oder zweitletzten Platz bei den bildungspolitischen Ausgaben gesprochen.

(Zuruf von der SPD: Schulausgaben!)

Wenn man eine Statistik akzeptiert, dann doch vielleicht die, die der Bund –

(Große Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Pfister FDP/DVP: Hör einmal zu, Drexler! Das ist jetzt wichtig! – Zurufe von der SPD: Schule!)

– Auf die Schule. Wunderbar. Ich sage nur: Vielleicht akzeptiert man dann wenigstens das, was 16 Länder und der Bund als gemeinsame Statistik herausgeben.

(Abg. Zeller SPD: Genau!)

Ich habe hier vier oder fünf auf dem Tisch liegen lassen, weil ich Ihnen nur eine –

(Abg. Schmiedel SPD: Drexler, gib sie ihm!)

– Die bringe ich auch. Die sagen nämlich alle das Gleiche: in vier Vergleichen Platz 1.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Sie sagen: Schule. Also fange ich mit Schule an. Schule Baden-Württemberg 960 DM pro Einwohner;

(Abg. Drexler SPD: Pro Kopf!)

Platz 1. Hochschule 395 DM pro Einwohner; Platz 1. Bildung insgesamt 1 496 DM pro Einwohner; Platz 1. Bildung, Wissenschaft, Kultur 1 629 DM pro Einwohner; Platz 1. Offizielle und jüngste Statistik der Bund-Länder-Kommission.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht! Was ist das für eine Liste? Das ist Kultusministerium-Statistik! – Abg. Schmiedel SPD: Statistik von Frau Schavan! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, nein, keine Sorge! – Zurufe von der SPD: Mogelpackung!)

– Wer austellt, muss auch einstecken können, kann ich nur sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Machen wir doch!)

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt. Ein Land in Deutschland erreicht beim Vergleich der Landeshaushalte Ausgaben für das Bildungswesen von über 40 %. Das ist das Land Baden-Württemberg mit 41,6 % unseres ganzen Landeshaushalts. Das können Sie selber durch Ihre parlamentarischen Berater nachrechnen lassen. Das stimmt. Alle anderen liegen deutlich unter den 40 %.

Jetzt komme ich zum dritten Punkt. Der dritte Punkt ist, dass ich der FAZ einen Bericht entnehme, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Ich zitiere wörtlich:

In Nordrhein-Westfalen fehlen so viele Lehrer, dass Schulministerin Behler nun auch Pensionäre, Lehramtsstudenten und Hochschulabsolventen ohne pädagogische Ausbildung für den Unterricht in Mangelfächern gewinnen will.

(Abg. Drexler SPD: Das kennen wir!)

Zu den Mangelfächern zählen vor allem Informatik, Mathematik, Physik, Chemie, Musik und Englisch.

(Abg. Schmiedel SPD: Modell Schavan!)

Dann steht im gleichen Artikel:

In Baden-Württemberg etwa fehlen derzeit nur in den Berufsschulen Lehrer.

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD: Aha!)

Das ist ja auch wahr. Die FAZ ist auch in diesem Bereich zuverlässig. Dann heißt es weiter:

Das nordrhein-westfälische Schulministerium plant darüber hinaus, die Altersgrenze für eine Verbeamtung von Lehrern mit Mangelfächern heraufzusetzen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Oh!)

Wenn wir in Baden-Württemberg das planen würden, welcher Hohn würde sich da in den Bänken der Opposition erheben, meine Damen und Herren!

(Abg. Alfred Haas CDU: Da würde sich der Zeller umbringen!)

Jetzt möchte ich einen vierten Punkt nennen. Ich zitiere die GEW-Vorsitzende, Frau Eva-Maria Stange – nicht unserer Partei zugehörig –:

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank!)

(Ministerpräsident Teufel)

Frage:

Welche Antwort haben Sie auf Ihre Proteste, die die GEW über die Lehrerversorgung in Deutschland gemacht hat, bekommen?

Darauf antwortet sie:

Die Länder haben diese Einstellungen nicht vorgenommen, in der Mehrzahl, weil sie angeblich die Gelder nicht zur Verfügung haben. Mit wenigen Ausnahmen wie Baden-Württemberg oder Bayern hat es in den letzten Jahren keine ausreichenden Einstellungen gegeben.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das sagt die GEW! – Abg. Wintruff SPD: Wo die Not am größten ist, musste man etwas tun!)

Das heißt: Die Vorsitzende der GEW Deutschlands bescheinigt uns, dass es in Baden-Württemberg ausreichende Lehrereinstellungen gegeben habe. Meine Damen und Herren, vielleicht nehmen Sie das einmal zur Kenntnis.

(Abg. Alfred Haas CDU: Herr Zeller!)

Jetzt möchte ich auf folgenden zentralen Punkt aufmerksam machen: Herr Kollege Drexler hat außer der Finanzierung von Bildungsaufgaben nicht ein einziges zweites Thema der Bildungspolitik auch nur angesprochen.

(Widerspruch bei der SPD – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Nein! Das ist mir auch aufgefallen!)

Er hat kein Wort zu den Grundschulen gesagt, kein Wort zum Fremdsprachenunterricht,

(Abg. Drexler SPD: Sie haben ihn doch reduziert!)

kein Wort zur Oberstufenreform, zur Hauptschule, zur Berufsausbildung, zu den Bildungsinhalten oder zu den Inhalten der Informations- und Kommunikationstechnik, die wir einführen wollen.

(Abg. Wintruff SPD: Er hat halt keine zwei Stunden Redezeit gehabt! – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Da war wohl die Zeit zu knapp!)

In der gesamten Rede gab es kein einziges Wort zur Hochschule, kein einziges Wort zur Forschung, zu Innovationen, zu Existenzgründungen oder Technologietransfer.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo waren Sie denn während der Rede? – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist nicht wahr! – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Die Kernkompetenz der Landespolitik, 70 % unserer Zuständigkeiten kommen in einer einstündigen Grundsatzrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD überhaupt nicht vor.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Zugabe! – Abg. Drexler SPD: Jetzt platzen Sie gleich!)

Wenn es nach der Vorstellung der SPD um Zukunft in Baden-Württemberg geht, dann findet sie ohne Bildung, ohne Hochschule und ohne Forschung statt. Das ist SPD-Politik in Baden-Württemberg.

(Abg. Drexler SPD: 45 Minuten! Sie reden jetzt schon so lange wie ich normal!)

Herr Kollege Drexler, im staatstragenden Teil Ihrer Rede, in den ersten Sätzen haben Sie gesagt: Wettbewerb der Ideen. Wo ist denn die Olympiade der Ideen? Wo ist Ihr Beitrag zur Olympiade der Ideen?

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Ihre doch nicht!)

Zur Kernkompetenz der Landespolitik haben Sie überhaupt keine Aussage gemacht, geschweige denn eine Alternative geboten. Deswegen werden wir die Wettbewerbsfähigkeit des Landes durch die Politik der Koalition und der Regierung für die nächsten Jahre weiterhin allein gewährleisten müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Oje!)

Sie sagten, ich hätte nichts zum Schwerpunkt Pflege gesagt. Sie können die Regierungserklärung nicht gelesen haben,

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

denn natürlich habe ich zu diesem Punkt als einem Schwerpunkt Stellung genommen.

(Abg. Drexler SPD: Allgemeine Sprüche! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Nichts Konkretes!)

Jetzt zum Thema Kinderbetreuung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt sind wir aber gespannt!)

Was auf diesem Gebiet notwendig ist – es ist noch nicht überall alles in Ordnung –, habe ich in der Regierungserklärung dargestellt. Heute möchte ich einmal, genauso wie es Herr Kollege Pfister getan hat, sagen, was in diesem Land bereits Ist-Zustand ist, denn wenn Sie sagen, auf diesem Gebiet finde nichts statt, ist das nicht nur ein Angriff auf die Regierung und die sie tragenden Fraktionen, sondern auch ein Angriff auf jeden Kommunalpolitiker und jeden freien Träger,

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Rech CDU: Genau! – Zuruf von der CDU: So ist es!)

die in den letzten Jahren Hunderttausende von Betreuungsplätzen in eigener Zuständigkeit und nicht mit Millionen-, sondern mit Milliardenaufwand geschaffen haben. Ein paar Beispiele. Ich sage ausdrücklich: Die haben das geschaffen, wir haben mitgeholfen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich wollte gerade sagen: Sie haben keinen Strich dazu gemacht!)

Beides stelle ich dar.

(Ministerpräsident Teufel)

Seit 1. Januar 1999 haben wir den uneingeschränkt geltenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz im Land voll erfüllt. In 7 000 Kindergärten mit altersgemischten Gruppen stehen derzeit 410 000 genehmigte Plätze zur Verfügung. Das sind 102,6 %, bezogen auf 3,5 Jahrgänge, nicht nur auf drei Jahrgänge. Bei 102,6 %, bezogen auf 3,5 Jahrgänge, wird man wahrscheinlich von einer Vollversorgung sprechen dürfen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Damit hat Baden-Württemberg den Platz 1 unter allen deutschen Ländern dank der Leistung der Kirchengemeinden und dank der Leistung der Städte und Gemeinden. Aber in aller Bescheidenheit möchte ich sagen: Mit 14 Millionen DM haben wir in der Kindergartenförderung angefangen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt sind wir bei über 700 Millionen DM!)

und jetzt sind wir bei über 700 Millionen DM, mit denen wir die Kindergärten fördern. Noch vor wenigen Jahren, 1990, standen dafür im Landeshaushalt 260 Millionen DM zur Verfügung, und in zehn Jahren stiegen die Mittel von 260 auf 720 Millionen DM. Da ist in den letzten Jahren schon eine deutliche Steigerung erfolgt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das weiß der Herr Drexler natürlich nicht!)

Der nächste Punkt: Situation der Betreuung der unter Dreijährigen. Das ist das Feld, wo wir für weitere Verbesserungen ansetzen müssen.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Schmiedel SPD)

– Ich kann Ihnen nur sagen, wenn Sie uns anbellern: Sie tragen in Hunderten von Gemeinden und Städten unseres Landes die Verantwortung.

(Abg. Drexler SPD: Ja, Gott sei Dank!)

Dies ist nicht ein Bereich der Landespolitik, sondern dies ist ein Bereich der Jugendhilfe und damit gesetzlich festgelegt ein Bereich der Kommunalpolitik. Greifen Sie doch nicht Ihre eigenen Leute an!

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Sie geben doch keinen Zuschuss! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Da klatschen ja nicht einmal Ihre eigenen Leute!)

Die Betreuung von 337 000 Kindern unter drei Jahren in Baden-Württemberg findet überwiegend in den Familien statt, und das halte ich für gut.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Und so soll es bei Alleinerziehenden auch bleiben, jawohl!)

Flankiert wird diese Familienerziehung neben den Leistungen des Bundes – Bundeserziehungsgeld, Erziehungsurlaub –

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das ist doch keine Vereinbarkeit von Beruf und Familie! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

durch das Landeserziehungsgeld und für Alleinerziehende durch das Programm „Mutter und Kind“. 7 000 Tagesmütter – das ist unser Konzept in den letzten Jahren gewesen – betreuen in Baden-Württemberg 11 200 Kinder, darunter 6 700 Kinder unter drei Jahren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist auch eine Leistung der CDU? – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

In altersgemischten Gruppen im Sinne des Kindergartengesetzes werden 30 000 Kinder, darunter 6 600 Kinder unter drei Jahren, betreut. Die altersgemischt geführten Gruppen haben sich auch nach der ganz überwiegenden Meinung der kommunalen, kirchlichen und freien Träger bewährt.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das bestreitet doch niemand!)

Jetzt kommen die Leistungen des Landes in diesem Bereich. Wir geben für Halbtagskindergärten pro Gruppe 28 000 DM, für Regelkindergärten 37 000 DM, für Kindergärten mit verlängerten Öffnungszeiten 47 000 DM, für altersgemischte Einrichtungen 56 000 DM und für Ganztagskindergärten 70 000 DM aus.

(Abg. Drexler SPD: Und für Krippen null DM!)

Ist denn das nichts? Das ist doch auch heute schon eine wesentliche Unterstützung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie haben überhaupt nichts kapiert!)

Mir geht es darum, festzuhalten, dass in ganz beachtlichem Umfang die Kommunen und die freien Träger in all diesen Bereichen in befriedigender Weise Einrichtungen geschaffen haben, die wir mit nennenswerten Förderbeträgen unterstützen. Genau darauf bauen wir auf, und das führen wir weiter.

Jetzt habe ich von der Vorschule gesprochen. Reden wir nun über den schulischen Teil: verlässliche Halbtagsgrundschule. Wir haben sie vor vielleicht einem guten Jahr beschlossen, und innerhalb eines Jahres haben wir eine Steigerung auf 79 %.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Und wie viel Kinder?)

Hort an der Schule: 249 Hortgruppen mit 4 266 Schülerinnen und Schülern und 372 Gruppen in herkömmlichen Horten mit 6 500 Schülern. Wir geben auch für diesen Bereich Millionenbeträge aus.

Ganztagsschulen: Wir haben 83 Ganztagsschulen, darunter 72 Hauptschulen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Von über 4 000!)

(Ministerpräsident Teufel)

Wir haben 200 Ganztagssonderschulen und über 100 Förderschulen in diesem Land. Meine Damen und Herren, das alles ist ein beachtliches Fundament,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

und genau auf dem bauen wir bedarfsgerecht weiter, und zwar mit dem völlig gleichen System wie bisher:

(Unruhe)

Träger ist die Ebene der Selbstverwaltung und der freien Träger. Da wir wollen, dass ein flächendeckend befriedigendes Angebot da ist, geben wir Zuschüsse, die bis zu 50 % und teilweise darüber liegen, damit die Aufgabe tatsächlich erfüllt werden kann.

Meine Damen und Herren, nun hat Herr Kollege Drexler gesagt – das muss man sich einmal vorstellen –, wir als Landesregierung von Baden-Württemberg hätten die letzte Erhöhung des Kindergeldes im Bundesrat abgelehnt,

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich nicht gesagt! –
Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Doch! – Minister Dr. Döring: Das hat er gesagt!)

und er hat mich angegriffen, ich würde jetzt eine größere Erhöhung verlangen. Jetzt möchte ich Ihnen einmal sagen, dass wir im Bundesrat bei der letzten Erhöhung – nicht bei der Erhöhung aus der letzten Woche; die haben Sie ja nicht angesprochen; bei der haben wir übrigens auch einen Antrag auf Erhöhung eingebracht; ich meine jetzt die vorletzte Erhöhung –

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

einen Antrag auf eine größere Erhöhung und vor allem auf eine Erhöhung auch für das dritte und jedes weitere Kind und nicht nur für das erste und zweite Kind eingebracht hatten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Jetzt! Jetzt haben Sie es gemacht! –
Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Man muss sich diese Unterstellung einmal vorstellen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Es ging um die Zeit, in der Sie regiert haben! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir wollten also nicht weniger, sondern wir wollten mehr. Deswegen haben wir abgelehnt.

Jetzt zitiere ich aus der Bundesratssitzung vom 18. Dezember 1998.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da haben Sie nicht mehr regiert!)

Da habe ich gesagt:

Das Kindergeld wird freilich nur für das erste und zweite Kind angehoben, nicht aber für das dritte, vierte und jedes weitere Kind, obwohl kinderreiche Familien es besonders schwer haben. Natürlich weiß ich, dass das Kindergeld für das dritte Kind und für die weiteren

Kinder höher ist. Aber das ist auch dringend nötig, weil das Einkommen von kinderreichen Familien pro Kopf besonders niedrig ist. Es ist deshalb falsch, dass sie bei dieser Kindergelderhöhung nicht dabei sind.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Das ist unverändert unsere Auffassung. Helfen Sie doch denen, die es am allerdringlichsten brauchen. Man bringt leichter ein Kind durch als mehrere Kinder.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Letzter Punkt, meine Damen und Herren:

(Abg. Zeller SPD: Dicke Backen!)

Es ist schon erstaunlich: Vorhin ist von mehreren Oppositionsrednern gesagt worden, dieser Landtag müsse stärker zum Forum einer gesamtgesellschaftlichen Debatte werden. Als Beispiele sind Europa und die Gentechnik genannt worden. Es ist schon erstaunlich, dass wir bei dieser Debatte vonseiten der beiden Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsfractionen kein Wort zu dem Thema gehört haben, das im Augenblick die Schlagzeilen der Tageszeitungen beherrscht und das die Menschen in ungeheurer Weise bewegt, nämlich zu dem Thema, dass wir auf dem Weg zu einer Konjunkturkrise mit unabsehbaren Folgen in allen Bereichen bis hin zur Stagnation sind.

(Abg. Drexler SPD: Dazu haben wir morgen eine Aktuelle Debatte!)

Wir haben eine Inflation von 3,6 %.

(Abg. Bebber SPD: Stimmt doch schon gar nicht mehr!)

3,6 %! Überlegen Sie einmal die Folgerungen beispielsweise für Tarifverträge, die im Vertrauen auf Preisstabilität maßvoll abgeschlossen worden sind. Überlegen Sie einmal die Folgen!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

3,6 % Inflation,

(Abg. Drexler SPD: Schon wieder reduziert!)

das trifft doch die kleinen Leute; 3,6 % Preissteigerung frisst doch jede Rentenerhöhung, frisst doch jede Kindergelderhöhung um 30 DM unmittelbar auf. Zusatzleistungen wie Wohngelderhöhung oder BAföG-Erhöhung werden doch rundweg aufgefressen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Zum Wachstum: Heute lesen Sie in der Zeitung, dass das Ifo-Institut gestern erklärt hat, es rechne mit einem Wachstum von 1,1 % in Deutschland. Überlegen Sie einmal: Bei uns gibt es noch verhältnismäßig bescheidene Einbrüche.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh, oh!)

– Verhältnismäßig.

(Ministerpräsident Teufel)

Ich werde das Ifo-Institut anschreiben und mir die Zahlen holen. Überlegen Sie einmal, was bei 1,1 % Wachstum in Deutschland allein der Beitrag von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ausmacht. Wir wären bei einem Minimalstwachstum. Das Ifo-Institut sagt: Wir sind am Rande der Stagnation.

Die Folge ist doch, dass die Arbeitslosigkeit steigt und nicht sinken wird. Alle Wirtschaftswissenschaftler sind sich doch einig, dass frühestens bei einem Wachstum von 2,2, 2,3 % das Wachstum in eine Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze umzuschlagen beginnt. Bei einem Wachstum von 1,2 % wird die Arbeitslosigkeit zunehmen. Sie werden weit mehr als die 3,5 Millionen Arbeitslose haben, die sich der Bundeskanzler vorgenommen hat und an denen er sich persönlich messen lassen wollte.

(Abg. Drexler und Abg. Schmiedel SPD: Schwarzseher! – Abg. Drexler SPD: Jetzt redet es doch nicht herunter! Pessimismus!)

Im letzten Jahr, als das Wachstum in Deutschland 2,7 % und in Baden-Württemberg 3,8 % betrug, hatten wir in Baden-Württemberg die mit Abstand stärkste Zunahme der Beschäftigung. Sie sehen das auch an den Arbeitsmarktzahlen. Meine Damen und Herren, es ist schon der Gipfel, wenn man dann hier sagt, der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg sei durch die Bundespolitik bedingt, und fragt: Was tut ihr eigentlich für mehr Beschäftigung? Das ist doch eine Katastrophe. Eine Katastrophe!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Was?)

Zur Ökosteuer: Sie haben zu diesem Thema wortreich Stellung genommen. Keiner der beiden Redner hat gesagt, was sie am 1. Januar des nächsten Jahres tun wollen.

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie?)

Kein Wort.

(Abg. Drexler SPD: Eben! – Unruhe)

Keiner hat gesagt, ob Sie in diese Situation, in diese Konjunkturlage hinein noch einmal mit einer Erhöhung um 6 Pfennig kommen wollen. Ich möchte Ihnen nur sagen: Vorgestern stand in der „Welt“ – Sie werden das als Bestätigung eines Satzes Ihrer vorherigen Aussagen betrachten; ich will mich aber gleich damit auseinander setzen – wörtlich: „Die Einnahmen der Mineralölsteuer sind um 13 % zurückgegangen.“ Wenn man nun sagt: „Das wollen wir ja gerade; wir wollen ja Wirkung erzielen, darum heißt diese Steuer ja Ökosteuer; wir wollen ja erreichen, dass die Leute weniger Auto fahren und deshalb weniger Mineralöl verbrauchen“,

(Abg. Drexler SPD: Wie wollen Sie es jetzt finanzieren?)

dann darf man nicht hingehen und argumentieren, dass man das Geld zwingend brauche und es ausschließlich in die Rentenversicherung gehe.

(Abg. Drexler SPD: Das sagt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion!)

Sie müssen sich schon für das eine oder andere entscheiden. Sie können nicht beides als Argument bringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Rasen für die Rente!)

Übrigens, Herr Kuhn hat gefordert – auch SPD-Politiker haben das gesagt –, man dürfe das Geld nicht für die Rente verwenden. Aber Sie sagen, wir dürften nicht mehr sagen, man solle die Ökosteuer abschaffen, weil man dann nicht mehr sagen könne, wie die Rente zu finanzieren sei.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Drexler SPD: Doch, aber was Sie dafür machen wollen, sollten Sie sagen!)

– So kann man es ja machen. Man kann sagen: „Wir beschließen jedes Jahr eine Steuererhöhung.“ Dann verwenden wir das Geld. Und wenn die Opposition das abschaffen will, fragen wir: „Wie wollt ihr es eigentlich finanzieren?“

(Abg. Drexler SPD: Natürlich! Das machen wir doch hier auch!)

Nein, wir wollen, dass die Steuern gesenkt und nicht immer weiter erhöht werden. Das wollen wir, und das ist für die Konjunktur notwendig.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Kleinkindertraum!)

Nächster Punkt: Die Überschriften auf den ersten Seiten der Zeitungen lauten heute: Erhöhung der Krankenkassenbeiträge auf breiter Front. Das ist doch ein Thema, das die Menschen bewegt. Wenn man heute eine Debatte im Landtag von Baden-Württemberg führt,

(Abg. Drexler SPD: Das wird morgen behandelt!)

dann muss man doch darüber sprechen,

(Abg. Drexler SPD: Nein, morgen!)

dass gestern die AOK Baden-Württemberg gezwungen war, ihren Beitragssatz auf 14,2 % anzuheben, dass alles unterlaufen wird, was Sie gesagt haben: Begrenzung auf 20 %, Soziallastenbegrenzung auf 40 %. Überall sind wir auf dem Weg zu weiteren Erhöhungen.

(Abg. Bebbler SPD: Kanzlerambitionen!)

Ich komme zum absoluten Gipfel, zur Beitragserhöhung der AOK. Herr Kollege Oettinger hat einen Mann zitiert, den Sie genauso schätzen wie ich und der Ihnen näher steht als uns. Er hat gesagt: Ursache für die Beitragserhöhung ist die Bundespolitik.

(Abg. Drexler SPD: Seehofer! – Abg. Schmiedel SPD: Seehofer heißt er! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ihnen wird das Argument, dass die Vorgängerregierung für alles verantwortlich sei, deshalb bis zum Ende Ihrer Regierungszeit bleiben, weil Sie nicht so lange an der Regierung sein werden. Das muss ich sagen.

(Oh-Rufe von der SPD)

(Ministerpräsident Teufel)

Jetzt aber zu einem Punkt, der Baden-Württemberg betrifft, zum Risikostrukturausgleich.

(Unruhe)

Die Arbeitnehmer in Baden-Württemberg und die Arbeitgeber in Baden-Württemberg zahlen inzwischen einen Risikostrukturausgleich von über 2 Milliarden DM an die Krankenkassen anderer Länder über den Bedarf unserer eigenen Kassen hinaus. Alle Betriebskrankenkassen in unserem Land zahlen mehr als 50 % ihrer Beitragseinnahmen in den Krankenkassenstrukturausgleich. Ich kenne Betriebskrankenkassen, die 72 % Krankenkassenstrukturausgleich zahlen und 28 % für die Bezahlung aller Gesundheits- und Krankheitsleistungen ihrer Mitglieder zur Verfügung haben. Das allein halte ich schon für pervers.

Ganz unmöglich aber ist es, dass es jetzt in Deutschland AOK-Landesverbände gibt, die einen Beitragssatz haben, der um zwei Prozentpunkte und mehr unter dem Beitragssatz der AOK Baden-Württemberg nach der Erhöhung liegt. Wir zahlen, und die Nehmerländer haben günstigere Beiträge als die Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei uns. Das können wir auf gar keinen Fall hinnehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Abg. Drexler SPD: Die CDU in Berlin macht auch nicht mit! – Abg. Ursula Haußmann SPD:
Was sagt dazu die CDU im Bund?)

Heute befasst sich zur gleichen Stunde das Bundeskabinett mit einer Veränderung des Krankenkassenstrukturausgleichs. Das Ergebnis möchte ich nicht vorwegnehmen; wir werden es heute Abend sehen. Alle Vorschläge, die in den letzten Wochen gemacht worden sind, laufen auf eine Erhöhung und nicht ein einziger Vorschlag auf eine Senkung des Krankenkassenstrukturausgleichs hinaus. Wir werden wiederum von einer Mehrheit im Bundestag und einer Mehrheit im Bundesrat zu solchen perversen Ausgleichsleistungen vergewaltigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD – Abg. Drexler SPD: „Pervers“! Avanti, perversi!)

Deswegen haben wir in den letzten Wochen bei einem renommierten Fachmann der Universität Tübingen vorsorglich ein Gutachten in Auftrag gegeben. Der Gutachter kommt zu dem Ergebnis, dass der Krankenkassenstrukturausgleich verfassungswidrig ist. Er sieht deswegen eine reelle Chance, dies vom Bundesverfassungsgericht festgestellt zu bekommen. Aus diesem Grund bereiten wir in der Landesregierung und in der Koalition einvernehmlich eine Klage beim Bundesverfassungsgericht bezüglich des Krankenkassenstrukturausgleichs vor.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Uns bleibt gar nichts anderes übrig. Die Krankenkassen bilden im Übrigen nur den Auftakt bei den Beitragserhöhungen; Rentenversicherung und Pflegeversicherung werden wahrscheinlich folgen. Meine Damen und Herren, ich könnte das, was ich gesagt habe, mit vielen Zahlen belegen.

(Abg. Drexler SPD: Oje! – Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Es gibt Hunderte von Millionen Mark Überschüsse in den AOKs anderer Länder, und wir aus Baden-Württemberg und andere Länder zahlen Krankenkassenstrukturausgleich.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Redezeit! Sie missbrauchen Ihre Redezeit!)

– Das sind aber Dinge, die die Menschen bewegen, kann ich nur sagen.

Heute steht in der Zeitung: Mit der Konjunkturabschwächung rollt über die deutsche Wirtschaft die größte Pleitewelle der Nachkriegszeit. 250 000 Arbeitsplätze sind in Deutschland in den ersten sechs Monaten dieses Jahres allein durch Konkurse verloren gegangen. Meine Damen und Herren, ist das kein Thema, das die Menschen bewegt? Aber nichts ist darüber gesprochen worden.

Ich greife jetzt nur einen weiteren Punkt heraus, obwohl zur Rentenreform viel zu sagen wäre. Ich habe das in diesem Haus und im Bundesrat getan. Aber einen Punkt möchte ich aufgreifen, nämlich die ganz und gar unmögliche Regelung der Eigentumbildung zur Altersvorsorge. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb vor wenigen Tagen:

(Abg. Drexler SPD: Die ist ja grün angestrichen!)

„Im Alter das eigene Haus verzehren.“

Genau das ist die Lösung, die Sie für Bürger und Häuslebauer in Baden-Württemberg anbieten:

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

dass sie ein Leben lang sparen und später im Alter ihr Haus nicht an die eigenen Kinder vererben können, sondern selbst „vervespern“ müssen, weil ihre Rente nicht ausreicht. Das bieten Sie als Ersatz an.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat denn die Rentenreform gemacht? Das ist doch gar nicht wahr!)

Meine Damen und Herren, das alles beweist: Die Bundesregierung von Rot-Grün macht auf breiter Front Politik gegen die Arbeitnehmer, gegen die Selbstständigen, zulasten der Wirtschaft.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich habe auch gelesen, dass die Grünen auf ihrem Parteitag nach den Ursachen einer Halbierung der Zahl ihrer Mandate suchten,

(Abg. Drexler SPD: Wer sucht?)

dass die SPD nach den Ursachen dafür sucht, dass sie, obwohl sie den Ministerpräsidenten stellen wollte,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

erneut auf den Bänken der Opposition gelandet ist.

(Abg. Drexler SPD: Wir suchen nach dieser Rede insbesondere noch einmal!)

(Ministerpräsident Teufel)

Das sind keine harten Holzbänke, sondern die sind in unserem Land auch gepolstert. Selbst die Oppositionsbänke in unserem Land sind schwarz.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Schwer erträglich!)

Ich möchte Ihnen die Ursachen für Ihre Wahlniederlage nennen.

(Abg. Drexler SPD: Schwer erträglich! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie können das nachlesen. Ich habe die Ursachen aus einer Wahlanalyse, die nicht wir in Auftrag gegeben haben,

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

sondern der Südwestrundfunk. So, wie er sie mir zur Verfügung gestellt hat, stellt er sie sicher auch Ihnen zur Verfügung,

(Abg. Drexler SPD: Wir haben es schon!)

oder Sie haben sie schon bekommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Wir haben sie sogar schon gelesen!)

Aus dieser Umfrage von Infratest dimap möchte ich Ihnen zwei, drei Punkte zitieren, aus denen Sie ersehen können, wo die tatsächlichen Ursachen liegen. Das hängt eng mit den Themen zusammen, die wir gerade besprochen haben.

Ein Satz – wörtliches Zitat –:

In Baden-Württemberg ist die CDU die Partei der einfachen Leute.

(Abg. Drexler SPD: Das merkt man an Ihrer Rede! – Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Lebhaftes Zu- und Gegenrufe von der CDU und der SPD)

– Dass Ihnen das wehtut, kann ich ja verstehen – bei der selbst ernannten Arbeiterpartei SPD.

(Abg. Schmid SPD: Bei Ihnen ist nur die Krawatte gut!)

Dann wird begründet:

Die CDU hat einen Vorsprung bei den Arbeitern

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

– nicht bei den Arbeitnehmern allein –

von 14 Prozentpunkten gegenüber der SPD.

Und der nächste Satz lautet:

(Lebhafte Unruhe)

Wirtschaftskompetenz und soziale Gerechtigkeit haben die Wahl entschieden.

Und sie werden der CDU zugerechnet in unserem Land.

(Abg. Drexler SPD: Nein, das stimmt bei der sozialen Gerechtigkeit nicht! Nur Wirtschaftskompetenz! – Anhaltende Unruhe)

Wirtschaftskompetenz und soziale Gerechtigkeit! Deswegen haben wir bei der letzten Wahl eine Mehrheit bei den Selbstständigen, haben wir auch eine Mehrheit bei denjenigen, die auf Ausgleichsleistungen angewiesen sind, und sogar eine Mehrheit bei den Arbeitslosen gehabt.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch überhaupt nicht! Stimmt doch überhaupt nicht!)

Deswegen sage ich Ihnen:

(Abg. Schmiedel SPD: Da stimmt ja wieder die Hälfte nicht! – Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch nicht!)

Wenn Sie wollen, dass Sie in fünf Jahren eine echte Chance haben, dann nehmen Sie doch bitte die Vorschläge auf, die Herr Kollege Döring und ich in den letzten Tagen mehrfach gemacht haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Der hat aber auch verloren! – Abg. Drexler SPD: Der hat doch verloren! – Abg. Schmiedel SPD: Warum hat der Döring verloren? – Anhaltende Unruhe)

Die Antwort auf die gegenwärtige Konjunkturkrise, damit sie nicht zu einer Stagnation führt, lautet wirklich:

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Vorziehen der Steuerreform von 2003 und 2004 auf 2002! Sie lautet: Steuerliche Gleichbehandlung der Leistungsträger in diesem Land, nämlich der mittelständischen Wirtschaft, mit den Kapitalgesellschaften.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie lautet: Streichung des unsäglichen 630-DM-Gesetzes und Wiederherstellung des alten Zustands.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Allein die Streichung dieses Gesetzes würde zu einer Million mehr Beschäftigungsverhältnissen führen.

(Abg. Fischer SPD: Was für? – Widerspruch bei der SPD)

Abschaffung der Regelungen zur so genannten Scheinselbstständigkeit. Kein anderer als Ihr Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Herr Schlauch, hat gesagt: Hätte es dieses Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit gegeben, als er von der Uni kam und sich als Anwalt selbstständig gemacht hat, hätte er sich nie selbstständig machen können.

Da muss man sich doch fragen: Was veranlasst einen solchen Menschen, einem solchen Gesetz zuzustimmen

(Zuruf von der CDU: Ideologie!)

und der jungen Generation heute nicht das zuzubilligen, was er selbst als Recht in Anspruch genommen hat?

(Ministerpräsident Teufel)

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Fragen Sie mal den Pfister, warum der immer zustimmt!)

Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe hat der Wirtschaftsminister mit meiner vollen Zustimmung vorgeschlagen.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber der Döring hat verloren!)

Einführung des Kombilohns flächendeckend, wie er sich in Baden-Württemberg in Modellen bewährt hat.

Arbeitsverträge auf Zeit, und zwar auf drei Jahre, und nicht Einschränkung dieser Möglichkeit. Endlich eine Lockerung auf diesem Gebiet, weil das zur Beschäftigung führt.

Sofortige Abschaffung der Ökosteuer

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Gegen die eigene Fraktion im Bundestag!)

und schließlich Nichtfortsetzung der Politik, die Sie bis in die letzte Woche hinein betrieben haben. Die Änderung der Mitbestimmungsregelung verursacht allein 2,5 Milliarden DM Mehrkosten für die mittelständische Wirtschaft – dieser Betrag ist unbestritten.

Verzicht auf die Verlängerung der Abschreibungsfristen, die gerade die mittelständische Wirtschaft außerordentlich trifft.

Meine Damen und Herren, eine Politik für die einfachen Leute, soziale Gerechtigkeit, eine Politik für die Leistungsträger, für den selbstständigen und den unselbstständigen Mittelstand, Wirtschaftskompetenz – deswegen haben wir die Wahl gewonnen, und weil Sie heute keinen Kurswechsel angekündigt haben, gewinnen wir auch die nächste.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Voss schulze: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

(Abg. Alfred Haas CDU: Muss das sein? – Zuruf des Abg. Rech CDU)

Abg. Drexler SPD: Herr Ministerpräsident, ich habe Sie eigentlich noch nie so erregt gesehen wie vorhin.

(Minister Stratthaus: Engagiert!)

Da fällt mir ein Wort von Wilhelm Busch ein: „Entrüstung ist ein erregter Zustand der Seele, der meist dann eintritt, wenn man ihn erwischt hat.“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir haben Sie erwischt. Zur Familienförderung, zur Bildung, zur Schule, zur Lehrerzuweisung – zu alledem haben Sie in Ihrer Erwiderung nichts Konkretes gesagt.

Lassen Sie mich etwas zur Verteilung der Redezeit auf die Regierung und das Parlament sagen – das muss einmal

sein. Der Vorwurf, dass wir nicht alles abhandeln könnten, ist schlichtweg lächerlich. Das wissen Sie, denn Sie waren früher auch einmal Fraktionsvorsitzender. Sie haben zweieinhalb Stunden Ihre Regierungserklärung vorgelesen und jetzt noch einmal eineinhalb Stunden erwidern dürfen. Das sind insgesamt vier Stunden. Wir hatten 45 Minuten Redezeit, gestaffelt gerade einmal 50, nicht mehr.

(Abg. Rech CDU: Und das ist gut so!)

Deswegen haben wir die Themen aufgenommen, die in Baden-Württemberg am dringendsten sind. Wir sind auf die Themen eingegangen, die für uns wichtig sind, und haben nicht alles abgehandelt.

(Abg. Seimetz CDU: Aber die falschen Themen!)

Wir werden jetzt auch nicht zur Beschäftigungspolitik Stellung nehmen, weil wir dazu morgen eine Aktuelle Debatte haben werden, und wir werden auch nicht zu den Krankenkassenbeiträgen Stellung nehmen, weil wir dazu ebenfalls morgen eine Aktuelle Debatte haben werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Weil es peinlich wäre!)

– Das hat nichts mit peinlich zu tun. Sie wollen doch sicherlich auch, dass das Parlament nicht zwei Tage hintereinander das Gleiche diskutiert. Deshalb fahren Sie doch jetzt endlich fort mit Ford, Herr Haas, mit Ihren Zwischenrufen.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist auch schon langweilig!)

Das Thema Schulen möchte ich noch einmal aufgreifen. Herr Ministerpräsident, Sie haben kein Wort verloren über den Zustand des Unterrichts. Wir haben einen erhöhten Unterrichtsausfall.

(Widerspruch bei der CDU)

– Natürlich haben wir den. Das ist doch logisch, sehen Sie sich doch die Zahlen an.

(Ministerpräsident Teufel: Hängen Sie doch das Plakat ab!)

Eine Berufsschule, Steinbeis-Schule Ulm, Personalsituation am Schuljahresbeginn 2001/2002 – damit Sie nicht immer bloß lachen, einmal was ganz Konkretes, eine Berufsschule aus dem Land.

(Abg. Röhm CDU: Eine!)

– Ja, eine.

Es fehlen 1 200 Lehrer – genau das Gleiche.

(Zurufe von der CDU)

– Beißen Sie nicht ins Mikrofon. Das tut Ihnen nicht gut.

(Heiterkeit)

Fehlende Lehrer: Wissenschaftlicher Unterricht allein an dieser Schule acht Lehrerstunden Fachpraxis, vier Stunden Technologiepraktikum. Das sind allein an dieser Schule

(Drexler)

zwölf Lehrer, die fehlen. Deswegen gibt es 1 200 Lehrer, die an den Berufsschulen fehlen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Hat er doch gesagt!)

– Nein, das hat er nicht gesagt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie hören doch nicht zu!)

Er hat auch nicht gesagt, wie er diesen Zustand beheben will.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Denn die 900 Lehrer, die wir jetzt für den Unterricht bekommen, reichen nicht aus.

Jetzt sage ich Ihnen einmal: Die Eltern, die Lehrer und die Schüler interessiert doch nur eines: Wie viel Unterricht fällt aus, laufen die Klassen voll, und wie sieht es im Ganztagsbereich aus? Da sieht es in diesem Land schlecht aus. Das muss man doch einfach einmal konstatieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne Ihnen noch einmal die Zahlen zur Ganztagsbetreuung. Wir haben in diesem Bereich, Herr Ministerpräsident,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

insgesamt gerade einmal 13 Betreuungsplätze bezogen auf 1 000 Kinder bis drei Jahre. Da macht das Land nichts.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist doch nicht wahr!
– Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

In allen anderen Bundesländern gibt es 28 Betreuungsplätze – mehr als doppelt so viel – auf 1 000 Kinder. Für Kinder bis drei Jahre machen wir nichts.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Doch, so ist es.

Jetzt einige Anmerkungen zur Pflege.

(Abg. Alfred Haas CDU: Fragen Sie einmal Frau Wonnay!)

Dazu hat der Herr Ministerpräsident kein Wort gesagt. Wir brauchen in den nächsten zehn Jahren ganz konkret 10 000 neue Pflegeplätze. Diese Auskunft hat die Landesregierung vor zwei Jahren gegeben. Aber darüber, wie das finanziert werden soll, steht nichts im Koalitionsvertrag, nichts in der Regierungserklärung.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Es steht nichts darüber drin, dass wir uns allmählich auf einen Pflegenotstand zubewegen. Dazu hat der Ministerpräsident auch nichts gesagt. Wenn wir die Beträge nicht erhöhen und uns im Parlament nicht überlegen, wie wir die Situation der Pflege in den Altenpflegeheimen verbessern, können wir den Menschen nicht, wie es der Herr Ministerpräsident getan hat, sagen: Im Jahr 2020 erhält jeder in Baden-Württemberg geruhsam einen Pflegeplatz. Wir haben

die Pflegeplätze überhaupt nicht. Herr Ministerpräsident, bevor Sie sich jetzt mit der Bundespolitik beschäftigen, beschäftigen Sie sich doch mit dem Landesproblem.

(Beifall bei der SPD)

Sagen Sie uns, wie Sie zu diesen 10 000 Plätzen kommen wollen.

Zum Kindergeld: Ein Ministerpräsident, der 1996 hier im Landtag in namentlicher Abstimmung – das Protokoll können Sie nachlesen – gegen die Erhöhung des Kindergelds auf Bundesebene gestimmt hat – das haben Sie getan –, kann sich doch nicht hier hinstellen und sagen, er sei der große Förderer der Familien und der Kindergelderhöhung. Wo sind wir denn eigentlich?

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal: Die CDU in diesem Land ist offensichtlich der Auffassung, man könne die Ökosteuer streichen

(Zuruf von der CDU: Ja!)

und die Steuerreform vorziehen. Ich lese Ihnen einmal etwas vor. Vielleicht lesen Sie einfach auch einmal Zeitungen aus dem Land und nicht nur Zeitungen wie die FAZ und die „Welt“, die außerhalb des Landes hergestellt werden. Hätten Sie heute Morgen einmal die „Pforzheimer Zeitung“ gelesen.

(Lachen bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: SPD-Zeitung?)

– In der „Eßlinger Zeitung“ und in der „Stuttgarter Zeitung“ stand es auch. Das sind alles Landeszeitungen.

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Alfred Haas)

– Das ist ja jetzt wirklich eine Unterstellung, Herr Haas, wenn Sie die „Pforzheimer Zeitung“ – – Man muss sich das einmal im Mund zergehen lassen: Herr Haas erklärt die „Pforzheimer Zeitung“ zu einer SPD-Zeitung.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Fragezeichen!)

Wo leben Sie eigentlich?

In dem neuen Konjunkturpapier der CDU-Bundestagsfraktion steht: Außerdem sei die Abschaffung der Ökosteuer bei gleichzeitigem Vorziehen der Steuerreform nicht finanzierbar und werde auch nicht mehr als Forderung der Union erhoben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie, Herr Ministerpräsident, sind offensichtlich der letzte Dinosaurier, der das noch fordert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Lassen Sie mich noch ganz kurz etwas zur Steuerreform sagen.

Klar ist, dass der Steuersatz für Personengesellschaften 2005 auf 19 % sinkt. Wir sind da mit an der untersten

(Drexler)

Grenze in Europa. Deswegen ist die Steuerreform nicht mittelstandsfeindlich, sondern sie bringt für den privaten Bereich und den Mittelstand eine erhebliche Verbesserung. Deswegen: Hören Sie auf, die Steuerreform dauernd als mittelstandsfeindlich zu bezeichnen. 19 % ist ein Steuersatz – –

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Wollen Sie für die Personengesellschaften denn noch weniger? Hören Sie doch auf! Das ist doch ein Steuersatz, den Sie eigentlich mit vertreten müssten.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Lassen Sie mich noch etwas zum Ausstieg aus der Atomenergie sagen. Herr Ministerpräsident, der Ausstieg ist doch nicht nur ideologisch zustande gebracht worden. Vielmehr erzeugt in der Zwischenzeit jedes vernünftige neue Gasturbinenkraftwerk Strom billiger, als dies durch Atomenergie der Fall ist. Das wissen wir in der Zwischenzeit alle. Wir haben kein gesichertes Atomendlager, nichts ist geregelt, und Sie wollen weiter an der Atomenergie festhalten.

Aber der große Spruch von Ihnen kam ja, als Sie dann gesagt haben, die Bundesregierung solle jetzt Programme machen, welche Firmen als Ersatz für die wegfallenden Atomkraftwerksstandorte in Baden-Württemberg angesiedelt werden sollen. Gestern oder vorgestern oder letzte Woche haben Sie noch eine Riesenrede über Föderalismus gehalten und gefordert, mehr aufzuteilen. Was wollen Sie denn eigentlich? Wollen Sie jetzt, dass die Bundesregierung sagt, was in Oberrhein angesiedelt wird? Oder wollen Sie das selber machen? Wir sind der Auffassung: Das ist eine Aufgabe des Landes Baden-Württemberg und der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen: Setzen Sie sich hin, und machen Sie Ihre Hausaufgaben.

Zum Schluss noch zu Ihnen, Herr Oettinger: Wenn Sie sagen, man könnte das beim Familiengeld auch mit Gutscheinen und nicht durch Auszahlung von Geldern machen, dann dürfen das natürlich nur Gutscheine für Leistungen sein, die angeboten werden. Die gibt es im Land aber gar nicht. Sie müssen erst einmal diesen Rahmenbereich aufbauen, bevor Sie im Grunde genommen zu Gutscheinen kommen können.

Herr Ministerpräsident, eines werfe ich Ihnen schon vor: Es ist purer Populismus, zu fordern, die Ökosteuer zu senken, die Renten heraufzusetzen, die Beitragssätze zu verringern, die Krankenkassenbeiträge zu verringern – alles wollen Sie verringern –, und gleichzeitig höhere Ausgaben zu fordern. Wie wollen Sie denn das finanzieren?

Ich habe es Ihnen vorhin schon gesagt: Sie haben keinen Ansatz vorgestellt, wie Sie Ihr Familiengeld finanzieren wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

60 Milliarden DM für die Bundesrepublik Deutschland, und da sagen Sie als Ministerpräsident: Interessiert mich überhaupt nicht; das muss passieren! Und die 2 Milliarden DM im Landeshaushalt sehe ich auch nicht, weder in der mittelfristigen Finanzplanung noch sonst wo.

Also, Sie vertreten hier, wie es Ihnen passt, eine Politik, die Sie nicht beweisen können. Sie können auch nicht sagen, wie Sie sie finanzieren wollen. Ich finde, das ist des Ministerpräsidenten eines Landes wie Baden-Württemberg eigentlich unwürdig.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie haben heute nicht als Generalsekretär der CDU, sondern als Ministerpräsident gesprochen, und von einem Ministerpräsidenten erwarte ich eigentlich, dass er im Grunde genommen auch sagt, wie er etwas finanziert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Da muss ich schon sagen: Wenn Sie in Zukunft Ihren eigenen Haushalt so unseriös aufstellen,

(Ministerpräsident Teufel: Primitiv!)

werden Sie nie zu einer Nullverschuldung kommen.

Ich höre jetzt auf zu reden,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

weil die Kolleginnen und Kollegen zum Mittagessen wollen. Wir haben ja im Gegensatz zu anderen, die schon gegangen sind, noch nicht gegessen. Wenn Sie darauf erpicht sind, können wir aber auch noch eine nächste Runde machen. Wir haben noch viel auf der Pfanne.

(Lachen bei der CDU – Abg. Hillebrand CDU:
Aber nichts Gescheites!)

Nachdem die CDU verlangt hat, keine Mittagspause zu machen, damit der Herr Ministerpräsident reden kann, sind wir davon ausgegangen, dass er sich auch kurz hält. Wenn wir gewusst hätten, dass er anderthalb Stunden redet, wären wir vielleicht für eine Sitzungsunterbrechung gewesen.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

– Ja, natürlich. – Von daher gesehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, warte ich jetzt ab. Wir können auch noch eine zweite Runde machen, aber es ist vielleicht vernünftig, vorher eine Pause zu machen. Das wäre vielleicht für die Debatte insgesamt gut, und dann könnte sich der Herr Ministerpräsident auch abreagieren. Das wäre für die ganze Debatte besser.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU:
Maurer war um Längen besser!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hunger haben wir alle, und ich will es nicht arg lang machen. Ich hätte auch gar nichts mehr gesagt, wenn der Herr Ministerpräsident hier nicht zur Hochform aufgelaufen wäre.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Also, wenn es um Sport ginge, würde ich sagen: Er muss dringend zur Dopingprobe; irgendetwas kann da nicht stimmen.

(Lachen bei der CDU)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben Winfried Kretschmann mit dem Satz vom Wochenende zitiert, man könne doch nach der Wahl nicht die gleichen Reden halten wie vor der Wahl.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wenn man sie verloren hat!)

Aber ich muss sagen: Sepp Herberger hat gesagt: „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“. Ich habe das Gefühl, Sie haben heute den Bundestagswahlkampf eröffnet, und insofern ist für Sie wahrscheinlich nach der Wahl vor der Wahl.

(Ministerpräsident Teufel: Aber nur mit Daten nach der Wahl habe ich heute operiert!)

Sie waren in dem Teil Ihrer Rede zum Länderfinanzausgleich analytisch; da haben Sie nämlich genau erklärt, was Ihr Verhandlungsspielraum war und warum Sie meines Erachtens bei einem relativ guten Ergebnis gelandet sind. Dann wurde es aber sehr polemisch.

Zum Länderfinanzausgleich muss man noch etwas sagen: Sie haben ja, wenn ich es noch richtig im Kopf habe, zusammen mit Bayern und Hessen, damals noch mit dem Ministerpräsidenten Eichel, gegen einen Länderfinanzausgleich geklagt, der 1993 im Rahmen der Solidarpaktverhandlungen beschlossen wurde, bei denen sich die Länder insgesamt gegenüber dem Bund – damals gegenüber der Regierung Kohl – sehr schadlos gehalten haben und eigentlich ziemlich gut gefahren sind. Das haben Sie als großen Sieg der Länder verkauft, und in den damaligen Kommentaren hat es geheißen, Kohl habe den Solidarpakt teuer erkaufen müssen. Das war für die Vereinigung natürlich von großer Bedeutung. Aber beim Länderfinanzausgleich musste er auch einstecken. Das heißt, die Länder sind damit gut gefahren.

Wenige Jahre später haben Sie gegen diesen Länderfinanzausgleich, den Sie als Erfolg gefeiert haben, geklagt und gesagt, das ganze System sei ungerecht.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben auch unterschrieben!)

Das Ergebnis des Urteils des Bundesverfassungsgerichts war, dass alle gesagt haben: Das ist aber ein tolles Urteil; jetzt müssen wir erst einmal ein Maßstäbengesetz machen, was sehr vernünftig ist, weil tatsächlich sehr viele Maßstäbe seit der Einführung des Länderfinanzausgleichs überholt

waren, und dann muss man schauen, was das für die Einzelnen heißt. Da haben viele gesagt: Das ist natürlich blauäugig vom Gericht; man kann nicht Maßstäbe machen, ohne dass die Länder wissen, was hinterher dabei herauskommt.

Es war aber schon klar, dass der Grundsatz der Solidarität zwischen den 16 Ländern nicht aufgegeben wird. Es war ebenfalls klar, dass viele Mechanismen keine Anreizsysteme schaffen und dass deshalb zum einen Anreizsysteme geschaffen werden müssen, wie geschehen, zum anderen aber wahrscheinlich, da die Verteilungsmasse insgesamt gleich bleibt und man schlechterdings keine Mehrheit findet, wenn die einen große Verlierer sind und die anderen große Gewinner, auch für diejenigen, die dann Recht behalten, im Endeffekt nicht viel herauskommt. Das habe ich kritisiert.

Für das Ergebnis habe ich Sie gelobt. Die 64 % halte ich aus baden-württembergischer Sicht für ein gutes Verhandlungsergebnis. Das Entscheidende für mich ist tatsächlich auch, dass jetzt ein Anreizsystem geschaffen worden ist, bei dem man sagen kann: Die eigenen Anstrengungen werden mehr honoriert als vorher.

Ich habe lediglich Ihre Haltung kritisiert. Sie haben immer so getan, als wollten Sie von den 4 Milliarden DM 2 Milliarden DM zurück. Jetzt muss man sich natürlich schon sagen lassen: Im Vergleich dazu ist das, was an reiner Umschichtung beim Finanzausgleich herauskommt, relativ wenig.

Die entscheidenderen Fragen müssen wir in der Föderalismusdebatte klären. Die entscheidenderen Fragen betreffen zum Beispiel die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau. Gutes und glückliches Baden-Württemberg, kann man sagen. Baden-Württemberg hat in den Neunzigerjahren hier zugegriffen wie kein anderes Land, aber nur, weil die anderen Länder gar nicht mehr in der Lage waren, ihre 50-prozentige Kofinanzierung zu stemmen. Das war unser Vorteil. Auch da profitieren wir als starkes Bundesland natürlich ganz stark davon, dass die anderen nicht in der Lage sind, selber zuzugreifen. Wir haben unsere Hochschullandschaft aufgebaut. Das ist gut für uns, muss man aber natürlich in einem gerechten System auch immer mit bedenken.

So viel zum Thema Länderfinanzausgleich, weil man sich darüber doch, glaube ich, sehr analytisch und sehr unpolemisch, wenn es sein muss, unterhalten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zum Thema „Kindergartengesetz, Kinderbetreuung usw.“: Da sind ja wieder Züge aufeinander zugerast, wobei man nicht weiß, warum eigentlich. Tatsächlich hatte das Land Baden-Württemberg schon Anfang der Neunzigerjahre, bevor der Bundestag beschlossen hat, dass es einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz geben soll, eine sehr hohe Versorgungsquote. Ich weiß aus eigener Erfahrung als Stadtrat in Freiburg zwischen 1990 und 2000, dass wir dort Kindergärten ohne Ende gebaut und damit auch jede Menge Erzieherinnen eingestellt haben, wobei sich das Land über den Anteil an den Personalkosten beteiligt hat. Das ist natürlich richtig.

(Dr. Salomon)

Das Problem war aber gar nicht der Kindergartenbereich, sondern die Art, wie die Kindergärten organisiert waren. Ich nenne die unflexiblen Öffnungszeiten, den fehlenden Mittagstisch, die fehlenden altersgemischten Gruppen, die fehlenden integrativen Gruppen. Da ist durch das Kindergartenengesetz,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Eben!)

das der Amtsvorgänger von Herrn Repnik, Herr Vetter, zu verantworten hatte, Gutes geschehen, weil man natürlich durch die Tatsache, dass man die Gruppen unterschiedlich bezuschusst hat, Anreize für die Kommunen geschaffen hat, diese Flexibilität endlich vor Ort einzuführen. Das muss man sagen.

Gleichwohl ist in diesem Bereich viel zu wenig geschehen. Gar nichts geschehen ist – das habe ich vorhin erwähnt, und ich will es gern wiederholen – im Bereich der unter Dreijährigen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Stimmt doch nicht!)

Für die Krippen im Bereich der unter Dreijährigen gibt es keine Zuschüsse vom Land. Das kann nicht sein.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bei den altersgemischten Gruppen schon! – Abg. Drexler SPD: Bei den altersgemischten Gruppen, ja!)

Es kann nicht sein, dass man für einen Krippenplatz zwischen 300 und 700 DM zahlen soll.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wenn man das Angebot einfach so teuer hält, weil es keine Zuschüsse gibt,

(Abg. Drexler SPD: Kommt auch niemand!)

darf man sich natürlich nicht wundern, dass sogar die wenigen Krippenplätze, die es gibt, teilweise leer stehen, weil sie nicht nachgefragt werden. Das heißt, wir müssen ein attraktives Angebot machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Da stimmen ja die Zahlen und die Statistiken, die Herr Drexler genannt hat, eindeutig. Da ist das ideologische Problem. Sie haben es doch noch einmal wiederholt, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein, die stimmen nicht!
Wir geben 8 Millionen DM für Tagesmütter aus!
Das gilt schließlich Kindern unter drei Jahren!)

– Herr Haas, nehmen Sie ein Zäpfchen, beruhigen Sie sich. 8 Millionen DM für Tagesmütter und 700 Millionen DM für die Kindergärten, das ist ja wohl eine Schiefelage. Das müssen auch Sie anerkennen. So geht es nicht!

Herr Ministerpräsident, Sie haben es noch einmal gesagt. Es ist eine ideologische Frage, wenn Sie ganz klar sagen: „Ich will, dass die Kinder in den ersten drei Jahren zu Hause von den Müttern versorgt werden“.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber Sie können nicht sagen, dass wir nichts ausgeben!)

Aber die Welt ist nicht mehr so.

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Es gibt den Bedarf, auch schon für Kleinkinder, und zwar aus Gründen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch aus dem Grund, dass es viele Einzelkinder gibt, die gar keine sozialen Kontakte mehr haben und für die daher in Krippengruppen andere soziale Kontakte organisiert werden sollen, teilweise sogar in Ganztagskrippengruppen. Da ist das Land Baden-Württemberg bundesweit Schlusslicht, da muss etwas getan werden.

(Abg. Drexler SPD: Ohne Wenn und Aber!)

Dazu habe ich heute wieder nichts von Ihnen gehört –

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

bei allem, was ich sonst loben muss.

Sie haben auch das Thema „verlässliche Grundschule“ angeführt.

(Abg. Zeller SPD: Mogelpackung! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dabei lobten Sie den Flächendeckungsgrad, den wir in Baden-Württemberg haben. Das hat aber mit Schule nichts zu tun.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber mit Kinderbetreuung!)

Das ist nichts anderes als die Einführung von Schulgeld durch die Hintertür, weil hier nämlich nicht Schule stattfindet, sondern Betreuung. Das ist nichts anderes als das alte Kernzeitenkonzept, das wir schon seit dem Jahr 1991 haben und das meines Erachtens der heutigen Situation in keiner Weise mehr gerecht werden kann. Was es gar nicht ist: eine verlässliche Halbtagsgrundschule. Das ist es nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Thema Ökosteuer: Sie haben aus der „Welt“ zitiert. Tatsächlich, es war keine falsche Zahl: Das Aufkommen aus der Mineralölsteuer ist im letzten Jahr um 13 % zurückgegangen. Sie haben wiederholt die Einführung der Ökosteuer mit den Worten kritisiert, das sei ja gar keine Ökosteuer und habe keine ökologische Lenkungswirkung, sondern geschehe nur, weil wir abzocken wollten

(Ministerpräsident Teufel: Kohle!)

und weil wir die Rentenkassen finanzieren wollten. Dazu kann ich nur sagen: Die Rentenkassen zu finanzieren ist ja kein unlauteres Motiv.

(Abg. Drexler SPD: Eben!)

Wenn man weiß, wie Sie die Rentenkassen geplündert haben,

(Dr. Salomon)

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Ha, ha, ha! – Abg. Fischer SPD: 17 Jahre lang nichts gemacht!)

wie Sie in den Neunzigerjahren Dinge fremdfinanziert haben – Sie haben die deutsche Einheit eben nicht über Steuererhöhungen finanziert, was in der damaligen Situation richtig gewesen wäre. Sie haben die deutsche Einheit über die Sozialversicherungssysteme, über die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und über die Arbeitgeber finanziert. Das war Ihre Finanzierung der deutschen Einheit. Das hat sich gerächt – spätestens 1998, als klar wurde, welcher Kladderadatsch vorhanden ist. Das muss man einmal sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Reinhart CDU: Was ist mit dem Soli?)

Jetzt stellt sich aber heraus, dass die Ökosteuer tatsächlich eine Lenkungswirkung hat. Ich sage jetzt einmal ganz bescheiden: Die Ökosteuer allein hat die Lenkungswirkung nicht. Die Erhöhung des Spritpreises ist natürlich in allererster Linie darauf zurückzuführen, dass sich das Wechselverhältnis zwischen Euro und Dollar im letzten Jahr massiv zu Lasten des Euro verschlechtert und sich der Preis für das Barrel Rohöl verzweieinhalbfacht hat. Das führte zur Erhöhung des Benzinpreises, des Spritpreises.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Was ist mit den sieben Pfennig jedes Jahr?)

Deshalb kommt diese Lenkungswirkung zustande. Jeder Finanzwissenschaftler sagt natürlich: Diese Lenkungswirkung ist gut, wenn man sie denn will, weil es sich um ein relativ preiselastisches Gut handelt; von daher ist das auch erwünscht. Das führt natürlich nicht zur Stetigkeit der Einnahmen.

Wenn man damit aber andere Ziele verfolgt, zum Beispiel dass die Alternativen – weg vom Öl – attraktiver werden, zum Beispiel die Wärmedämmungsinvestitionen im Altbau oder Niedrigenergiehäuser, die jetzt Vorschrift werden, oder wenn man Sprit sparende Autos entwickelt und baut, ergibt das einen Innovationsschub. Darum sagen sämtliche Wirtschaftsforschungsinstitute, im Prinzip sei die Ökosteuer ein richtiger Gedanke und müsse fortgeführt werden. Sie besitzt mittlerweile eine Lenkungswirkung. Das muss man einfach einmal anerkennen. Darum kommen auch Sie nicht herum.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kuhn hält mittlerweile nichts mehr davon, Herr Salomon!)

– Herr Kuhn hat nur gesagt – damit hat er natürlich Recht –: Die Akzeptanz für eine solche Maßnahme wie die Ökosteuer, die nichts anderes ist als eine Mineralölsteuererhöhung mit Ansage – Sie haben zwischen 1989 und 1998, in nur neun Jahren, die Mineralölsteuer um 50 Pfennig erhöht. Im Schnitt ist das etwa genauso viel wie das, was wir machen, nur haben Sie es nicht Ökosteuer genannt. Das hat Kuhn gesagt, und er hat gesagt: Die Akzeptanz steigt natürlich umso mehr, je mehr die Leute das Gefühl haben: Wenn „Ökosteuer“ draufsteht, wird auch „öko“ drin sein, das heißt, es muss auch ökologische Konzepte geben und

darf nicht nur die Rentenkasse finanziert werden. Damit hat er im Prinzip Recht; auch Herr Eichel hat ihm dabei Recht gegeben. Ich denke, nach 2002 wird das in irgendeiner Art, von der ich noch nicht weiß, wie sie aussehen wird, fortgeführt werden.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Ländlicher Raum!)

Sie, Herr Ministerpräsident, sprachen von der Konjunktur und davon, dass wir hier nicht von der Konjunktur gesprochen hätten. Herr Drexler hat schon darauf hingewiesen, dass wir dazu morgen eine Aktuelle Debatte, beantragt von der Fraktion der FDP/DVP, führen werden, genauso wie zum Risikostrukturausgleich und zur Biotechnologie. Diesen Debatten sollte man nicht vorgreifen.

Ich will aber schon eines sagen: Die Inflation von 3,6 % – darüber sind sich alle Gutachten einig – hat im Wesentlichen zwei Gründe: Der eine Grund ist der Spritpreis, und zwar nicht in erster Linie wegen der Ökosteuer, sondern, wie ich schon gesagt habe, wegen der Erhöhung des Rohölpreises und des zu Lasten des Euro veränderten Euro-Dollar-Verhältnisses. Der zweite Grund ist: Wir hatten in der Bundesrepublik BSE-Fälle. Die Fleischpreise und die Wurstpreise sind angezogen. Das schlägt sich nieder, und das macht das Gros der Inflation aus. Das hat nichts mit einer schlechten Wirtschaftspolitik zu tun. Das sagt auch kein Wirtschaftsforschungsinstitut.

Gleichzeitig haben wir natürlich jetzt ein reales Problem; das ist überhaupt keine Frage. Ich bin der Ansicht, dass die Bundesregierung tatsächlich in einem Bereich noch etwas tun muss, was sie eigentlich schon lange hätte tun müssen: Das Thema Arbeitsmarkt und auch das Thema „Flexibilisierung des Arbeitsmarkts“ wurden nicht angegangen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich glaube, da muss die Bundesregierung nachbessern,

(Abg. Kiefl CDU: Sehr gut!)

und da muss man Vorschläge machen. Das heißt natürlich nicht – das will ich gleich dazusagen –, dass man das Tarifrecht abschaffen muss.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das können wir gar nicht!)

Aber es muss Flexibilisierungen geben, es muss Übergänge vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt geben, es muss eine Art Kombilohn geben. Wir machen das alles so wie Sie mit Ihren Demonstrationsanlagen: Wir machen Modellversuche für 10 000 Einwohner. Das ist zu wenig. Wir müssen das flächendeckend angehen, sonst werden wir unser Ziel, die Zahl der Arbeitslosen bis 2002 tatsächlich unter 3,5 Millionen zu bringen, nicht erreichen. Da muss etwas getan werden.

Ich halte überhaupt nichts von – das will ich Ihnen ganz deutlich sagen – diesem Fundamentalismus, mit dem Sie jetzt auf einmal glauben, die Steuerreform vorziehen zu können. Da spielt es dann keine Rolle, ob es 100 oder 150 Milliarden DM sind.

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

(Dr. Salomon)

Michael Glos hat natürlich gemerkt: „Wir machen da Vorschläge, die wir gar nicht finanzieren können.“ Deshalb hat die CDU mittlerweile auch schon gemerkt, dass man, wenn man die Ökosteuer jetzt einfach abschafft, die 30 Milliarden DM ja irgendwoher haben muss. Oder man muss die Renten kürzen – da wünsche ich gute Reise –, oder man muss in die Verschuldung gehen.

(Abg. Zeller SPD: Da sind die ja geübt! – Abg. Dr. Birk CDU: Die nächste Stufe zunächst einmal aussetzen!)

Dann kann man das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht erreichen. Das heißt, das ist alles haltloses Geschwätz. Sie können doch nicht sagen: „Dann zieht halt 2002 die Steuerreform von 2003 und 2005 im Gesamtvolumen von ungefähr 60 Milliarden DM vor.“ Das funktioniert so nicht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Zumindest die nächste Stufe aussetzen!)

Sie haben in den Siebzigerjahren immer gepredigt, dass kurzfristige Konjunkturprogramme – dass man, wie es Helmut Schmidt noch gemacht hat, einfach Geld aufnimmt und in die Landschaft wirft und dass dann alles gut wird, weil sich dann die Steuereinnahmen von selber finanzieren – nicht greifen. Das ist heute in der Wirtschaftswissenschaft überhaupt kein Thema mehr.

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Zumindest die nächste Stufe aussetzen!)

Das geht alles nicht. Umgekehrt genügt es natürlich auch nicht, einfach nur zu sagen: „Wir machen Steuererleichterungen, und dann läuft alles von selber.“ Herr Haas – ich wüsste eigentlich nicht, woher er da seine Fachkenntnisse haben soll – sagt einfach: Das finanziert sich von selber. Wahrscheinlich ist er der Berater von Angela Merkel. Die erzählt nämlich ähnlichen Käse.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Das finanziert sich natürlich nicht von selber. Es dauert Jahre, bis Steuersenkungen sich umsetzen. Die Konjunktur springt dann wieder an, wenn Unternehmen investieren, wenn Unternehmen das Gefühl haben, dass sie ihre Produkte absetzen können.

Hier kann man einfach nicht außer Acht lassen – das sagt auch jedes Forschungsinstitut –, dass wir in Europa insgesamt folgendes Problem haben – wir haben in Deutschland zusätzlich noch spezielle Probleme des Arbeitsmarkts und seiner Flexibilisierung; darauf habe ich hingewiesen –: Wenn man einfach ignoriert, dass nach neun Jahren, in denen die USA die Konjunktur für die Weltwirtschaft bestimmten, dort im letzten Jahr die Konjunktur eingebrochen ist, dass sich in Japan seit Jahren nichts tut, dann kann man nicht sagen, das müsse Europa aus eigener Kraft schaffen. Das weiß jeder. Aber dann gebietet es auch die Ehrlichkeit, darauf hinzuweisen, dass das so ist, und hier keine Wahlkampfreden zu halten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Seimetz CDU: Frau Präsidentin! – Weitere Zurufe: Frau Präsidentin! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Frau Präsidentin! – Kollege Drexler, Sie haben sich über die Redezeitverteilung beklagt und dargetan, dass der Regierungschef zu lange über die Landespolitik gesprochen habe. Ich glaube, dass eine Regierungserklärung so lang sein soll, wie die Fragen, die auf dem Tisch liegen, bedeutsam sind. Erwin Teufel hat letzte Woche und heute zu allem Stellung bezogen, was für Baden-Württemberg in Berlin und was in Stuttgart für uns von Bedeutung ist.

Jetzt haben Sie aber gesagt, Ihre Redezeit sei zu kurz, und haben völlig unterschlagen, dass es in der Aussprache nach einer Wortmeldung des MP für die Fraktionsvorsitzendenrunde überhaupt keine Redezeitbeschränkung gibt. Mir scheint, Sie waren nicht vorbereitet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Nein! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie könnten jetzt noch am Rednerpult stehen. Sie könnten jetzt noch auf alles eingehen, was gesagt worden ist; denn für Ihre letzte Wortmeldung hätten Sie ohne weiteres die Zeit bekommen, die Sie brauchen, um das darzutun, was der SPD in Baden-Württemberg wichtig ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Sehr richtig! – Abg. Drexler SPD: Zwei Stunden!)

Pfeifendeckel! Deswegen ist meine Bitte: Beschwerden Sie sich nicht, wenn eine Gelegenheit, eine Position vorzubringen, von Ihnen nicht sinnvoll genutzt wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist richtig!)

Ein zweiter Punkt: Sie haben uns geraten, die Bundespolitik draußen zu lassen, weil es um Landespolitik gehe, und haben sich beschwert, dass der Regierungschef heute verstärkt auf Themen eingegangen sei, die in Berlin ressortiert seien.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Über Bundeswehr und NATO-Erweiterung, über den Einsatz von Soldaten im ehemaligen Jugoslawien sprechen wir hier selten, eher nicht. Wenn es aber um Fragen geht, die Baden-Württemberg berühren, die im Bundesrat zur Zustimmung anstehen und bei denen das Votum Baden-Württembergs wichtig ist, wenn es um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg geht, wenn es um die Tatsache geht, dass die Arbeitslosigkeit stagniert und steigt, dass die Inflationsrate bei über 3 % angelangt ist und eine Tarifrunde droht, die unseren Haushalt sprengen kann, wenn es um eine Entwicklung der Gesundheitskosten geht, die die Lohnnebenkosten nach oben bringt, dann melden wir uns auch im Landtag von Baden-Württemberg zu Wort. Dann wollen wir nicht nur, sondern dann erwarten wir, dass die Landesregierung eines Volkes von 10,4 Millionen Einwoh-

(Oettinger)

uern Position bezieht und auch hier im Landtag von Baden-Württemberg die Debatte dazu durch klare Fakten und Tatsachen ermöglicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch klar!)

Sie haben diese Chance heute nicht genutzt.

(Beifall bei der CDU)

Mir scheint, Sie haben eines gemerkt: Der Wind hat sich gedreht. Noch vor einem Vierteljahr haben Sie auf dem Weg zur Bundestagswahl geglaubt: Das läuft von selbst. Sicher haben wir es Ihnen zum Teil leicht gemacht,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das tun Sie immer noch!)

weil in Berlin die Geschlossenheit der CDU Deutschlands – – Vielen Dank für Ihre Sorge; die teile ich auch. Aber wir kümmern uns darum. Im Gegensatz zu den Grünen schreibt man über uns nicht: „Die Grünen welken vor sich hin“ – Gebauer im „Schwarzwälder Boten“ vom 25. Juni 2001. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir noch keinen Zufallskandidaten nötig, sondern haben unseren Bundesvorstand in guter Kompetenz und Auswahl gewählt. Ich würde also sagen: Ihr kümmert euch um euren Laden, ihr macht eure Miste, und wir kriegen unsere hin.

Aber eine Tatsache bleibt: Der Wind hat sich gedreht. Auf Bundesebene haben wir eine Entwicklung, die durch Untätigkeit und falsches Handeln, durch Ideologie und falsche Hoffnungen von Rot-Grün geprägt ist und die dem Standort Deutschland sowie Baden-Württemberg mittendrin schadet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Nun noch eine knappe Bilanz, was aus meiner Sicht heute Konsens ist oder Streitpunkt geblieben ist.

Beim Länderfinanzausgleich haben drei Fraktionen klar gesagt, dass der Kompromiss vom letzten Samstag das war, was man erreichen konnte. Sie tragen ihn mit: CDU, FDP/DVP und wohl auch die Fraktion GRÜNE. Anderer Ansicht ist die SPD. Ich glaube, dass diese Parlamentsmehrheit eine gute Grundlage für den Abschluss dieser Gesetzgebung auf Bundesebene ist.

Zweitens: Der Regierungschef hat eine Klage gegen den Risikostrukturausgleich der Krankenkassen angekündigt. Dazu gibt es eine klare Position von uns: Wir halten das System für ungerecht. Wir haben einen Missbrauch zulasten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Baden-Württemberg. Wir haben eine unverdient hohe, aber nötige Erhöhung der Krankenkassenbeiträge. Deswegen kann diese Frage nur durch eine rechtliche Prüfung, eine Klage, geklärt werden. Die Christlich-Demokratische Union im Landtag trägt diese Klage, wenn sie eingereicht wird, ausdrücklich mit. Wir bitten darum, dass dazu auch andere Fraktionen ihre Unterstützung zusagen und ein breiter Konsens im Hause entsteht.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Zur Unterrichtsversorgung. Kollege Drexler hat nur mit Einzelfällen und Beispielen gearbeitet,

(Abg. Drexler SPD: Nordwürttemberg!)

die im Landtag überhaupt nicht aktuell nachprüfbar sind. Unsere Bitte, Kollege Drexler, lautet: Wenn Sie in Zukunft die Grundschule X oder das Gymnasium Y erwähnen,

(Abg. Drexler SPD: Nordwürttemberg!)

dann gehen wir ernsthaft darauf ein, aber reichen Sie uns das dann bitte am Abend zuvor ein, damit man sich noch am Abend oder am nächsten Morgen mit dem Einzelfall befassen kann.

(Abg. Drexler SPD: Nordwürttemberg!)

Und es geht um folgenden Grundsatz, der die Haushaltspolitik der nächsten Jahre im Bereich der Schulen prägt: Die Unterrichtsversorgung kann in Jahren, in denen die Zahl der Kinder steigt – es ist ein Glück für Baden-Württemberg, dass die Zahl der Schulkinder in Baden-Württemberg noch fünf Jahre lang steigt; das ist eine Chance für unser Land –, in denen die Kinderzahl zwischen 10 000 und 20 000 pro Jahr steigt und der Haushalt unter Sparzwängen steht, nicht besser werden.

(Abg. Zeller SPD: Sie ist schlechter geworden! – Abg. Drexler SPD: Sie wird schlechter!)

Aber wir halten sie auf einem ordentlichen Niveau, wie dies auch in den letzten Jahren der Fall war. Deswegen: Die 5 500 Lehrerstellen sind keine zufällige Zahl, sondern diese Zahl ist genau das Ergebnis der Rechnung, das sich aus der Einführung einer Fremdsprache in der Grundschule, der Entwicklung des weiterführenden Schulwesens aufgrund der beschlossenen Reform

(Abg. Zeller SPD: Und der größeren Klassen!)

und der steigenden Kinderzahl ergibt. Deswegen, Kollege Zeller: Mit den 5 500 Lehrerstellen liegen wir richtig bei der Gratwanderung, zum einen den Haushalt nicht unnötig zu belasten und zum anderen die Unterrichtsversorgung dort zu halten, wo sie in Baden-Württemberg in den letzten Jahren gehalten worden ist, nämlich auf gutem Niveau.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ein weiterer Punkt: Betreuung. In dieser Hinsicht gestehe ich Nachholbedarf zu. Deswegen greife ich das Thema ruhig auf. Aber klar muss sein: Wir werden in den nächsten Jahren mit den Trägern, mit den Kommunen, mit den Kirchen vor Ort, und zwar in der Aufgabenträgerschaft vor Ort, und mit Landesförderung die Entwicklung unterstützen und auch im Landtag die entsprechenden Ausgaben bewilligen, damit die Betreuung den Ansprüchen der Familien gerecht werden kann.

(Abg. Drexler SPD: Auch null bis drei!)

Aber auch dabei wird gelten, Kollege Drexler: Baden-Württemberg hält jeden Ländervergleich aus.

(Abg. Drexler SPD: Nein, nein!)

(Oettinger)

Wir haben Nachholbedarf, aber wir holen auf. Ein Schwachpunkt steht, wie ich meine, auch jeder guten Regierungsarbeit nicht schlecht zu Gesicht. Wenn Sie daraus ein bisschen Wonne schöpfen, so gestatte ich Ihnen das und nehme es hin.

Letzter Punkt: Im Hinblick auf die Nullverschuldung sind wir uns einig. Aber es fehlt noch jedes konkrete Konzept.

(Abg. Drexler SPD: Aber bei Ihnen auch!)

Deswegen wird es im September und im Oktober losgehen. Die Christlich-Demokratische Union hat erste Überlegungen, wie die Ausgabenentwicklung gesteuert werden kann. Meine Bitte ist: Machen Sie, damit eine ernsthafte Beratung stattfinden kann, konkrete Vorschläge, und stellen Sie dar, wie das Konzept von Sozialdemokraten und Grünen dafür, in den nächsten Jahren die Nullverschuldung zu erreichen, aussehen soll.

Die Sozialdemokraten sind der Zahl der Köpfe nach im Landtag von Baden-Württemberg gestärkt. Sie haben bei

der letzten Wahl um acht Prozentpunkte zugelegt. Mir scheint, die ernüchternde Frage ist, was man eigentlich mit einem solchen Zugewinn anfängt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Aussprache über die Regierungserklärung angelangt.

Ich weise nochmals darauf hin, dass sich der Ständige Ausschuss im Anschluss an die Plenarsitzung zu seiner konstituierenden Sitzung und zur Beratung im Friedrich-Ebert-Saal trifft.

Die nächste Plenarsitzung findet morgen, Donnerstag, 28. Juni 2001, 9:30 Uhr statt. Die Tagesordnung liegt Ihnen vor.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall)

Schluss: 15:28 Uhr